Atom Express

Herausgeber: Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie

Zeitung der Initiativen gegen Atomenergie

DM 1.50 Nr.22 November 80

Anti-AKW-Bewegung: Kampf auch gegen den Krieg?

Collection Lake Foundation
www.lake.org
Digitized 2010

4.Musik- und Theater-Treffen

Am Wochenende 9.-12.10. fand im Kinderschloß Ockstadt bei Friedberg das 4. Treffen von „Musik und Theater gegen Atomkraft" statt. Teilnehmer waren etwa 10 verschiedene Gruppen aus dem gesamten Bundesgebiet.
Neben allgemeinem Erfahrungsaustausch über Straßenmusik- und -theater wurden neue Musik- und Theaterstücke vorgestellt. Außerdem konnten das Gießener „Theater am Kühlturm" und die Frankfurter Gruppe „Strandgut" zusammen mit der Berliner Theatergruppe „Narrenspieß" über Sommeraktivitäten im Lahngebiet bzw. im Raum Borken (Nordhessen) berichten.

Ein zweites Liederbuch befindet sich inzwischen auch im Druck (leider auch in finanziellem!!) und in Planung ist ein Theaterhandbuch. Das nächste Treffen dieser Art findet Anfang nächsten Jahres in Hannover statt.

Kontaktadresse für Anmeldungen:

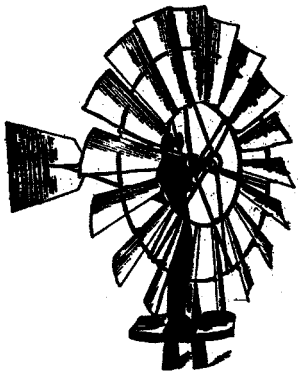
Narrenspieß c/o Reiner Strahl
Muskauerstr. 20, 1000 Berlin 36

Solidarität mit Green-Peace!

Mit einer beispielhaften Blockadeaktion und einer großangelegten Pressekampagne machte die internationale Umweltschutzorganisation Greenpeace auf die bedrohliche Verschmutzung der Nordsee aufmerksam.
Die Bayer AG darf mit behördlicher Genehmigung jährlich 880 Tonnen Chrom, 165 Tonnen Blei, 165 Tonnen Kupfer, 110 t Zink, 11 t Quecksilber und 5,5 t Kadmium in Form von Dünnsäure hinter Helgoland verklappen. Dazu kommt Hamburger Klärschlamm, Schiffsabfälle und der ganze Schiet aus den Flüssen.
Bedauerlich ist die Reaktion des Betreibsrates des Titanwerkes in Nordenham, der durch die Greenpeace-Aktion Arbeitsplätze wirklich gefährdet sieht. Ein Blick über die Weser nach Bremerhaven würde ihm zeigen, wodurch die Arbeitsplätze wirklich gefährdet werden: Die Fischwirtschaft liegt brach und die Werften erhalten keine Aufträge mehr. Hier führt der Raubbau am Meer laufend zu wirtschaftlichen Pleiten und zur „Freisetzung von Arbeitskräften".
Die weitere Verschmutzung der Meere muß gestoppt werden. Unterstützt Greenpeace praktisch!
Adresse: Greenpeace, Jöllenbecker Str. 1, 4800 Bielefeld 1,
Konto: Stadtsparkasse Köln Nr.:325329-54

Windrad für Bauer Maas

Bauer Maas, allen AKW-Gegnern bekannter Kämpfer und Kläger gegen den Schnellen Brüter in Kalkar, möchte auf seiner Wiese ein Windrad installieren, mit dem ab 1.Januar 1981 500 KW Strom erzeugt werden sollen – billig und umweltfreundlich.
Die 30.000 DM Baukosten (zum Vergleich: der 300 MW Brüter ist bis jetzt schon auf 4 Milliarden DM veranschlagt!) sollen durch Spenden finanziert werden.
Alle AKW-Gegner, die hierfür ein paar Mark lokker machen wollen und können, werden gebeten, diese auf das Postscheckkonto 90250-757
des BBU, PSchA Karlsruhe(BLZ 660 100 75) mit dem Stichwort „Windrad" zu überweisen.



10.Wissenschaftler-Konferenz

Am 11. und 12.10. fand in Kassel die zehnte einer Serie von Konferenzen statt, in der Wissenschaftler und betroffene Bürger Erfahrungen und Informationen über die wissenschaftliche Arbeit gegen Atomenergie austauschten.
DAm 11. und 12.10. fand in Kassel die zehnte einer Serie von Konferenzen statt, auf der Wissenschaftler und betroffene Bürger Erfahrungen und Informationen über die wissenschaftliche Arbeit gegen Atomenergie austauschten.
Den Schwerpunkt bildete diesmal die Kritik am sog. Behälterlagerkonzept der Bundesregierung, das vorsieht, den hochaktiven Atommüll auf viele Jahrzehnte hinaus in Transportbehältern zu lagern, da eine Verarbeitungsmöglichkeit oder gefahrlose Lagerung nicht in Sicht ist. Auf dieser Basis sollen neue Atomkraftwerke genehmigt werden.
Eine eingehende Kritik dieses Konzeptes ist enthalten in einer Broschüre des BAUZ – Bremer Arbeits- und Umweltschutzzentrum, Fehrfeld 6, 2800 Bremen 1, Stückpreis 2.50 DM, bei größerer Stückzahl DM 2.00.

Ein zweiter Schwerpunkt war die Kritik an Siedewasserreaktoren, insbesondere dem AKW Brunsbüttel. Dieses AKW wurde nach dem letzten schweren Unfall umgebaut; das vorhandene Notkühlsystem durch ein wenig wirksames ersetzt, weil das alte zu unliebsamen Schwingungen Anlaß gegeben hatte.
Trotz einer großen Zahl von Brennelementeschäden und Rissen in den Speisewasserleitungen, trotz der eingestandenen Gefahr, daß ein berstender zur Schnellabschaltung gehöriger Behälter andere mitbeschädigt, und trotz zahlreicher anderer Mängel soll das AKW auf Biegen und Brechen weiterbetrieben werden. Die vielen Mängel sollen in den nächsten Jahren bei Gelegenheit der ohnehin mal nötigen Abschaltungen nach und nach behoben werden.
Weitere Themen waren: die Gesundheitsschäden in Harrisburg, die Pläne der Internationalen Strahlenschutzkommission, die zulässigen Organbelastungen von Atomarbeitern drastisch zu erhöhen(!), die Möglichkeiten für Bürger, AKWs meßtechnisch zu überwachen, die Lage in Brokdorf, wo das Oberverwaltungsgericht beim Innenministerium angefragt hatte, wieweit die Entsorgung gewährleistet sei. Baum hatte geantwortet, daß bis zum vorgesehenen Verhandlungstermin am 15.Oktober eine Antwort nicht möglich sei, worauf dieser zunächst verschoben wurde.

Das 11. Treffen soll am 31.1. und 1.2.81 sattfinden, voraussichtlich in Darmstadt oder Heidelberg (Information über das BAUZ).
P.S. Eine Broschüre über die Skandale beim Brunsbüttel-Reaktor ist zu beziehen über die Prozeßgruppe beim Arbeitskreis Politische Ökologie, Postfach 202, 2000 Hamburg 6.

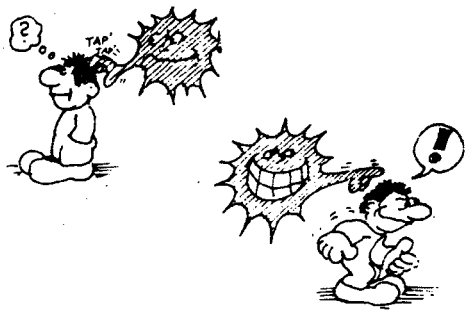
Ärger mit LKW

Presseerklärung:

Am 17.7.80 haben wir versucht, LKWs der Prakla-Seismos, Hannover, lahmzulegen. Diese Firma ist bei der Standortuntersuchung für die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben beteiligt.
Dies, obwohl schon lange klar ist, daß auch die „friedliche" Nutzung der Atomkraft tödlich ist.
Industrie und Politiker setzen trotzdem das Atomprogramm immer schärfer gegen den Willen der Bevölkerung durch. Zug um Zug rüsten sie die BRD zu einem Polizeistaat aus, um so jegliche Form aktiven Widerstandes im Keim zu ersticken und uns an permanente Kontrollen zu gewöhnen. Mit Demonstrationen, Büchertischen, Platzbesetzungen und solchen Aktionen, wie der Zerstörung von Geräten setzen wir uns überall dagegen zur Wehr. Wir hoffen, dadurch Stück für Stück zu behindern und zu verhindern!
Lange haben wir uns diese Aktion bei Prakla-Seismos überlegt. Keiner von uns findet es toll, wie im Krimi etwas zu planen und auszuführen. Trotzdem meinen wir, müssen solche Aktionen, die direkt Firmen angreifen, stattfinden. Zusammen mit all' den anderen Aktionen, wie Flugblätter verteilen, Veranstaltungen, Demonstrationen u.ä. ergibt sich ein Kampf, der von vielen getragen wird, der unserem Willen Ausdruck gibt und der ohne Kompromisse geführt wird.
Über die Wirkung dieser Aktion sind wir uns im klaren: Verhindern werden wir höchstens, daß die Fahrzeuge einige Tage nicht vom Hof können, danach werden sie weiterhin eingesetzt.

Wir hoffen, daß in Zukunft viele kleine Dinge passieren, die die Industrie verunsichern und sie veranlaßt, sich aus dem Atomgeschäft zurückzuziehen.

Einige AKW-Gegner



Verseuchung in La Hague

Ein an die französische Wideraufbereitungsanlage angrenzendes landwirtschaftlich genutztes Gebiet ist radioaktiv verseucht worden. Der zuständige Sicherheitsdienst "Service de Protection de Radiation", der die radioaktiv verseuchte Erde abtragen lassen wollte, wurde jedoch von der Werksleitung daran gehindert. Die französische Gewerkschaft CFDT veröffentlichte daraufhin ein Flugblatt, auf dem diese Vorgänge belegt wurden. Sie beschuldigte die Leitung der Wiederaufbereitungsanlage in La Hague, sie verbreite ganz offensichtlich Lügen. Die Verseuchung des Gebietes soll bereits am 22. September erfolgt sein, als eine Pumpe ausgefallen war, so daß ein Auffangbecken mit radioaktivem Wasser überlaufen konnte. Dabei wurde die am Werkzaun vorbeiführende Straße überschwemmt. Das verseuchte Wasser versikkerte anschließend in den angrenzenden Feldern.

Impressum

Der Atom Express wird herausgegeben vom Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie.

Der Atom Express erscheint alle 6 - 8 Wochen
und kostet 1.50 DM.

Anschrift der Redaktionsgruppe:

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie
-Redaktion-
Postfach 45
3400 Göttingen
Büro: Marienstraße 10, Tel.: 0551-7700158

Atom Express Abo:
kostet 10.-DM für fünf Nummern incl. Porto; für Bls, Buchläden oder sonstige Verkaufsstellen ab 5 Exemplaren je 1.-DM.

Mitwirkende: Ortrud, Outi, Renate, Christine, Kirsten, Wolfgang, Wilhelm I+II, Dieter, Lutz, Bernd, Gerd, Berthold, Reimar, Uli, Karl-Josef und wie immer Jens Scheer.Erich hat Urlaub!!

V.i.S.d.P.: Bernd Weidmann, Reimar Paul, Lutz Tobias, Ortrud Hill, Wilhelm Bethlehem, Kirsten Hellwig, Uli Blömer

NEU !! NEU !! NEU !!

Wir haben vor kurzem den Atom Express finanziell vom Arbeitskreis abgekoppelt, vor allem, um die erhebliche Mehrarbeit, die mit Kontoführung etc. verbunden ist, auf mehrere Leute zu verteilen.
Unser drei Jahre altes Arbeitskreiskonto soll so schnell wie möglich auslaufen!
Überweist bitte ab jetzt die Atom Express-Rechnungen auf das folgende Konto:

Ulrich Blömer
-Sonderkonto-
PschA Hannover: 344264-304

Alle anderen Rechnungen bitte auf das folgende Konto einzahlen:

Axel Goldau
-Sonderkonto-
PschA Hannover: 411459-305

P.S. Wenn dieser Nummer tatsächlich die blauen Einheits-Zahlungsvordrucke beiliegen sollten, so geschieht das nur gegen allerschärfsten Protest von mindestens zwei Redaktionsmitgliedern!

P.P.S. Wir hatten eigentlich geplant, zu dem ganzen Komplex Konto - Finanzen - Bezahlen was "in eigener Sache" zu schreiben. Das hat nicht mehr geklappt, weil alle Sonntag nacht zu müde waren. Wir machen es aber für die nächste Nummer.

INHALT

Krieg den Kriegsvorbereitungen
Weiterer Diskussionsbeitrag zum Kriegsvorbereitungen 4

Offener Brief an die Bürgerinitiativen des Emslandes
Diskussion um die Demonstration am 25.10. in Nordhorn/Lingen 6

Antinuklearer Marsch durch Katalonien/Spanien 7

Atomland Hessen – Die Pläne gehen weiter
– und der Widerstand auch 8

Kurzmeldungen 10

AKW-Stop in Iran
Interview mit dem iranischen Geschäftsträger der iranischen Botschaft 12

Rund um Gorleben
Zwischenlager, Radio Freies Wendland, Sommeraktionen u.a. 15

Die Entscheidung fällt auf dem Wärmemarkt
Elektrowärmepumpen – das trojanische Pferd der Elektro-Lobby 20

Uran – aktuelle Meldungen 27

Mehr Strahlung erlaubt
Erhöhung der internationalen Belastungsgrenzwerte 29

Ahaus – Hearing ohne Beachtung 30

Strobo – Nadelstiche aus der Protestszene 32

Kalkar und Brokdorf
Berichte von den Standorten 34

Rettet die Rieselfelder 35

WAA-Karlsruhe – neuer Atommüllskandal? 36

Leserbriefe 37

Bundeskonferenz 29/30.11. 1980
Vorschläge zur Tagesordnung 39

Bei der Demo gegen die Nato-Manöver in Göttingen wird eine Atom-Bombe "vernichtet"

Krieg den Kriegs-

In der letzten Zeit wird in der Anti-AKW-Bewegung verstärkt über die gegenwärtige Kriegsgefahr diskutiert. Dies erscheint notwendig, denn was nützt uns heute die Verhinderung von Atomkraftwerken, wenn uns morgen eine Atombombe auf den Kopf fallen kann? Seit dem 6. Mai in Bremen und den Brüsseler „Nachrüstungsbeschlüssen" ist vielen die Bedrohung durch die ideologische und militärische Aufrüstung in der BRD stärker bewußt geworden.
Doch sind viele Fragen offen: gibt es eine gleichbleibend latente oder eine deutlich zunehmende Kriegsgefahr? Gibt es derzeit ökonomische und politische Zwänge, die den Ausbruch eines Krieges wahrscheinlicher werden lassen? Mit welcher politischen Stoßrichtung ist der Kampf gegen den Krieg zu führen?
Im letzten Atom Express brachten wir einen Beitrag zur Atombombe. In diesem Artikel soll die Situation in der Bundesrepublik angesprochen werden.

Wehret den Anfängen!

Kaum 35 Jahre nach der Kapitulation gibt es in der BRD Anzeichen für einen dritten und letzten Krieg,die wir ernst nehmen müssen:
Jüngst wurde in der BRD das mit 200.000 Mann Beteiligung größte NATO-Herbstmanöver der Nachkriegszeit durchgeführt und die „Vorwärts-Verteidigung", man könnte auch sagen die „Putativ-Notwehr", geprobt.
Mit den Brüssler „Nachrüstungsbeschlüssen" traf die SPD/FDP-Regierung eine Entscheidung für die Stationierung nuklearer Mittelstreckenraketen, die es theoretisch möglich machen, dem Ostblock mit einem atomaren Erstschlag die Fähigkeit zum Gegenschlag zu nehmen.
„Diese Raketen und ebenso die sowjetische SS-20-Mittelrakete, können als geeigneter erachtet werden, einen Atomkrieg zu führen, als vor ihm abzuschrecken", schreibt das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI in seinem neusten Rüstungsjahrbuch. Die Rechtfertigung der „Nachrüstung" durch gestiegene Rüstung im Ostblock erscheint als Zynismus. Immerhin hat die NATO an den weltweiten Militärausgaben von diesjährlich 900.000.000.000 DM einen Anteil von 46% gegenüber 27% im Warschauer Pakt (vgl. SIPRI, S. 21 und 12ff).
Zudem lagern in der BRD, die ja offiziell keine Atommacht ist, bereits jetzt „über 7000 Atomsprengköpfe" (ZIVILCOURAGE, S. 17).
Und obwohl die Bundesrepublik den Atomwaffensperrvertrag mit unterzeichnet hat, liefert sie mit Atomkraftwerken und einer Urananreicherungsanlage die technischen Vorraussetzungen für den Bau einer Atombombe nach Brasilien und technisches Know-how nach Südafrika (vgl. auch AE, Nr. 18/SIPRI, S. 127).
Es gibt auch bedrohliche innenpolitische Entwicklungen:
Die 600 Faschisten umfassende Wehrsportgruppe Hoffmann probt in Seelenruhe den Aufstand (vgl. STERN, Nr. 41), während Antimilitaristen wie bei der Demo gegen die Herbstmanöver am 20.9. in Hildesheim wie Schwerverbrecher behandelt werden. Die Demonstration in Hildesheim, an der 3000 Leute teilnahmen, war von Polizeiketten eingeschlossen und glich einem Zug ins Gefangenenlager.
„Das große Karthago führte drei Kriege. Es war noch mächtig nach dem ersten, noch vorhanden nach dem zweiten, nicht mehr auffindbar nach dem dritten", sagte Bertold Brecht einst. Arbeiten wir dafür, daß dieser Satz eines Tages nicht auch für Restdeutschland gültig wird.
Vom BBU und der DFG/VK wird schon langfristig eine gemeinsame Demo der „Ökologie- und der Friedensbewegung" vorbereitet. Sie soll am 25. Oktober in Nordhorn/Lingen unter dem Motto „Gegen ein atomares Emsland" stattfinden.

Rekrutenvereidigung und Zapfenstreich bei der Bundeswehr

Anfangs hatten sich auch autonome Anti-Akw-Initiativen an den Vorbereitungstreffen beteiligt. Im Juli verließen jedoch dann acht BI's ein solches Treffen, nachdem deutlich geworden war, daß die politische Stoßrichtung und die organisatorische Durchführung der Demonstration schon im Vorfeld einer offenen Diskussion zwischen den verschiedenen Strömungen festgelegt worden war.
Es reicht nach unserer Ansicht nicht aus, allein gegen „Rüstung und Atom" zu demonstrieren. Es erscheint vielmehr ebenso wichtig, die gesellschaftlichen Ursachen, die die atomare Bedrohung hervorgebracht haben aufzuzeigen und zu bekämpfen und die Verantwortlichen beim Namen zu nennen.

Gegen Kapitalismus und Atom!

Der Kampf gegen AKW's ist zugleich mehr oder weniger bewußt gegen den Kapitalismus gerichtet. Gegen ein ein Gesellschaftssystem, in dem ökonomische Sachzwänge und Profitinteressen Vorgang vor menschlicher Vernunft haben.
Die Atomtechnologie verspricht den Mächtigen große Profite sowohl im Energiebereich wie auch in der Rüstungsindustrie. Sie verspricht darüberhinaus Macht, Unabhängigkeit und Schutz vorm „äußeren Feind". Und das reicht für Kapitalisten und Politiker aus, um die Erfahrungen von Hiroshima und Nagasaki in das Reich des Vergessens zu drängen.
Unseren Politikern hat der Unfall von Harrisburg offenbar weniger Kopfschmerzen bereitet als die militanten Auseinandersetzungen bei der Demo in Bremen, wie ihre Reaktion zeigt, und das gibt zu denken.
Ich habe früher einmal geglaubt, daß die Atomstrategen erst dann von ihrem fatalen Weg abrücken werden, wenn irgendwo ein AKW explodiert ist und mehrere tausend Menschen dabei qualvoll umgekommen sind. Heute nehme ich an, daß sie selbst dann nicht zur Besinnung kommen werden. Schließlich haben auch die Toten von Hiroshima und Nagasaki nicht den Bau neuer, weitaus schlimmerer Atombomben verhindert.
Dieser antikapitalistische Aspekt ist bei vielen Aktionen gegen die konkrete Durchsetzung des Atomprogramms ein wenig aus dem Blickwinkel geraten. Über die tägliche Praxis in den BI's ist ein Theoriedefizit entstanden, das gerade in der gegenwärtigen Phase der Stagnation und Orientierungslosigkeit, die nach 1004 entstanden ist, aufgeholt werden kann.
Der Anti-Kapitalismus ist neben dem Kampf gegen die Atomtechnologie der zweite wichtige Bezugspunkt, der die Anti-AKW- und die Anti-Kriegs-Bewegung verbindet, und dies muß auch

vorbereitungen !

im Aufruf zu einer gemeinsamen Demonstration drinstehen.
Unterschiedliche politische Standpunkte kommen in den verwendeten Begriffen für die Bewegung zum Ausdruck. Der Begriff „Anti-AKW-Bewegung" bringt das erste und vordringliche Ziel, die Verhinderung des Baus von Atomkraftwerken, nach meiner Auffassung besser zum Ausdruck als der Begriff „Ökologiebewegung". Ähnlich verhält es sich mit den Begriffen „Friedens-" und „Anti-Kriegs-Bewegung".
Eine politische und begriffliche Abgrenzung gegenüber bürgerlichen und konservativen Kräften tut not, die zwar auch von „Ökologie und Frieden" reden, die aber die Umwelt durch „saubere AKW's" schützen und den Frieden mit der Atombombe sichern wollen.
Eine „Ökologie- und Friedensbewegung" von der BBU und DFG/VK sprechen, gerät leicht in die Gefahr eine politische Alibifunktion zu übernehmen, die gesellschaftlichen Widersprüche zu verschleiern und dem Kapitalismus ein menschliches Antlitz zu geben.
Der Göttinger Arbeitskreis hat sich entschlossen, nicht zu der Demo in Nordhorn/Lingen aufzurufen, was wir in einem nebenstehend abgedruckten offenen Brief an die emsländischen BIs zu begründen versuchen.
Wir halten es zunächst für notwendig, die Diskussion über die Kriegsgefahr und ihre Ursachen zu intensivieren und einen eigenen politischen Standpunkt herauszuarbeiten.
Für die Diskussion ergeben sich für uns folgende Fragenkomplexe:

Wie verlief die Geschichte bisheriger Kriege ?
1) Die Bedeutung ökonomischer Ursachen und kapitalistischer Entwicklungsgesetze für die Entstehung der beiden Weltkriege (vgl. Wilfried Maier)
2) Das Verhalten der Sozialdemokratie vor den beiden Weltkriegen.

Wie ist die derzeitige Kriegsgefahr einzuschätzen ?
1) Bedeutung des Öls für die Industrienationen.
2) Verfolgt die Sowjetunion in Afghanistan und im Nahen Osten eine imperialistische Expansionspolitik ?

Demonstration am 20.9. in Hildesheim

3) Besteht waffentechnisch die Möglichkeit eines lokal begrenzten Atomkrieges ?
4) Zusammenhänge zwischen friedlicher und militärischer Nutzung der Atomenergie.

Wie kann der Kriegsgefahr begegnet werden ?
1) Politische Forderungen. Auflösung der Machtblöcke als langfristige Perspektive. Stoppt die Atomanlagen, die Rüstung und den Waffenhandel.
2) Aktionseinheiten und Widerstandsformen. Minimalkonsens. Passiver oder aktiver Widerstand, ist z.B. die Militanz in Bremen zu rechtfertigen?
Hier kann sicher aus den Erfahrungen der Anti-AKW-Bewegung gelernt werden.

Die Diskussion dieser Fragen erscheint ebenso schwierig wie notwendig.

Die nächste praktische Möglichkeit, den Protest gegen die militärisch-ideologische Aufrüstung zum Ausdruck zu bringen, besteht am 12.11. in Bonn. Dort soll mit einer öffentlichen Rekrutenvereidigung das 25jährige Bestehen der Bundeswehr bejubelt werden.
Es gab bereits mehrere Treffen zur Vorbereitung einer Demonstration. Jusos und Judos sind hier schon ausgeschert und wollen aus Furcht vor möglichen Ausschreitungen lieber am 8.11. demonstrieren. Andere (Autonome, Dortmunder Aktionsbündnis, Bund Deutscher Pfadfinder) wollen sich das Recht nicht nehmen lassen, am Ort und zum Termin der Rekrutenvereidigung zu demonstrieren.
Wiederum andere hätten nichts gegen eine Demonstration am 8.11.–wollen sich aber von Jusos, Judos und der ESG nicht festlegen lassen, am 12. 11. nichts zu tun (SHB, DKP, MSB, KBW, KABD, GRÜNE, SCHNÜSS)

Demonstration am 17.9. in Göttingen

Waffenmesse in Wiesbaden

aga WIESBADEN, 7. Oktober. Unter massivem Polizeischutz begann am Dienstag die Militär-Elektronische Fachmesse in Wiesbaden. Auf Grund des Krieges im Mittleren Osten und der NATO-Nachrüstungsbeschlüsse erwarten die Aussteller ein gutes Geschäft.

Quellen:

– Rüstungsjahrbuch 80/81, Hrsg. Stockholm International Peace Research Institut (SIPRI), Rowohlt, 1980.
– Zivilcourage, Hrsg. DFG/VK, Nr. 5, 1980.
– Stern, Nr. 41, 1980.
– diskofo, Selbstorganisation der Zivildienstleistenden, Nr. 35/36, 1980.
– Wilfried Maier, Einige Überlegungen zur internationalen Lage, in: Hefte für Demokratie und Sozialismus, Heft 3/80.
– De Schnüss, Stattzeitung in Bonn, Nr. 10, 1980.

Offener Brief an die Bürgerinitiativen des Emslandes 17.10.80

Liebe Freunde!
Am 25. Oktober findet bei Euch eine Demonstration gegen Rüstung und Atom statt. Der BBU, Die DFG/VK, andere Organisationen und die Bürgerinitiativen des Emslandes haben dazu aufgerufen.
Wir haben in den letzten Wochen intensiv über Ziele, Inhalte, Sinn und Aufruf dieser Demonstration diskutiert und sind mit großer Mehrheit zu der Überzeugung gelangt, daß wir zu einer Teilnahme an dieser Demonstration nicht aufrufen können.
Diesen Offenen Brief an euch haben wir formuliert, um euch unsere Entscheidung verständlich zu machen, um unsre Nichtsteilnahme zu begründen. Es liegt uns sehr am Herzen, Euch zu versichern, daß dieser Entschluß in keiner Weise gegen Euch und Eure Arbeit gerichtet ist. Wir wissen, welch schweren Stand ihr gegen die Ausbaupläne der Landesregierung zu einem atomaren Emsland habt und wie wichtig es für euch ist, in euerem Widerstand dagegen bundesweite Unterstützung zu bekommen. Für eueren Widerstand vor Ort erhofft ihr euch sicher positive Impulse durch die Demonstration am 25.Oktober und unterstützt sie deshalb.

Wir haben jedoch den Eindruck, daß sich in der Zielsetzung und den Inhalten der Demonstration politische Positionen durchgesetzt haben, die wir nicht unterstützen können. Unsere wesentlichen Einwände gegen diese Demonstration haben wir in den folgenden Punkten zusammengefaßt:

1.Grundlage der Demonstration ist das "Miteinanderverschmelzen" von Friedens- und Ökologiebewegung, so behaupten es jedenfalls BBU und DFG/VK. Dies trifft aber nicht zu, denn weder kann der BBU für die gesamte Ökologiebewegung oder gar die Anti-AKW-Bewegung sprechen, noch kann auf der anderen Seite die DFG/VK behaupten, sie repräsentiere die Friedensbewegung oder gar die Anti-Kriegsbewegung. Innerhalb dieser beiden Bewegungen hat erst in Ansätzen eine Diskussion über gemeinsame Ziele und gemeinsame Aktionen stattgefunden. Innerhalb der Anti-AKW-Bewegung ist darüber überhaupt noch nicht in einem größeren Rahmen diskutiert worden. Man mag das bedauern, aber es ist eine Tatsache, an der wir nicht vorbeisehen können.
Trotz dieser fehlenden Diskussionen und vieler offener Fragen wurde vom BBU, der DFG/VK und der DKP diese Demonstration durchgesetzt. Auf dem entscheidenden Vorbereitungstreffen in Bonn im Sommer haben die teilnehmenden Bürgerinitiativen der Anti-AKW-Bewegung diese Bedenken vorgebracht. Ihnen wurde jedoch mit Hilfe einer massiven BBU und vor allem DKP-Mehrheit über den Mund gefahren, jede Diskussion über die Inhalte des Aufrufes, Termin und Ort der Demonstration wurde abgeblockt. BBU, DFG/VK und DKP hatten bereits in Vorverhandlungen die wesentlichen Punkte abgesteckt. Uns als Bürgerinitiativen wurde lediglich eine Statistenrolle zuteil, wir sollten nur noch zu allem ja und amen sagen. Das haben wir nicht mit uns machen lassen, deshalb haben fast alle anwesenden Bürgerinitiativen der Anti-AKW-Bewegung das Bonner Vorbereitungstreffen geschlossen unter Protest verlassen. Trotz dieses unerhörten Skandals gingen die Vorbereitungen von Seiten des BBU und der DFG/VK unbekümmert weiter. Die Anti-AKW-Bewegung sollte zwar zur Demonstration kommen, auf die Inhalte, Form, Ort und Zeitpunkt der Demonstration sollte sie jedoch keinen Einfluß haben. Von der Tatsache, daß die Bürgerinitiativen des Emslandes für diese Demonstration gewonnen werden konnten, versprechen sich die Initiatoren der Demo offensichtlich einen genügenden "moralischen" Druck auf die Anti-AKW-Bewegung, trotzdem an der Demonstration teilzunehmen.
Damit würde jdoch unserer Meinung nach das wirklich skandalöse Verhalten bei der Vorbereitung, die Mißachtung des Diskussionsstandes und der Bedenken innerhalb der Anti-AKW-Bewegung nachträglich gerechtfertigt.

2.Unabhängig vom Zustandekommen der Demonstration und unabhängig von der bislang gering entwickelten Diskussion über militärische und zivile Nutzung der Atomenergie und über das Verhältnis von Ökologie- und Friedensbewegung kritisieren wir die wesentlichen Aussagen und die politische Stoßrichtung der Demonstration.
a. Der Aufruf verschweigt die wichtigsten Ursachen und Hintergründe der zunehmenden Gefahr eines großen neuen Krieges. Er reduziert die Kriegsgefahr auf die allgemeine Aufrüstung, auf die Art der Waffen und auf eine nicht ausreichende "Entspannungspolitik". Die Hintergründe bleiben im Dunkeln.Weder die Rolle der USA, noch der UDSSR, noch der NATO oder etwa der Bundesrepublik wird angesprochen, in keinem Satz wird davon gesprochen, wer Interesse an einem neuen Krieg hat, um was es eigentlich geht, wenn bestimmte Interessengruppen und Regierungen offen von kriegerischen Zielen reden.
b. Entsprechend dieser mangelnden inhaltlichen Aussagen fallen auch die Forderung der Demonstration aus: Abrüstung in Ost und West, keine Stationierung von Atomraketen auf deutschem Boden. Das sind zwar richtige Forderungen, sie treffen aber bewußt nicht den Kern, wenn sie alleine stehen bleiben. Eine grundlegende Änderung des potentiellen politischen und militärischen Spannungszustandes auf der Welt und insbesondere in Europa ist nur möglich, wenn die bestehendenden Kräfteverhältnisse mit den beiden Supermächten und ihren Militärblöcken aufgebrochen werden. Damit sind die Forderungen nach "Abzug aller fremden Truppen aus der BRD", nach "Austritt der Bundesrepublik aus der NATO", nach "Auflösung von NATO und Warschauer Pakt" untrennbar verknüpft. Denn solange die beiden Supermächte ihre Aufmarschgebiete in beiden Teilen Deutschlands haben, solange die Interessen der USA und ihrer Multi-Konzerne hier in Deutschland verteidigt werden sollen, und nur deshalb haben sie ja ihre Soldaten und Raketen hier stationiert, solange wird es keinen dauerhaften Frieden in Europa geben, solange ist die relative Ruhe der letzten Jahre nur die Pause zwischen zwei großen Kriegen.

c. Offensichtlich haben sich BBU und DFG/VK und DKP so abgesprochen, daß jede wohlmöglich brisante Frage, Einschätzung oder Forderung aus dieser Demonstration von vornherein ausgeklammert wurde. "Erwähne ich die USA nicht, erwähnst du die UDSSR nicht, und die Nato lassen wir am besten auch raus, damit die Jusos voll mitmachen können". Nach diesem Motto scheint bei der Entwerfung des Aufrufs verfahren worden zu sein. Unserer Meinung nach hat dabei die Demonstration in bezug auf Protest gegen die zunehmende Kriegsgefahr jede inhaltliche Aussagekraft verloren.
d. Einige Passagen des Aufrufes schüren unserer Meinung nach gefährliche Illusionen. So steht dort geschrieben: "Im Osten wie im Westen gilt: Frieden ist nur jenseits von Waffen und militärischer Gewalt möglich!" und einige Absätze später steht: "Wir wollen – wie die Platzbesetzer in Gorleben - gewaltfrei demonstrieren und damit Formen des zivilen Widerstandes entwicklen."
Warum diese Einschränkung auf ganz bestimmte, nämlich gewaltfreie Widerstandsformen, die ja von unsrem politischen Gegner immer wieder gefordert wird? Wir wissen doch, daß es sowohl in der Anti-AKW-Bewegung nicht nur die Platzbesetzung in Gorleben, sondern auch Brokdorf und Grohnde gegeben hat, und wir wissen doch auch, daß es in der Friedens- und Anti-Kriegsbewegung nicht nur alljährliche September-Demonstrationen in Bonn gegeben hat, sondern auch Bremen und Hildesheim.
Und in Bezug auf das erste Zitat entbindet uns doch die an sich richtige Feststellung, daß Frieden nur jenseits von Waffen möglich ist, nicht von der Verpflichtung, drohende Kriege zu verhindern zu versuchen, solange die Herrschenden, solange die Verantwortlichen noch über Waffen, und zwar über mehr denn je, verfügen. Die Widerstandsformen werden sich dabei nach den Verhältnissen und Möglichkeiten richten, sowohl in der Kriegsverhinderung, als auch während des Krieges. Die Erfahrungen von Widerstandsbewegungen während des Hitler-Faschismus und während des 2. Weltkrieges in Frankreich, Italien, Jugoslawien und auch in Deutschland selbst legen doch genug Zeugnis darüber ab, daß eine strikte Festlegung auf gewaltfreien Widerstand nicht in jedem Fall sinnvoll und zu verantworten ist.
Wir fragen uns, warum stehen diese Passagen im Aufruf, was soll mit ihnen ausgedrückt werden? Warum wurde eine Diskussion darüber verhindert?
e. Insgesamt müssen wir feststellen, daß die Inhalte der Demonstration (wenn man einmal davon absieht, daß auch die Forderung nach Stillegung aller Atomkraftwerke aufgestellt wird) nicht über die der alljährlichen Septemberdemonstrationen der DKP und der DFG/VK hinausgehen. Bezeichnender Weise haben diese beiden Oragnisationen ihre tradionelle Friedens- und Abrüstungsdemo im September in Bonn nicht veranstaltet.
Unter solchen Inhalten jedoch halten wir eine Demonstration gegen Rüstung und Atom, wie sie in Nordhorn-Lingen stattfinden soll, nicht für sinnvoll.

Wir hoffen, daß wir damit unsere Entscheidung (und vielleicht auch die anderer Bürgerinitiativen), nicht zu der Demonstration aufzurufen, etwas verständlich gemacht haben. Vielleicht haben wir auf der Bundeskonferenz in Bremen die Möglichkeit, ausführlicher darüber zu diskutieren.

mit solidarischen, anti-atomaren Grüßen

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie

(der Beschluß, nicht zu dieser Demonstration zu mobilisieren und diesen offenen Brief zu verfassen, wurde auf dem Koordinationsausschuß des Göttinger Arbeitskreises bei zwei Gegenstimmen von ca 20 Anwesenden gefällt)

Es ist morgens gegen 2 Uhr auf einem belebten Platz in einer kleinen Stadt in Katalonien. Eine Gruppe von etwa 30 Radfahrern erscheint, fährt langsam um den Platz, dabei rufen sie laut Parolen wie:"Es lebe der antinukleare Marsch! Wir wollen eine grüne Erde, AKW's sind Scheiße! FECSA, ENER (die katalonischen E-Werke) haut bloß ab! Vandellos, Asco (katalonische AKW-Standorte):Dynamit!"
Dann halten sie alle vor einem Büro an - dem Büro der FECSA - dringen ein und machen drinnen und draußen einen Höllenlärm. Inzwischen "verschönern" einige die Vorderfront des Büros mit Anti-AKW-Parolen aus der Sprühdose und Aufklebern. Vor dem Büro sammeln sich Leute an, die meisten lachen, finden die Aktion gut. Als einer bei einem anderem auf die Schulter steigt, um in Höhe des ersten Stockes zu sprühen, geht dort das Fenster auf und ein Angestellter der FECSA guckt heraus, lacht und unterhält sich mit dem Sprüher. Ein örtlicher Bulle guckt zu, sagt nichts. Nach einer Viertelstunde sind alle verschwunden.

Antinuklearer Marsch durch Katalonien 25.7-10.8.80

Die 30 Radfahrer, das waren die Teilnehmer des antinuklearen Marsches durch Katalonien, der "autonomen" Region Nordspaniens mit Hauptstadt Barcelona. Der Marsch ging von Perpignan (Südfrankreich, 25.7.) über Barcelona (2.8.) bis Asco (9.8.). Jeden Abend wurde in einer anderen Stadt auf einem großen Platz eine Veranstaltung gemacht, mit Informationen zur Atomenergie. Musik, oft Musikgruppen oder Theater, Filmen und einer Diaserie über Atomenergie und einer Fotoausstellung. Bei der Bevölkerung fand das immer großes Interesse. Zum Marsch hatte das C.A.N.C.(Antinukleares Komitee Kataloniens) und einige sehr kleine Gruppen aus anderen Städten aufgerufen. Weitere Aktionen während des Marsches waren eine Kreuzungsbesetzung, Umzüge mit Musik und Puppen vor der abendlichen Veranstaltung und eine Diskussion über Atomenergie, an der sich nach und nach alle Leute auf dem Marktplatz beteiligten.

Der Stand der Atomenergiediskussion in Katalonien

Bis Ende 1975 war Spanien eine faschistische Diktatur, die jede Diskussion unterdrückte. In den Jahren danach beherrschte der Kampf um die Beendigung der Diktatur und die Veränderung der Staatsform alle anderen politischen Diskussionen.Deshalb ist die Frage der Ökologie und der Atomenergie in Katalonien noch recht neu. Der "Antinukleare Marsch" sollte diese Diskussion verbreitern und auch in kleineren Städten und Dörfern entfachen. Nur in wenigen Städten existiert eine Anti-AKW-Gruppe, die die abendliche Veranstaltung mit vorbereiten konnte.Wie offen die Diskussion noch ist und wie stark das Interesse der Bevölkerung ist, kann man auch daran sehen, daß in fast allen Orten die Gemeinde sich genötigt sah,für alle Marschierer das Essen zu bezahlen und für Übernachtung zu sorgen. Außerdem berichteten 3 Tageszeitungen fast täglich über den Marsch.

Die Teilnehmer
Die Marschierer waren keine homogene Gruppe, die Anzahl nahm gegen Ende kräftig zu. Unter den etwa 25, die den ganzen Marsch mitmachten, waren außer uns zwei Deutschen 6-10 Basken, von den beiden baskischen linken Volksbewegungen Herri Batasuna und ELI, eine bekannte ältere politische Persönlichkeit, Feran Garcia Faria, und die anderen waren z.T. Einzelkämpfer mit viel politischer Erfahrung aus den Kämpfen nach Francos Tod, z.T. neu in der Ökobewegung, z.T. welche, die aus Frustration aus der sozialistischen oder kommunistischen Partei ausgetreten waren. Trotz dieser unterschiedlichen Ausgangspositionen wurden fast alle spontanen Aktionen immer solidarisch ausgeführt. Die Basis, auf der noch alle solidarisch handeln, scheint hier größer zu sein, als bei uns. Zum Beispiel gehört dazu Parolen sprühen, Kreuzungsbesetzung und ein gemeinsamer Besuch am Erschießungsort eines der 5 Basken, der in der Nähe von Barcelona für das Attentat auf Carrero Blanco hingerichtet wurde, mit Liedern und Blumenkränzen. Dabei kamen wir auf die im Film "Deutschland im Herbst" gezeigte Beerdigung Baaders zu sprechen und ich mußte unwillkürlich denken: ein antinuklearer Marsch durch Deutschland, der geschlossen am Grab von Baader, Ensslin und Raspe eine Gedenkfeier abhält? – Undenkbar!

Abschlußdemo in Asco
Etwa 5000 Leute waren dann am 10.August auf der Abschlußdemo des Marsches, die zum Bauplatz der beiden AKW's Asco I und II führte. Vorher war beschlossen worden, eine "friedliche" Demo durchzuführen, weil die Pistoleros (private Polizei), die das Gelände bewachen, den Befehl haben, scharf zu schießen, auf jeden, der in das Gelände eindringt. Etwa ein Drittel aller Demonstranten ging bis zum Tor und setzte sich davor nieder und rief Parolen.
Drinnen waren nur wenige „Pistoleros" zu sehen, der Zaun ein einfacher Maschendrahtzaun, aber die Drohung des "Scharf-Schiessens" ist in Spanien keine leere Drohung und ebenso sicher ist, daß die "Guardia Civil" im Gelände versteckt war. Nach einer halben Stunde zogen wir wieder ab, errichteten aber aus Steinen, Stämmen und Scherben einige kleine Barrikaden auf dem Zufahrtsweg.

Die vier Forderungen des Marsches waren:
STILLEGUNG VON ASCO UND VANDELLOS!
KEIN RADIOAKTIVER ZUG DURCH KATALONIEN!
FÜR EIN KATALONIEN OHNE ATOMKRAFTWERKE!
WEIL WIR VON DER ERDE LEBEN WOLLEN– KEINE URANMINEN!
Die Demo in Asco war gleichzeitig der Beginn des „Anti-Nato-Marsches", der bis zum 31. August dauerte. Seit dem „Marsch für Freiheit" 1976, den die Teilnehmer zur Hälfte der Zeit in Polizeiknästen verbrachten, haben Kampf- und Progandamärsche in Spanien große Tradition. Vielleicht sollten wir es bei uns auch mal mit einem solchen Marsch versuchen!

******

ATOMLAND HESSEN

-die Pläne gehen weiter

Es sieht so aus, daß der hessische Ministerpräsident Holger Börner und sein Wirtschaftsminister Heinz Karry sich nicht so schnell von dem Widerstand der AKW-Gegner in Hessen abschrecken lassen, ganz im Gegenteil!
Sie haben das bisher ergeizigste Energieprogramm für ein Bundesland in der Öffentlichkeit präsentiert und wollen es auch möglichst schnell und knallhart durchsetzen.
Das Atomprogramm sieht folgendermaßen aus:

- Erweiterung des AKW Biblis um Block C zum größten AKW der Welt
- Bau einer WAA in Nordhessen
- Standortsicherungplan mit zwölf möglichen Standorten für drei AKWs und für eine unbestimmte Anzahl konventioneller Kraftwerke

Daß die hessische Landesregierung auf jeden Fall auch die WAA bauen will, ist ein Zeichen von besonderem Profilierungszwang und Frechheit gegenüber der Stimmung nach Harrisburg und Hannover-Demo, die auch Albrecht zu seinem damaligen bekannten Rückzieher zwang. Dafür bekommen Börner und Karry auch ein besonderes Lob von der DWK in ihrer neuesten Broschüre „Die Entsorgung der deutschen Kraftwerke":
„Diesem mutigen Schritt der hessischen Landesregierung kommt besondere Bedeutung zu. Er zeigt, daß die Wiederaufbereitung abgebrannter Brennelemente und damit die Entsorgung von Kernkraftwerken in der Bundesrepublik Deutschland 'politisch machbar' ist. Die hessische Landesregierung erfüllt mit ihrem Vorstoß das von allen Regierungschefs aus Bund und Ländern am 28.9.79 gegebene Wort, darauf hinzuwirken, ...daß eine Wiederaufbereitungsanlage so zügig errichtet werden kann, wie dies unter Beachtung aller in Betracht kommenden Gesichtspunkte möglich ist."
Gemeint ist damit der Beschluß, womit die Bundes- und Landesregierungen die „Grundsätze zur Entsorgungsvorsorge für Kernkraftwerke" bestätigt haben und damit den Bau für weitere AKWs freigaben ungeachtet der Niederlage in Gorleben. Daß in diesen Grundsätzen kurzfristig eine Entsorgung ohne Wiederaufarbeitung verfolgt wurde, verhinderte keineswegs eine längerfristige Planung mit Wiederaufarbeitung. Die „kleine" WAA in Hessen ist nur der Anfang. Bis 1985 hofft man so gute Voraussetzungen zu haben, daß auch eine große WAA durchsetzbar ist - vielleicht sogar auf dem gleichen Standort wie die „Kleine" oder statt der „Kleinen" - dann wird nämlich eine Grundsatzentscheidung fallen wie die bundesdeutsche Entsorgung bis zum Jahre 2000 aussehen soll. Unverblümt stehen diese Pläne in der gleichen Broschüre der DWK zu lesen:
„Alle Beteiligten - Staat und Wirtschaft - sind darum bemüht, die Maßnahmen zu treffen, die zur Realisierung dieses Entsorgungskonzepts notwendig sind. Auch die Voraussetzungen für den Bau einer größeren WAA werden so geschaffen, daß unmittelbar nach einer positiven Grundsatzentscheidung in der Mitte der 80er Jahre mit dem Bau auch dieser größeren Anlage begonnen werden kann."
Man ist sich der Sache sehr sicher. Doch es ist noch Zukunftsmusik.Zunächst geht es der DWK und der hessischen Landesregierung und somit auch uns um die kleine Lösung.
Minister Karry will den Standort Ende November bekannt geben. Mit einer kaum zu übertreffenden Ignoranz äußerte er sich in der „Frankfurter Rundschau" vom 10.10.80:
„Über die Zahl der möglichen Standorte ist sich Karry noch im unklaren. Da Wiederaufbereitungsanlagen im Gegensatz zu Kernkraftwerken nach Meinung des Ministers nur an relativ wenige Bedingungen geknüpft sind, kommen vielleicht „mehr als ein Dutzend Orte in Betracht"- *sagt der Minister. Es könne aber auch sein, daß nach gründlicher Überprüfung aller Modalitäten nur ein einziger Standort genannt werde. Die Gefahr einer landesweiten Protestaktion gegen den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage schätzt der Minister nicht allzu hoch ein. Vielmehr geht er davon aus, daß* „etliche Bürgermeister, die im Standortplan nicht zum Zuge kommen, wegen der entgangenen Chance bei mir vorstellig werden". *Schließlich handele es sich um ein Vier-Millionen-Projekt, sagte Karry, um das sich viele Gemeinden reißen würden."*
Daß alles vielleicht doch nicht so glatt laufen wird, wie Karry es sich vorstellt, haben die örtlichen Initiativen bewiesen. Den ganzen Sommer über war der Standort Fechenheim bei Frankfurt besetzt, wozu wir einen Artikel, den uns die örtlichen Initiativen schickten, im Atom Express abdrucken, und am 19./20./21. September besetzten die lokalen BIs trotz kurzer Mobilisierungszeit von nur gut einer Woche sämtliche vorgesehenen AKW-Standorte.
Wir müssen uns in unserer Berichterstattung über die landesweite Besetzungsaktion auf den „Arbeiterkampf" Nr.186 stützen, da wir leider von den beteiligten BIs keine Berichte erhielten.

. . . und auch der Wider-

Wölfersheim

AKW-Gegner u.a. aus Butzbach, Friedberg und Bad Nauheim zogen zunächst in einem Demonstrationszug durch Wölfersheim und verteilten „Bürgerinformationen". Als sie vor dem Braunkohlekraftwerk der PREAG (zukünftige Betreiberin auch des AKWs) zu einem Gespräch vorgelassen werden wollten wies sie schon gleich der Pförtner ab, nahm aber dennoch die schriftliche Petition gegen das geplante AKW entgegen.
Auf dem Standortgelände angekommen, errichteten sie eine kleine Zeltstadt und einen Informationsstand. Auf einem Zelt war groß zu lesen: ANTI-AKW-DORF. Mit der Ankündigung, in der nächsten Zeit eine Reihe von „breiten Informationsveranstaltungen" zu machen, wurde am Sonntag nach zwei Tagen Besetzung das Dorf wieder abgebaut. Die „Frankfurter Rundschau" weiß zu berichten: *„Wenngleich Kraftwerksdirektor Gerd Haug noch vor drei Monaten auf Anfrage der FR verlauten ließ, von Protesten lassen wir uns* „nicht abschrecken", *war ihm am Wochenende der Schreck offensichtlich doch gehörig in die Glieder gefahren, als er spontan äußerte: Das muß ich erstmal verkraften"(FR, 22.9.80).*

Leun

Hier machten die Wetzlarer, Gießener und die Leuner AKW-Gegner eine gemeinsame Aktion: Einleitend veranstalteten sie am Freitag eine Informations/Diskussionsveranstaltung mit einem Ministeriums-Vertreter (Dr. Schier), der für die Betreiber als „Sicherheitsfachmann in Sachen AKWs" gilt und unter anderem Helmut Hirsch vom Öko-Institut. Nachdem Schier zu Beginn der Veranstaltung einen Unfall in Harrisburg „fachmännisch" leugnete, fehlten ihm nach einiger Zeit buchstäblich die Worte, um den Argumenten der AKW-Gegner noch etwas entgegen zu setzen.
Nach der Veranstaltung ging es dann gutgelaunt zum besetzten Gelände, wo ebenfalls ein Dorf errichtet wurde.

Runkel

Die Standort-BI Runkel beteiligte sich ebenfalls an der Besetzung in Leun und errichtete auf dem eigenen Standort zusätzlich eine große Bretterwand, auf der sie ausführlich die „Vorzüge" der Atomenergie für die Menschen darstellte.

Kirchhain

Mit Unterstützung der BI Marburg führte die Kirchhainer BI (inzwischen über 350(!!) Mitglieder) am Samstag einen Informationstag auf dem Standortgelände durch. Während einer Platzbegehung wurden an den Begrenzungspunkten riesige Luftballonbündel von 50 Meter langen Schnüren in die Luft gelassen. So konnte man/frau auch aus etlichen Kilometern Entfernung sehen, wo zukünftig nach dem Willen von Karry und Börner AKW Kuppeln und -Kühltürme in die Luft ragen sollen.

Mecklar

Auf dem Plat bei Mecklar wurde vor allem von Mecklarern und Bad Hersfelder AKW-Gegnern ein Anti-Atom-Dorf aus Zelten errichtet. Die Bevölkerung Mecklars versorgte die Besetzer mit Lebensmitteln. Auf einer Infowand konnte sich jede(r) über die bisherigen Aktivitäten der BI Mecklar informieren.

Trebur

Ebenfalls mit einem Zeltdorf wurde das dortige Standortgelände besetzt. Neben der AGU-Trebur beteiligten sich auch Judos und Jusos an den Vorbereitungen.
In einem Gästebuch konnten sich die Besucher des Dorfes eintragen, was wegen des großen Besucherstroms aber nur zum Teil realisiert werden konnte. Selbst Vertreter von SPD, CDU und F.D.P. besuchten den Platz, um ungewöhnlicherweise ihre Solidarität auszudrücken. Vereinzelt ließen sich sogar Bundestagskandidaten dieser Parteien entschuldigen, daß sie nicht

stand !!!

kommen konnten. Zweifellos wird da eine Menge Wahlkampf dahinterstecken, aber auch in Nicht-Wahlkampfzeiten haben sich die Parteien auf Kreisebene schon öfter hinter die BI gestellt.
In Borken, Edermünde und Mainflingen/Mainhausen wurden ebenfalls Anti-AKW-Dörfer auf den im Standortsicherungsplan vorgesehenene Plätzen errichtet.

Auf dem Staudinger Gelände machte die BI östlicher Untermain eine Info-Ausstellung und wies mit kleinen Demonstrationsobjekten auf alternative Energiequellen hin.

Fechenheim - die Besetzung ist vorbei!

Vor vier Monaten besetzten wir den Platz in Fechenheim, vor einem Monat haben wir ihn wieder geräumt.
Aus dieser Distanz heraus können wir heute versuchen, unsere Fehler, ohne die in der Zeit der Besetzung vorhandenen Aggressionen, zu beurteilen.
1975 wurde Frankfurt-Fechenheim zumersten Mal als möglicher Kraftwerksstandort genannt. Damals sammelten die BIs in Fechenheim und Offenbach ca. 40.000 Unterschriften gegen diesen Standort. Durch diese Unterschriften und die bevorstehenden Kommunalwahlen versprachen die Politiker von diesem Plan Abstand zu nehmen. Vier Jahre später erschien Fechenheim wieder als möglicher Kraftwerksstandort im hessischen Standortsicherungplan.
Als nun Gorleben geräumt wurde, besetzten wir am 8.6.80 als Spontanreaktion das Gelände in Fechenheim. Wir wehrten uns damit gegen die brutale Räumung in Gorleben und forderten die Herausnahme Fechenheims aus dem Standortsicherungsplan und die Beendigung des hessischen Atomprogramms.
Doch schon zu Beginn der Besetzung zeigte sich, daß die Besetzung nur von einer kleinen Gruppe von ca. 10 - 20 Leuten und der ortsansässigen Fechenheimer BI getragen wurde. Im Laufe der ersten Wochen bauten wir trotzdem einige Häuser, wobei aber im Durchschnitt nur 5 bis 10 Leute dort wohnten.
Anfangs berichtete die örtliche Presse häufig über die Besetzung und es kamen verhältnismäßig viele Besucher. Wir versuchten durch ein Einweihungsfest und einige Presseerklärungen eine Öffentlichkeit herzustellen, was auch zunächst zu gelingen schien.
Die ersten großen Schwierigkeiten zeigten sich dann im Verhältnis zwischen den Besetzern und den Frankfurter BIs. Im Gespräch zwischen ihnen stellte sich heraus, daß die spontane Entscheidung zur Besetzung keine Basis in den BIs gefunden hatte. Die Leute aus den BIs hatten sich z.T. andere Schwerpunkte für ihre Arbeit , wie z.B. Biblis und Gorleben, gesetzt, sodaß sie nicht bereit waren, mit großem Einsatz bei der Besetzung mitzuarbeiten. Ein anderer Teil verhielt sich allerdings überhaupt nicht. So wurde unsere Erwartungshaltung, daß die BIs nun unterstützend mithelfen würden, durch passive oder zögernde Haltung der BIs enttäuscht. Frustration und Aggression auf beiden Seiten waren die Folge.
Als weiteres Problem kam die Verschiedenartigkeit der Besetzer hinzu. Das Zusammenleben wurde durch die äußeren Umstände und durch die verschiedenen Ansprüche jedes einzelnen derart strapaziert, daß es immer häufiger zu harten Asueinandersetzungen bis hin zu «Ausweisungen» kam. Es stellte sich auch als problematisch heraus, die anfallenden sozialen und zwischenmenschlichen Probleme mit der politischen Arbeit zu verbinden. Die Stimmung schwankte ständig zwischen Frustration und Euphorie. Aber mit zunehmender Zeit wurde sie resignierter und dadurch auch aggressiver. Oft kam die Frage auf, warum eigentlich die Besetzung auf so wenig Interesse stieß.
Wir erlebten, daß viele AKW-Gegner für den Mythos «Gorleben» auf die Straße gehen, und sahen nun den Widerspruch dazu, daß in Fechenheim kaum neue Interessenten hinzustießen.
In Diskussionen konnten wir erleben, daß einige Leute die Besetzung bewußt ablehnten, und sich so entschieden, diese nicht zu unterstützen. Problematisch für uns waren aber vor allem die Leute, die sich anscheinend keinerlei Gedanken machten oder nicht aus ihrer Reserve herauszulocken waren.
Über diese resignativen Feststellungen kamen wir nicht heraus, sodaß es auch zu keiner wesentlichen Veränderung der Situation kam.
Im Nachhinein sehen wir, daß bei vielen Leuten in Frankfurt und Umgebung eine resignative und passive Stimmung herrscht. Dies hat sicherlich etwas mit den politischen Erfahrungen der letzten Jahre zu tun, mit der «Spontiszene», die entstanden ist. Und natürlich hat dies auch etwas mit der gesellschaftlichen Situation zu tun, denn wo wird hier jemand zu Selbständigkeit und aktivem Handeln erzogen? Es stellte sich die Frage, wie wir trotz dieser Grundstimmung Leute motivieren und aktivieren können. Diese Frage wurde nur ansatzweise mit dem Schlagwort „Öffentlich-

Forts. Fechenheim

keitsarbeit" beantwortet. Doch auch diese verlief nur sehr schleppend mit einigen Ständen, Festen und Veranstaltungen, die aber meist nur wenig besucht waren, und den Weg zu den desinteressierten Leuten auch nicht ebenen konnten. So blieb die Organisation der Öffentlichkeitsarbeit häufig auch durch den Streit und die Intoleranz unter uns, in der Theorie stecken.
Es bestand also während der gesamten Zeit ein Wechselspiel zwischen inneren und äußeren Problemen, aus dem wir keinen Weg herausfanden. Ein Lösungsversuch war die Gründung des Besetzerrates. Dieser setzte sich zusammen aus den Aktiven der Besetzung, die weitgehend von Anfang an dabei waren. Er war zunächst gedacht als gezielte Möglichkeit, die endlosen und häufig fruchtlosen Diskussionen abzukürzen und die Öffentlichkeitsarbeit gezielt zu planen.
Sehr bald allerdings nahm dieser Rat sehr autoritäre Formen an, die einige neu dazugekommene Interessenten abstieß und auch unter uns Unruhe über die Intoleranz und die nicht mehr demokratisch zu nennenden Verhältnisse auslöste.
Durch diese Frustrationen und auch aufgrund von persönlichen Problemen, die oft auch durch die Besetzung entstanden waren, wanderte ein großer Teil der politisch bewußten Besetzer resigniert ab.
Da die übrigen nun alleine die Besetzung nicht mehr tragen konnten, kam der Plan auf, daß die Frankfurter BIs abwechselnd den Platz halten sollten. Doch auch hier war die Resonanz der BIs sehr gering. Ihr Vorschlag ging eher dahin, die Besetzung abzubrechen und erst, wenn neue Entscheidungen, die den Bau eines Kraftwerkes in Fechenheim nahelegen, gefällt werden, erneut eine Besetzung zu überlegen. Allerdings kam von den BIs kein konkretes Verhalten oder konkrete Beschlüsse. Nach all dem hatten wir keine Kraft mehr, die Aktion weiter zu tragen und so wurden die Häuser Mitte September abgebaut. Trotz aller Problematik, die diese Besetzung beinhaltete, gab es doch auch positive Aspekte. So wurde erreicht, daß die Fechenheimer Bürger erfuhren, daß erneut ein Kraftwerk auf ihrem Gelände geplant ist. Auch die Presse reagierte fast durchgehend positiv, leider war sie aber zu keinen eigenen Initiativen bereit. Fecheheim kann auch als Anstoß für eine intensivere Diskussion und Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Standort-BIs gesehen werden. So kam es auf unsere Anregung hin zu den symbolischen Besetzungen der anderen Standorte am 21./22.9..
In dem Zusammenleben auf dem Platz haben sich viele menschliche Beziehungen und Auseinandersetzungen zwischen sehr unterschiedlichen Leuten und Personengruppen entwickelt, die sonst kaum oder keinen Kontakt miteinander bekommen hätten. Diese Erfahrungen sind wohl für jeden von uns sehr wichtig gewesen.
Auch wurden einige durch die persönlichen Kontakte aktiviert und zu intensiverer politischer Arbeit motiviert. Allerdings konnten diese positiven Erfahrungen nicht die Hauptschwierigkeit der Besetzung, nämlich eine fehlende breite Bewegung in der Umgebung, aufheben und daher auch den Abbruch der Besetzung nicht verhindern. Es ist nun wichtig die gemachten Erfahrungen zu verarbeiten und Konsequenzen daraus zu ziehen. Deshalb wäre es schön, wenn sich alle, die mit dabei waren, mal im Umweltladen Frankfurt melden würden.
Dieser Bericht ist nicht von allen Besetzern geschrieben, sondern aus der Sicht von zwei Leuten, die mit der Besetzung zu tun hatten.

Kurzmeldungen ... Kurzm

Betrifft Kriminalisierung

Wir haben es für diese Nummer leider nicht geschafft, über die *zur Zeit* laufenden Strafverfahren gegen Atomgegner zu berichten. Das, obwohl wir von einer Menge Prozessen, v.a. wegen verschiedener Gorleben-Aktionen, wissen. Es hat sich aber zu spät jemand drum gekümmert. Wir werden uns bemühen, für den nächsten Atom Express eine ausführliche Kriminalisierungs-Übersicht zusammenzustellen.
Leute, bitte schickt uns alle Informationen zu diesem Thema, die ihr habt - wir erfahren auch nicht alles!

Weitere hohe Geldstrafen für die Oldenburger Gleisbesetzer(innen)

Vor dem Oldenburger Amtsgericht haben am 18.7. und 23.7. drei weitere Prozesse gegen Thomas, Harald und Ingrid stattgefunden. Aus Protest gegen die Tiefbohrungen in Gorleben hatten sich die drei mit ca. 120 Leuten gemeinsam an einer Gleisbesetzung im September 79 in Oldenburg beteiligt.
Nachdem Heiko in einem früheren Prozeß zu 1.000 Mark verurteilt wurde, ist bei Harald das Verfahren wegen Geringfügigkeit gegen eine Geldbuße von 600 Mark eingestellt worden. Ingrid hingegen wurde zum gleichen Anklagepunkt zu 450 Mark verurteilt. Der Staatsanwalt hatte bei ihr drei Monate Knast auf drei Jahre Bewährung gefordert!
Zur Vorgeschichte: die Gleisbesetzung war der Bundesbahn zuvor bekanntgemacht worden, um mögliche Unfälle auszuschließen und die Gewaltfreiheit der Aktion öffentlich zu machen. Wir hatten vor, uns eine Stunde lang auf die Schienen zu setzen. Nach 50 Minuten räumte die Polizei mit chemischer Keule, Hunden und Knüppeln die Schienen. 23 Demonstranten wurden vorläufig festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Gegen neun wurde Anklage erhoben. Die Prozesse sollten alle einzeln geführt werden.
In den bei allen bisherigen Verfahren überfüllten Gerichtsälen begründeten Harald und Ingrid ihre Beteiligung an der Besetzung mit ihrer persönlichen Betroffenheit und den objektiven Gefahren, die durch die Nutzung der Atomenergie entstehen. Mit der Gleisbesetzung wollten sie auf die erste Tiefbohrung in Gorleben aufmerksam machen. Doch diese Art der politischen Aktion geht unseren Gerichten zu weit. Wie von dem Verteidiger und den Betroffenen immer wieder deutlich gemacht wurde, gehe es darum, die Anti-AKW-Bewegung als Ganzes zu treffen. Das merkten wir daran, daß der Staatsanwalt und der Richter uns als Zuschauer oft in ihre Reden miteinbezogen und uns teilweise direkt ansprachen. Zur Abschreckung ist auch Ingrids Urteil gedacht. Der Staatsanwalt forderte drei Monate Knast mit der Begründung, daß bei ihr schon mal ein Verfahren wegen Geringfügogkeit eingestellt worden sei. Damals sei die Tat (Wandmalerei: Freiheit für alle AKW-Gegner) der gleichen Motivation entsprungen. Ingrid lasse sich also mit geringen Geldbußen nicht abschrecken. Vergleicht man Ingrids Urteil mit Haralds, einer Einstellung des Verfahrens und 600 Mark Geldbuße, wird die Willkürlichkeit der Rechtsprechung deutlich. Denn da Ingrid das erste Mal nicht verurteilt wurde, durfte diese Sache eigentlich nicht in das Urteil einfließen. Insofern hatten beide die gleiche Ausgangsbasis. Die Urteile fielen jedoch sehr unterschiedlich aus.
Thomas wurde freigesprochen, da ihm der Staatsanwalt eine direkte Beteiligung an der Gleisbesetzung nicht nachweisen konnte.
Eines ist noch zu sagen: Wir lassen uns trotz der bisher gefällten Urteile und der noch ausstehenden fünf Prozesse nicht die Freiheit nehmen, unsere Aktionsformen gegen die Atomenergie selbst zu bestimmen.
Da die Prozesse alle Geld kosten, bisher ca. 4.000 Mark, haben wir ein Spendenkonto eingerichtet.

SPENDENKONTO:
Kennwort Prozesse, Landessparkasse zu Oldenburg, Kontonr. 023-135957, BLZ: 280 50100

BI Umweltschutz Oldenburg

Gorleben-Fundsachen

Unter den Fundsachen, die nach der Räumung des Dorfes 1004 zurückgeblieben sind, warten immer noch folgende Sachen auf ihren Besitzer:
Eine Minolta-Spiegelreflexkamera sowie ein Bundeswehrschlafsack und ein dunkelgrün gesteppter Schlafsack.
Die beiden Schlafsäcke sind jetzt beim Göttinger AK, Tel. 0551/7700158, die Kamera bei Christina Marx, Tel. 06193/85177.

Demo in Brunsbüttel

Das 850-Megawatt-Atomkraftwerk Brunsbüttel (Unterelbe) muß schon wieder einmal Pause machen.Nach einem schweren Störfall, der sich am 18. Juni 1978 ereignete, mußte das Werk für zwei Jahre stillgelegt werden. In der Zwischenzeit unternahm der Betreiber dieser Anlage, die Hamburgischen Elektrizitätswerke AG (HEW) etliche Anstrengungen, um den Reaktor wieder flott zu machen. Bundesinnenminister Gerhard Baum stimmte Mitte des Jahres der Wiederinbetriebnahme zu und schließlich gab auch die Genehmigungsbehörde,das schleswig-holsteinische Sozialministerium in Kiel, am 22.8. "grünes Licht" für ein erneutes Anfahren des Werkes.
Unter den Augen zahlreicher Gutachter und Prüfer verschiedener Sicherheitsgremien wurde die Leistung des Reaktors schrittweise erhöht, ehe am Donnerstag, d. 28.8. das vorläufige "Aus" erfolgte. Der Ausfall eines Meßumformers im Dampfkreislauf führte wieder einmal zu einer Schnellabschaltung des Reaktors. Die HEW hatte offensichtlich mit derartigen Schwierigkeiten gerechnet, denn schon bei der Pressekonferenz vor der Wiederinbetriebnahme hatte sie erklärt, das es zu solchen Schnellabschaltungen kommen könne. Niemand dürfe erwarten, daß eine Anlage, die zwei Jahre lang still stand und die in vielen Bereichen Neuerungen erfahren habe, reibungslos laufen könne. Die Schnellabschaltung kam dem Betreiber im übrigen nicht ungelegen:" In einer geplanten Stillstandszeit sollten Schwierigkeiten bei der Generatorkühlung beseitigt werden", erläuterte die HEW. Die Instandsetzungsarbeiten waren so gut wie abgeschlossen, als das Oberverwaltungsgericht Lüneburg einen weiteren Stopp für das AKW verfügte, in dem es die sofortige Vollziehbarkeit der Wiederinbetriebnahme aufhob! Vor dem 31. Oktober 1980, so urteilten die Lüneburger Richter, dürfe das Werk nicht in Betrieb gehen, da man sich mit den Ablehnungsanträgen von AKW Gegnern vor dem Verwaltungsgericht Schleswig beschäftigen wolle, die nunmehr bei der 2. Instanz in Lüneburg gelandet sind.
Ungeachtet der rechtlichen Auseinanderstzung gingen in Brunsbüttel einheimische und auswärtige AKW-Gegner wieder auf die Straße. Am 4. Oktober, einen Tag vor der Bundestagswahl waren dem Aufruf der "Aktionseinheit für die sofortige und entgültige Stillegung des AKW Brunsbüttel" ca. 1000 AKW-Gegner aus Nah und Fern gefolgt. Mit von der Partie waren u.a. auch einige Altenwerder Fische, die mit einer "Sitz-Demo" auf dem Deich hinter dem Kraftwerk ihren Protest zum Ausdruck brachten. daß das Werk jährlich 60 t Fisch mit dem Kühlwasser ansaugt und vernichtet. Die Demonstration endete mit einer Kundgebung auf dem Brunsbütteler Marktplatz, wo erneut und zum wiederholten Male die sofortige Stillegung des Brunsbütteler AKWs gefordert wurde.

*****

BI-Brunsbüttel gespalten

Liebe Freunde,

nach längeren internen Auseinandersetzungen, Meinungsverschiedenheiten in der Vorgehensweise und Kritik am bisherigen Arbeitsstil der BI Brunsbüttel und einzelner Mitglieder, hat ein Teil der Gruppe die Konsequenzen gezogen und sich von der bisherigen BI getrennt.
In diesem Fall hielten wir einen solchen Schritt für notwendig, weil bei einem derart unerträglichen Klima keine halbwegs vernünftige Arbeitsgrundlage gewährleistet war und uns dadurch weitere endlose und zermürbende Diskussionen erspart bleiben konnten. Wir werden künftig als AKU (Arbeitskreis.Umweltschutz) Brunsbüttel auftreten.
Wir verstehen uns als einen Teil der Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe - BUU -, der nach Kräften versuchen wird, den bisherigen Widerstand fortzusetzen. Gerade in und um Brunsbüttel sowie im gesamten Unterelberaum gibt es eine Fülle von Umweltproblemen.

Kontaktadresse:
Eckart Naß, Tiedemannstr. 10, 2212 Brunsbüttel, Tel. 04852/6631.

*

Photo: In der nähe der engl. Stadt Gloucestershire blockieren AKW-Gegner einen Zug mit radioaktiven Abfällen. Diese Aktion fand am 8. Juli statt und sorgte für einigen Wirbel in "Great old Britain".

* * * *

Polizeiaktion im Elsaß

Schlag gegen Radio verte

Aus einer Sondersendung zum Polizeiüberfall auf die elsässischen Antennen:

Seit 3 Jahren versuchen die französische und die bundesdeutsche Polizei,das freie "Grüne Radio Fessenheim" auszuschalten. Seit 3 Jahren ist es ihnen nicht gelungen,unsere atmosphärischen Störungen gegen den Atomstaat sind regelmäßig 3 mal in der Woche im Dreyeckland zu hören

Jetzt versuchen die Herren des Morgengrauens ihren Schrecken erst mal im Elsaß zu verbreiten. Gerstern Morgen erschienen sie gleichzeitig um 6 Uhr in der Früh in Straßburg, Colmar, Gerstheim und in 2 Dörfern im Sundgau und durchsuchten Häuser. Einen Sender haben sie nicht gefunden!
Dafür haben sie dann gestohlen wie die Raben: Tonbandgeräte, Schallplattenspieler, Mikrophone, Kopfhörer, Mischpulte, Kassetten und Dokumente, insgesmat Material für 10.000 DM!
Zwei Leute hat die französische Kripo kassiert, den einen nach Mulhouse, den anderen nach Straßburg zum Verhör transportiert und dort 4 bzw. 7 Stunden festgehalten.
Die Kripo wirft den 2 Festgenommen vor, sie wären als Rädelsführer bei einer Lifesendung von RVF in Lutterbach dabeigewesen und hätten damit das staatliche Rundfunkmonopol verletzt.

Zu diesem Vorwurf erklären wir:
1. Die öffentliche Lifesendung auf dem Marktplatz von Lutterbach war dringend nötig!

In Lutterbach fand damals nämlich das Sonnenfest statt, eine Veranstalung verschiedener Umweltschutzgruppen und Verbände. Viele tausend Besucher konnten dort eine der Alternativen zum Atomstrom kennenlernen, die Sonnenenergie. Damit wir nicht abhängig werden von den Drähten der Atomindustrien müssen wir diese Alternativen bekanntmachen und entwickeln. Daran haben aber weder der Atomstaat Frankreich noch die BRD ein Interesse. Deshalb versuchten uns hüben wie drüben der Staatsrundfunk einzureden, es gäbe nur eine Lösung der Energieprobleme, nämlich die Atomkraftwerke. Gegen diese einseitige und mächtige Propaganda arbeitet "Grünes Radio Fessenheim".

2. RVF hat keinen Rädelsführer, d.h., keinen Rundfunkrat, keinen Intendanten, keinen Rundfunkdirektor. An der Sendung in Lutterbach waren ein paar Hundert Leute beteiligt, nämlich jeder der es wichtig fand, den Mund aufzumachen.

3. Wenn es heißt, wir hätten das Rundfunkmonopol verletzt, klingt das ziemlich aggressiv. Tatsächlich aber senden wir auf einer Frequenz, zwischen 100 und 104 MHz, wo Platz ist. Wir überdekken keinen anderen Sender, wir stehlen niemandem sein Programm. Wir verletzen allenfalls das Meinungsmonopol des Staatsfunks. Dieses Monopol allerdings ist - wie jedes Monopol - undemokratisch.

Wir fordern 1., daß die französische Polizei das Diebesgut an die Bestohlenen zurückgibt.
2. fordern wir alle auf, die ein Interesse an einer demokratischen Meinungsbildung haben, in Scharen zu dem Prozeß im Elsaß zu fahren, sobald der eröffnet wird.
Und 3. kündigen wir an, daß "Grünes Radio Fessenheim", Antenne Freiburg-Kaiserstuhl vom November an wieder regelmäßig an jedem Donnerstag um dreiviertel Acht zu hören sein wird.

(aus Was Wir Wollen, Oktober 80)

100 000 kg Plutonium

Im Oktober 1977 gab der amerikanische Präsident ein internationales Gutachten in Auftrag, demzufolge die Atomkraftwerke im Jahr 2000 jährlich 250.000 kg Plutonium produzieren werden.Bislang hat sich in Atomreaktoren eine Gesamtmenge von 100.000 kg Plutonium angesammelt. Man bedenke, daß schon ein Gramm dieses Stoffes 1Million Fälle von Lungenkrebs erzeugen kann.

Drei von uns waren am 30. Juni in Bonn, um den Botschafter des Iran danach zu fragen, was aus den gigantischen Atomverträgen, die in den siebziger Jahren zwischen der KWU und dem Schah abgeschlossen wurden, nach der Revolution geworden ist. Wir hatten dabei vorher keine Ahnung, wer und was uns in der Botschaft erwarten würde.
Mehdi Navab ist der Geschäftsträgerder iranischen Botschaft.Die Bundesregierung hat im Zuge der von den USA verordneten wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen gegen den Iran die diplomatischen Beziehungen zu dem Land insofern eingeschränkt, daß ein "Botschafter" in Bonn nicht residieren darf, und daß sich stattdessen der Botschafter Geschäftsträger nennen muß - also ein Mittelding zwischen Abbruch und voller Aufrechterhaltung der Beziehungen.
Zu Beginn des Interviews waren sowohl wir als auch Navab ziemlich angespannt; das hat sich aber schnell gelegt und am Ende des ungefähr dreistündigen Gesprächs war die Stimmung ausgesprochen gut und solidarisch, und es ist immer häufiger zu gemeinsamen Bekundungen z.B. für den Befreiungskampf der 3. Welt und gegen den US-Imperialismus gekommen.
Die erste Stunde haben wir über Energiefragen geredet; dieser Teil ist im wesentlichen abgedruckt. Danach ging's kreuz und quer "durcheinander" - von den amerikanischen Geiseln und den Konflikten innerhalb der im Iran rivalisierenden Gruppen bis hin zu Fragen und Gefahren eines dritten Weltkrieges. Leider haben wir diese Passagen nur sehr unvollständig aufgenommen, zum Teil, weil Navab wollte, daß der Recorder bei bestimmten Themen ausgemacht wird, zum Teil, weil wir vergessen haben, die Kassette rechtzeitig umzudrehen.
Kurz was zu unseren Eindrücken von der Person Navabs. Wir schätzen ihn eher zu der sozialistisch-internationalistisch orientierten "Bani Sadr-Fraktion" ein; von einem dogmatischen Moslem war jedenfalls nichts zu merken, auch wenn Navab sich zu seinem Glauben bekannte. Zwischen diesen beiden Gruppierungen, einer orthodox-islamischen und einer in unserem Verständnis revolutionären, wogt, wenn man das so grob sagen kann, die Auseinandersetzung um die zukünftige Ausrichtung des Iran. Unserer Auffassung nach ist dieser Machtkampf noch nicht entschieden. Navab setzte sich nachdrücklich immer wieder für den Befreiungskampf der Völker der 3. Welt ein, der sich hauptsächlich gegen die USA und die westlichen Industriestaaten richten müsse. Wir erfuhren, daß der Iran bedeutende Geldmittel und politisches Engagement in diese Kämpfe investiert. Die Guerilla in El Salvador und in Guatemala wird massiv unterstützt; in jüngster Zeit haben auf iranischem Boden mehrmals internationale Konferenzen zur Koordinierung antiimperialistischer Aktivitäten stattgefunden.
Uns selbst müssen wir vorwerfen, daß wir viel zu unvorbereitet nach Bonn gefahren sind, jedenfalls was die Bereiche außerhalb der Energiepolitik angeht. So hatten wir manchmal den Eindruck, daß sich doch größere Bruchstellen in Navabs Ausführungen aufgetan hätten, wenn wir intensiver und fundierter nachgehakt hätten. Viele fragliche Themen wie die Frauenproblematik im Iran oder die Art und Weise der politischen Prozesse haben wir gar nicht angeschnitten, vielleicht auch aus einer nicht reflektierten Angst heraus, daß sich hier womöglich entscheidende Schwachstellen der islamischen Revolution abgezeichnet hätten, die unsere Sympathien möglicherweise geschmälert hätte.
Damit jetzt keine Mißverständnisse entstehen: Wir glauben nicht, daß uns Navab Honig in die Bärte geschmiert (wir waren drei Männer) oder uns sonstwas vom Pferd erzählt hat. Im Gegenteil: Er hat uns positiv beeindruckt, nicht zuletzt wegen seiner Begeisterung und seinem Einsatz für eine gute und richtige Sache - die Befreiung des Iran von Folter und Massenmord - die Befreiung von den Vereinigten Staaten von Amerika.

Mehdi Navab,Geschäftsträger der Iranischen Botschaft (links) und Reimar vom Atom Express

AKW –

Das Schah-Regime hatte geplant, bis Anfang der neunziger Jahre 20 Atomkraftwerke im Iran mit einer installierten Leistung von 23.000 Megawatt bauen zu lassen. Was hat sich durch die islamische Revolution an diesem ehrgeizigen Atomprogramm geändert?

Wir werden keine Atomkraftwerke mehr bauen, weil die Regierung der Islamischen Republik Iran die Meinung vertritt, daß der Plan eines solch ehrgeizigen Atomprogrammes letztlich Bestandteil eines ausbeuterischen Prozesses im Interesse der Kapitalmächte ist.

Können Sie uns das bitte näher erklären?

Wenn wir von Ausbeutung sprechen, so betrachten wir diesen Begriff unter verschiedenen Dimensionen.
1. Die Kernkraftwerke mußten natürlich mit Petrodollars bezahlt werden, d.h., der relativ geringe Erlös, der durch den Verkauf von Erdöl zu Niedrigpreisen erzielt wurde, mußte für teure Atomtechnologie wieder ausgegeben werden.

2. Die andere Dimension ist nun, daß die Ölgelder, statt der nationalen Wirtschaft zuzufließen, dem Kapitalkreislauf des Wirtschaftssystems der Industrieländer erhalten blieb. Dieses spezielle Prinzip des Recycling hat natürlich erhebliche politische Konsequenzen. Die Industrieländer, angeführt von den USA, zwangen den Völkern der 3. Welt Diktatoren und Folterregime auf, um dann mit ihnen Verträge abschließen zu können, die sichern, daß solche Gelder im Wirtschaftskreislauf der Industrieländer bleiben. Für den Iran bedeutet dies, daß seine Ölgelder über Milliarden von Dollar, die für Kernkraftwerke, Waffen usw. ausgegeben wurden, wieder in die Industrieländer zurückflossen, um - und das ist ein weiterer Aspekt - in diesen Bereichen die Produktion zu sichern, d.h., in Wirtschaftbereichen, die keine Güter für den tatsächlichen Bedarf der Menschen produzieren, aber dennoch hohe Profite abwerfen sollen. Außerdem sollen sie Forschung und Weiterentwicklung dieser Technologien ermöglichen, die natürlich in erster Linie wieder den Industrieländern dienen, während sie andererseits den technologischen Rückstand der Entwicklungsländer und damit ihre Abhängigkeit von den Industrieländern verstärkt.
Diese zweite, versteckte Dimension der Ausbeutung ist also noch viel gefährlicher als die erste, denn
1. wird die nationale Entwicklung der einheimischen Wirtschaft gehemmt und hat Armut, Elend und Unterentwicklung zur Folge.
2. geschieht die Weiterentwicklung der Industrieländer auf Kosten der Menschen in den Entwicklungsländern.
3. wächst die Abhängigkeit solcher Länder der 3. Welt von den Industrieländern. Diese könnten z.B. die erdölexportierenden Staaten leicht dazu zwingen, Öl in solchen Mengen zu liefern, wie es die Industrieländer wünschen und nicht, wie es für die eigene nationale Wirtschaft und Entwicklung sinnvoll wäre.

Stop in Iran

Im Falle der Atomkraftwerke kommt als zusätzliche Abhängigkeit hinzu, daß die Länder der 3. Welt auf die Lieferung von Uran-Brennstäben angewiesen sind. Gerade Sie sollten wissen, was es bedeutet, wenn Sie an den über die BRD verhängten Uranboykott anläßlich des Atomgeschäftes mit Brasilien denken.

Wie hat denn damals der Schah überhaupt den Bau von 20 Atomkraftwerken begründet?

Es ist doch so, daß Systeme wie das des Schah den Völkern der 3. Welt über einen von den Industrieländern inszenierten Putsch aufgezwungen werden, um den ungestörten Ablauf gerade solcher, für die Entwicklung des Landes völlig unsinniger Technologien zu garantieren. Diese Marionetten-Regime können aber nur an der Macht bleiben, wenn sie die Interessen der sie fördernden Macht unterstützen. Anstatt Machenschaften wie das Atomgeschäft zu begründen - was ihnen ohnehin nicht gelingen würde - wurde jede kritische Stimme mit totaler Repression wie willkürlichen Verhaftungen, Folterung bis hin zum Massenmord ... zum Schweigen gebracht.
Aus all diesem ergibt sich die Konsequenz, daß jeder logisch denkende Mensch die Idee, bis zum Jahre 1995 in Iran 20 Kernkraftwerke zu errichten und damit ca. 50% der Primärenergie über die Kernspaltung zu decken, - und das in einem Land, das reichlich über Öl, Kohle, Gas und darüber hinaus noch starke Sonneneinstrahlung verfügt - mit gutem Gewissen nicht vertreten kann. In Anbetracht der Konsequenzen, zu denen dieser Plan zwangsläufig führen muß, sind wir zu dem Schluß gekommen, den Ausbau der Kernkraftwerke zu stoppen.

Werden die bei Beginn der Revolution in Bau befindlichen AKW's in Busher von der KWU und in Ahvaz von Frankreich zu Ende gebaut?

Die Bauobjekte der Kernkraftwerke, sowohl die der BRD als auch die von Frankreich, wurden gestoppt. Um es klar auszudrücken: sie werden nicht weitergebaut werden.

Was ist denn mit den unter dem Schah-Regime geschlossenen Verträgen zwischen der KWU und dem Iran über insgesamz sechs Atomreaktoren passiert?

Alle Verträge über die restlichen der 20 Kernkraftwerke, die sich noch in der Phase der Vorbereitung befanden, werden nicht mehr weiterverfolgt.

Es gab doch auch Vorverträge über die Lieferung einer Wiederaufbereitungsanlage von Frankreich.

Auch die sind längst zu den Akten gelegt.

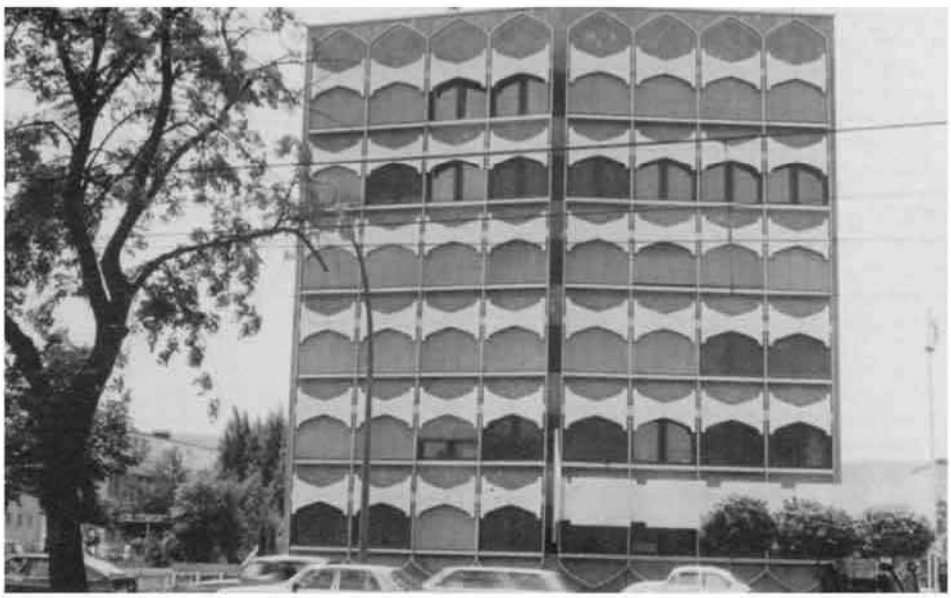
Halten Regierung und Revolutionsführung im Iran Atomenergie grundsätzlich für vertretbar?

Für die Islamische Republik Iran halten wir Kernenergie nicht für vertretbar, weil wir den Energiebedarf des Landes aus anderen Energieträgern sicherer und wirtschaftlicher dekken können.

Welche Rolle - wenn überhaupt - spielt die Atomenergie in der zukünftigen Energiepolitik des Iran?

Darüber kann ich heute keine exakte Prognose stellen; aber ich bin sicher, daß Kernenergie zumindest in näherer Zukunft - abgesehen von ihrer Erforschung - für Iran keine Rolle spielen wird.

Gibt es zwischen Iran und der KWU Auseinandersetzungen bezüglich der Vertragserfüllung und evtl. offenstehende Rechnungen, oder ist die Angelegenheit für den Iran durch die Veränderung der politischen Verhältnisse aus der Welt?



Die iranische Botschaft in Bonn

Diese Angelegenheit ist keineswegs aus der Welt und wird es wohl auch in den nächsten Jahren nicht sein. Wir haben erklärt, daß wir keine Atomenergie brauchen und die beiden Atomkraftwerke in Busher nicht weitergebaut werden. Die KWU ihrerseits will nicht ohne weiteres von den Verträgen Abstand nehmen. Die iranische Regierung steht zur Zeit in Verhandlung mit der KWU.

Inwieweit fühlt sich denn die iranische Regierung als Rechtsnachfolger des Schah-Regimes?

Sämtliche Verträge, die mit dem Staat Iran geschlossen wurden, haben juristisch gesehen auch heute noch Gültigkeit für den Staat Iran. Wir können es uns natürlich leicht machen und sagen,"das haben Sie mit dem Schah vereinbart, das geht uns nichts an", aber auf internationaler, völkerrechtlicher Ebene ist ein solches Vorgehen nicht so einfach möglich; deshalb setzen wir uns auch mit den Verträgen auseinander.

Sind noch viele westdeutsche Techniker mit der Wartung der Baustelle in Busher beschäftigt?

Nein.

Parallel zum Bau dieser beiden Kraftwerke sind 300 iranische Praktikanten bei der KWU in Erlangen ausgebildet worden. Sind die da jetzt noch? Um was für eine Art Ausbildung ging es dabei genau?

Das Büro der iranischen Atombehörde in Erlangen wurde im Monat Juni des vergangenen Jahres aufgelöst und die Praktikanten stufenweise in den Iran zurückgesandt; stufenweise deshalb, weil sie zum Teil Familie in der BRD hatten, Wohnungen gekündigt werden mußten ... Bis Mitte August waren jedenfalls alle wieder in Iran.
Zum zweiten Teil Ihrer Frage:
Ursprünglich sollten sie zum Atomtechniker ausgebildet werden, auf verschiedenen Gebieten. Tatsächlich ist ihre Tätigkeit aber nie ernsthaft über den Gehalt einer normalen Maschinenschlosserlehre hinausgegangen. Man kann sagen, daß sie die meiste Zeit an irgendwelchen Werkstücken herumgefeilt haben. Das leuchtet insofern ein, als die KWU natürlich kein Interesse daran hat, iranische Fachkräfte aufzubauen, die dann eines Tages möglicherweise die deutschen Spezialisten überflüssig gemacht und den Einfluß der KWU in Iran hätten schmälern können.

Siemens, der Mutterkonzern der KWU, hatte neben anderen westdeutschen Unternehmen wie AEG,MAN oder BOSCH über eine Mrd. DM in Form von Firmenbeteiligungen im Iran angelegt. Was ist mit diesen Kapitalanlagen nach der islamischen Revolution passiert?

Da das uns im Jahre 1953 durch einen vom CIA inszenierten Putsch aufgezwungene Schah-Regime die Aufgabe hatte, letztenendes nur die Interessen der Kapitalmächte in Iran zu wahren - wodurch sich Iran, wie ich vorher schon sagte, bis zur Revolution in einem totalen Abhängigkeitsverhältnis vom Imperialismus befand - war und ist es eines

Forts. Iran

der Hauptziele der Islamischen Revolution, das Wirtschaftssystem neu zu strukturieren. Diese Neu-Strukturierung macht u.a. auch eine neue Regelung der Beziehungen zu ausländischen Wirtschaftsträgern notwendig. Im Rahmen dieser Regelungen wird zur Zeit mit den Unternehmen und Gesellschaften, die in der Vergangenheit in Iran investiert haben, verhandelt. Entscheidungen, was z.B. mit den von Ihnen angesprochenen Kapitalbeteiligungen geschieht, sind noch nicht getroffen worden.

Wie wirken sich die Sanktionen der USA und der anderen westlichen Industriestaaten auf die iranische Wirtschaft aus?

Für uns kamen diese Sanktionen keineswegs überraschend, letztenendes haben die US-Regierung und ihre Verbündeten 27 Jahre lang intensive Vorbereitungen zur völligen Ruinierung des Iran getroffen. Ohne die Verhängung der Sanktionen wären all' diese Bemühungen umsonst gewesen.
Aus iranischer Sicht sind diese Sanktionen lediglich eine Änderung der praktischen Vorgehensweise der Imperialisten. Unter dem Schah-Regime wurden sämtliche nur denkbaren Repressalien wie Verfolgung, Folter und Massenmord angewandt, um jede Form der Opposition möglichst schon im Keim zu ersticken und die imperialistischen Interessen zu wahren. LAMBSDORF hat dafür oftmals den Begriff STABILITÄT DES LANDES benutzt. Nach der Revolution haben diese Interessenkreise nun nicht etwa aufgegeben, sondern lediglich ihre Methode geändert. Die Verhängung der Sanktionen ist nur ein Beispiel dafür, wie die Iranische Revolution sabotiert werden soll.
Für das iranische Volk bedeuten die Sanktionen also lediglich eine Fortsetzung der Folterungen in geänderter Form; denn wenn z.B. jemand im Verlaufe einer Operation deshalb stirbt, weil das Notaggregat auch noch ausfällt und nun keine Ersatzteile mehr vorhanden sind, weil diese eben den Wirtschaftssanktionen unterliegen, wird diese Person für mich genauso ermordet, wie das während des Schah-Regimes der Fall war. Das Motiv ist das gleiche.
Aber das iranische Volk wird an diesen Sanktionen nicht zerbrechen.

Die Lieferboykotts sind von den USA immer als eine Reaktion auf die Geiselnahme in der Amerikanischen Botschaft bezeichnet worden. Sie glauben also, daß die Sanktionen ohnehin getroffen worden wären und die Geiselgeschichte nur ein willkommener Anlaß gewesen ist?

Ja, das Festhalten der Amerikaner dient der US-Regierung als Vorwand für die Wirtschaftssabotage; sie hätte ansonsten sicherlich einen anderen Vorwand gefunden. Es wäre einfach naiv anzunehmen, daß die imperilistischen Kreise Iran so ohne weiteres abschreiben. Iran ist wirtschaftlich und militärstrategisch äußerst wichtig für den Westen; aus diesem Grunde werden die USA auch weiterhin alles versuchen, um die Vorherrschaft über Iran wieder zu erlangen, a l l e s , gleich, ob sie einen Putsch inszenieren oder militärisch intervenieren.

'Wir alle müssen zusammenhalten'

Was sind Ihrer Meinung nach die nächsten konkreten Schritte der USA, falls die Wirtschaftssanktionen nicht den gewünschten Erfolg bringen? Meinen Sie tatsächlich, daß es zu einem regelrechten Krieg zwischen NATO und Iran kommen kann?

Im Augenblick glaube ich nicht an eine kriegerische Auseinandersetzung in diesen Dimensionen, weil die Industriestaaten derzeit viel mehr zu verlieren haben als die Iraner. Wir sind praktisch auf alles gefaßt; wir haben nichts zu verlieren. Wenn im Iran interveniert wird, werden wir bis zum letzten Moment Widerstand leisten!

Sie haben noch nicht beantwortet, was Ihrer Ansicht nach die nächsten Schritte der USA und Ihrer Verbündeten sein werden, wenn nicht einen direkten Krieg anzuzetteln. Gibt es zwischen Wirtschaaftssanktionen und einem Krieg, einer militärischen Intervention, überhaupt noch Zwischenstufen in einer Eskalation?

Stillgelegte KWU-Baustelle Buschihr

Der Imperialismus ist in der Lage, j e d e s Mittel, jedes nur denkbare, unmenschliche Mittel einzusetzen, und deshalb kann ich die Frage nur so beantworten: __Wir sind auf a l l e s gefaßt".

Es wird viel darüber spekuliert, wie groß die Ölreserven auf der Welt sind. Der Bau von Atomkraftwerken wird zunehmend mehr damit begründet, daß Öl 1.knapp wird und 2. eine größere Unabhängigkeit von der OPEC und den 'Scheichs' erlangt werden muß. Können Sie etwas zu den iranischen Ölvorräten sagen?

Eine genaue Prognose darüber, wie lange die Ölreserven reichen werden, kann man schwerlich stellen. Ich persönlich bin aber davon überzeugt, daß das iranische Öl bei vernünftiger Förderung und Nutzung noch 100 - 150 Jahre fließen wird.

Was verstehen Sie unter vernünftig? Das derzeitige Förderungsvolumen?

Das derzeitige Förderungsvolumen und ggf. sogar noch weniger. Es kommt darauf an, wie man mit dem Öl umgeht, inwieweit es verschwendet wird. Wenn man versucht, vorsichtig damit umzugehen und gleichzeitig Alternativenergien entwickelt, dann kann man noch Jahrhunderte mit dem Öl rechnen.

Wie wird die iranische Ölpolitik in Zukunft aussehen?

Wir betrachten Bodenschätze, unter anderen auch die Ölvorkommen, als eine Gabe Gottes, die sinnvoll zum Nutzen aller Menschen verwendet werden sollte. Wenn sich diese Ölvorkommen auf iranischem Territorium befinden, ist es die Pflicht eines jeden einzelnen Iraners, sie so zu schützen, daß sie nicht verschwendet und vergeudet, sondern sinnvoll genutzt werden.

Diese Politik wird ja insbesondere von Saudi-Arabien unterlaufen, das seine Förderung immer schneller und weiter ausweitet. Haben Sie Ideen, wie Ihre Art von Erdölpolitik anderen Ölförderländern nahegebracht werden kann?

Wir werden auf jeden Fall unsere vorstellungen zum Ausdruck bringen und wir hoffen, daß unsere Politik respektiert und akzeptiert wird.

Die Islamische Revolution hat dann ja wohl für viele einen ganz empfindlichen finanziellen Verlust bedeutet, nicht nur für die KWU. Nur schade, daß es nun möglicherweise andere Völker ausbaden müssen. Das Brasiliengeschäft der KWU wäre in dem Umfang vielleicht nicht zustande gekommen, wenn es mit dem Iran besser geklappt hätte.

Wir können aber den Brasilianern nicht aus Solidarität ein paar Kernkraftwerke abnehmen. Der Widerstand gegen den Imperialismus muß überall organisiert werden. Eines liegt doch klar auf der Hand: So lange es den Imperialismus gibt, so lange wird es auch imperialistische Politik geben; das ist eben ein Stück Natur des Imperialismus. Schließlich kann man auch von einem Stück Zucker nicht erwarten, daß es nicht süß ist.
So lange Kapitalismus und Imperialismus existieren, so lange wird es auch Ausbeutung, Unterdrückung und Repression geben. Und deswegen müssen wir alle zusammenhalten die Völker der dritten Welt und Sie hier - die gegen die Unterdrückung kämpfen. Eben wir alle, die wir ein besseres Leben haben wollen.

Zwischenlager: es geht los!

Noch schneller als befürchtet versuchen die DWK und die neugegründete Brennelement-Lager Gorleben GmbH (BLG) Bau und Inbetriebnahme des Zwischenlagers durchzupeitschen. Die Tiefbohrstelle 1003 ist jetzt offizieller Standort eines Trockenlagers für hochradioaktiven Müll. Nebenbei ist ein Zwischenlager für 30.000 Fässer schwach- und mittelaktiven Müll gleich mitbeantragt worden,und auch ein Atomkraftwerk in Langendorf ist wieder im Gespräch - ganz abgesehen davon, daß Gorleben auch als WAA-Standort erneut in die Diskussion gebracht worden ist. Zum Thema Endlager siehe „Im Intercity belauscht"...

Schon ab 1982 (!!) sollen die ersten von insgesamt 1500 t abgebrannter Brennelemente eingelagert werden, d.h., mit einem Baubeginn des Trockenlagers ist schon im nächsten Jahr zu rechnen.

11 Hektar Wald müssen neben den schon abgeholzten 4 Hektar noch fallen, denn beide Zwischenlager sollen nebeneinander errichtet werden. Zwar dürfen normalerweise in Landschaftsschutzgebieten keine Industrieanlagen gebaut werden - "1003" liegt im Naturpark Elbufer-Drawehn-, aber ein Antrag,den Landschaftsschutz aufzuheben, liegt der Bezirksregierung Lüneburg schon vor, und es wäre mehr als naiv, zu glauben, hier seien auch nur juristische Verzögerungen herauszuholen.

Zudem wird das Atommüll-Lager nach Paragraph 6 des Atomgesetzes beantragt, was bedeutet, daß es weder einen Erörterungstermin noch eine rechtliche Einspruchsmöglichkeit betroffener Bürger geben wird!! Dennoch werden Öffentlichkeit und Bürgernähe vorgetäuscht: die Anträge für beide Zwischenlager, der Sicherheitsbericht und Kurzbeschreibungen liegen bei der PTB in Braunschweig und beim Landkreis Lüchow-Dannenberg zur Einsichtnahme aus. Etwaige (!) Stellungnahmen, Fragen oder Bedenken können schriftlich an die PTB gerichtet werden. Sogar einen Erörterungstermin will die PTB gewähren, bei dem allerdings „die Behörde Art und Umfang der Sachverhaltsermittlung bestimmt" und durch den „Personen, die davon Gebrauch machen, keine weiteren Rechte eingeräumt" werden – die totale Farce also.

Was sollen sich die Betreiber auch das Leben unnötig schwermachen - entschlossener Widerstand gegen ihre Pläne ist im Moment kaum zu erwarten. Oder?

Gibts noch Widerstand?

Besetzung und Räumung von 1004 haben **nicht** zu einer erhöhten Mobilisierung und Widerstandsbereitschaft der Lüchow-Dannenberger Bevölkerung geführt; uns scheint, daß die "Wir-können-ja-doch-nichts-machen-Stimmung" weiter um sich gegriffen hat, jedenfalls, was große und praktische Aktionen betrifft.

Auch die aktiven Gruppen im Landkreis - BI; Bäuerliche Notgemeinschaft, Gorleben-Frauen u.a., wissen zur Zeit nicht, wie die Atom-Mafia behindert oder gestoppt werden kann. Merkmale für diese Situation sind z.B. die Tatsachen, daß keinerlei Widerstandsaktionen liefen, als das Bohrgestänge von der Tiefbohrstelle 1002 nach 1004 - unserem alten Dorf - gebracht wurde und - das ist noch schwerwiegender - als Anfang Oktober die 4. Bohrstelle, 1005, eingerichtet wurde. Was sagte noch Albrecht nach der 1004-Räumung sinngemäß? Noch ein-, zweimal würden die Kernkraftgegner vielleicht zu solchen Aktionen (wie der Besetzung) fähig sein, danach sei der Widerstandswille sicherlich angeknackst ...

Dennoch: "befriedet" ist das Wendland noch lange nicht! Trotz der relativ düsteren "Großwetterlage" ist der Widerstand den Sommer über nicht völlig eingeschlafen. Spektakuläre Massenaktionen a là 1004 hat es zwar nicht gegeben, dafür viel „Kleinarbeit", so z.B.die Lüchow-Dannberg aktiv. Mit einem alten Bauwagen als rollendes Informationszentrum zog sie fast durch den gesamten Landkreis. Die einzelnen Orstgruppen organisierten die Aktion in "ihren" Gemeinden; der Zug startete am Montag in Clenze, am Dienstag in Lüchow, am Mittwoch in Hitzacker, am Donnerstag in Dannenberg und endete am Freitag in Gartow. Jeden Abend fanden Informationsveranstaltungen in Kneipen statt; im Anschluß daran wurde der Film "Mehr Atomkraftwerke" gezeigt. Wie die Aktion "angekommen" ist, läßt sich schlecht beurteilen; in der BI Lüchow-Dannenberg gibt es unterschiedliche Meinungen dazu.

Am Wochenende war dann alles, was jemals von Atomanlagen gehört hatte, auf den Beinen.

Rund um Gorleben

Aktionswoche gegen Atommüllager

Im Rahmen der bundesweiten (war zumindest bundesweit geplant) Aktionswoche gegen Atommüllager (siehe auch Artikel zu Ahaus) vom 1. bis 7. September war auch die BI Lüchow-Dannenberg aktiv. Mit einem alten Bauwagen als rollendes Informationszentrum zog sie fast durch den gesamten Landkreis. Die einzelnen Orstgruppen organisierten die Aktion in "ihren" Gemeinden; der Zug startete am Montag in Clenze, am Dienstag in Lüchow, am Mittwoch in Hitzacker, am Donnerstag in Dannenberg und endete am Freitag in Gartow. Jeden Abend fanden Informationsveranstaltungen in Kneipen statt; im Anschluß daran wurde der Film "Mehr Atomkraftwerke" gezeigt. Wie die Aktion "angekommen" ist, läßt sich schlecht beurteilen; in der BI Lüchow-Dannenberg gibt es unterschiedliche Meinungen dazu.

Am Wochenende war dann alles, was jemals von Atomanlagen gehört hatte, auf den Beinen.

Im Gartower Schützenhaus gab's - sozusagen als Abschluß und Krönung der Aktionswoche - ein großes Wendlandfest, mit Tanz, Theater, Tombola und vielem anderen mehr ...

Bekanntmachung des Vorhabens der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen mbH., Hannover, und der Brennelement-Lager Gorleben GmbH., Gorleben, bestrahlte Brennelemente in einem Brennelement-Zwischenlager bei Gorleben, Landkreis Lüchow-Dannenberg, Niedersachsen, aufzubewahren, vom 29. September 1980.

Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB), Braunschweig, gibt als atomrechtliche Genehmigungsbehörde öffentlich bekannt:

Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen mbH (DWK) und die Brennelement-Lager Gorleben GmbH (BLG) haben gemäß § 6 des Atomgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3053), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. 8. 1980 (BGBl. I S. 1556), die Erteilung einer Genehmigung zur Aufbewahrung von bestrahlten Brennelementen in einem Brennelement-Zwischenlager beantragt.

Als Standort für das geplante Brennelement-Zwischenlager haben die Antragsteller ein Gelände von ca. 15 ha Größe vorgesehen, das etwa 1,5 km südlich der Ortslage Gorleben, Landkreis Lüchow-Dannenberg, Regierungsbezirk Lüneburg, an der Kreisstraße 2 in deren Abknickungsbereich in Richtung Westen inmitten des Waldgebietes „Gartower Forst" gelegen ist (Gemarkung Gorleben, Flur 6, Flurstück 6/1).

Nach den Unterlagen der Antragsteller sollen in dem geplanten Zwischenlager bestrahlte Brennelemente aus Kernkraftwerken mit Leichtwasserreaktoren bis zu ihrer späteren Verwertung durch Wiederaufarbeitung oder bis zu ihrer Behandlung zur Endlagerung ohne Wiederaufarbeitung in speziellen Transportbehältern aufbewahrt werden. Das Lager soll für eine Kapazität von 1 500 t Uran ausgelegt werden.

Die Antragsteller stellen das Vorhaben in ihren Unterlagen wie folgt dar:

Das Brennelement-Zwischenlager besteht entsprechend dem Lageplan aus einer Brennelement-Lagerhalle, einer Werkstatt, einem Betriebsgebäude, einem Verwaltungs- und Sozialgebäude sowie einem Pförtnergebäude.

Die Lagerhalle des Brennelement-Zwischenlagers ist in einen Empfangsbereich (inklusive Reparatur- und Wartungsraum) und in einen Lagerbereich aufgeteilt. Die Brennelemente werden nach einer Mindestabklingzeit von einem Jahr in den Behältern mit Straßenfahrzeugen angeliefert. Im Empfangsbereich werden die Behälter für die Lagerung vorbereitet. Danach werden die mit den bestrahlten Brennelementen beladenen Behälter im Lagerbereich abgestellt.

Die Auslegung der Behälter sowie die Bemessung des Lagergebäudes erfolgt unter der Vorgabe der folgenden Schutzziele:

- Verhinderung unzulässiger Freisetzung radioaktiver Stoffe in die Umgebung
- Verhinderung des Entstehens kritischer Anordnungen
- sichere Abfuhr der Nachzerfallswärme
- Minimierung der Strahlenexposition des Betriebspersonals und der Umgebung.

Diese Schutzziele werden nach den Angaben der Antragsteller in ihren Antragsunterlagen durch folgende Auslegungsmerkmale erreicht:

- Dichtheit des Deckelsystems entsprechend den Sicherheitsanforderungen an die Einschließungsbarrieren des Behälters (Behälterüberwachung; Qualitätssicherung)
- Auslegung des Behälterkörpers und des Deckelsystems gegen zu unterstellende äußere und innere Einwirkungen
- Abfuhr der Nachzerfallswärme durch Naturkonvektion im bestimmungsgemäßen Betrieb und bei Störfällen
- kritikalitätssichere Auslegung nachgewiesen durch rechnerische Ermittlung des Multiplikationsfaktors mit experimenteller Abstützung unter Berücksichtigung des Sicherheitsprinzips im Störfall (u. a. Flutung. des Behälters; frische Brennelemente)
- Reduzierung der Direkt- und Streustrahlung durch Auslegung des Behälterkörpers sowie durch die Wände der Lagerhalle
- Strahlenschutzeinrichtungen: Raumüberwachung, Personenüberwachung, Umgebungsüberwachung.

Auf demselben Standort, neben dem Brennelement-Zwischenlager, beabsichtigen die Antragsteller, ein Lager für schwach-radioaktive Abfälle anzulegen, das nicht Gegenstand des vorliegenden Verfahrens ist, das aber wegen der räumlichen Nähe zum Brennelement-Zwischenlager für dessen sicherheitstechnische Beurteilung von Bedeutung sein kann. Der für das Lager für schwach-radioaktive Abfälle erforderliche Antrag auf Genehmigung nach § 3 der Strahlenschutzverordnung wurde bei dem zuständigen Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg eingereicht.

Nach den atomrechtlichen Vorschriften und den Vorschriften des Verwaltungsverfahrensgesetzes vom 25. Mai 1976 (BGBl. I S. 1253), geändert durch Gesetz vom 2. 7. 1976 (BGBl. I S. 1749), sind in diesem anstehenden Verfahren für das Brennelement-Zwischenlager eine öffentliche Bekanntmachung und eine Anhörung nicht vorgeschrieben.

Gleichwohl erhält die Öffentlichkeit — insbesondere die Bevölkerung des Landkreises Lüchow-Dannenberg — wegen der Besonderheit des Vorhabens in dem anstehenden Genehmigungsverfahren für das Brennelement-Zwischenlager Gelegenheit, sich über das Vorhaben zu informieren und dazu Stellung zu nehmen.

In der Zeit von Montag, den 6. Oktober 1980, bis zum Freitag, dem 28. November 1980, liegen deshalb

- die für das Brennelement-Zwischenlager eingereichten Anträge,
- der Sicherheitsbericht zum Brennelement-Zwischenlager,
- die dazugehörige Kurzbeschreibung

sowie wegen der oben erwähnten räumlichen Nähe des geplanten Lagers für schwach-radioaktive Abfälle zum Brennelement-Zwischenlager weiterhin

- die für das Lager für schwach-radioaktive Abfälle bei dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg eingereichten Anträge,
- die Sicherheitsbeschreibung für das Lager für schwach-radioaktive Abfälle (die Kurzbeschreibung ist in der Kurzbeschreibung für das Brennelement-Zwischenlager mit enthalten)

während der Dienstzeit zur Einsichtnahme bei folgenden Behörden aus:

- Physikalisch-Technische Bundesanstalt
  Bundesallee 100
  3300 Braunschweig
  Abteilung SE, Zimmer 164
  Dienstzeit: Montag — Donnerstag: 7.40 — 12.00
  12.30 — 16.25
  Freitag: 7.40 — 12.00
  12.30 — 15.10
- Oberkreisdirektor des Landkreises Lüchow-Dannenberg
  Theodor-Körner-Straße 14
  3130 Lüchow
  Kreishaus, Sitzungsraum Erdgeschoß
  Dienstzeit: Montag, Dienstag, Donnerstag:
  7.15 — 13.00
  14.00 — 17.00
  Mittwoch: 7.15 — 13.00
  Freitag: 7.15 — 13.00
  14.00 — 16.15

Etwaige Stellungnahmen zum Brennelement-Zwischenlager (Fragen, Bedenken oder Anregungen) können schriftlich an die Physikalisch-Technische Bundesanstalt gerichtet werden.

Anschließend wird ein Anhörungstermin der PTB insbesondere mit denjenigen Einwohnern des Landkreises Lüchow-Dannenberg stattfinden, die zu dem anstehenden Vorhaben Stellung genommen haben. Ort und Datum dieses Anhörungstermins werden in gleicher Weise wie diese Bekanntmachung rechtzeitig öffentlich bekanntgegeben.

Diese Bekanntmachung und die vorgesehene Anhörung beruhen auf § 24 Abs. 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes. Danach bestimmt die Behörde Art und Umfang der Sachverhaltsermittlung. Durch die Auslegung und die Anhörung werden denjenigen Personen, die davon Gebrauch machen, keine weiteren Rechte eingeräumt; insbesondere werden sie dadurch nicht Beteiligte im Sinne des Verwaltungsverfahrensgesetzes.

Das anhängige atomrechtliche Verfahren umfaßt nicht das notwendige bauaufsichtliche Genehmigungsverfahren.

Braunschweig, den 26. 9. 1980

(gez. Prof. Dr. H. Schrader)
Vizepräsident

Tendenzhill, schlitzohrig, dem Gegner immer eine Nasenlänge voraus.
Radio Freies Wendland
Samstag, 19.00 Uhr, 101 Megahertz.

Regine Aumüller, Tarmitz

WZ und RFW

Das Presse- und Hörfunkmonopol im Landkreis - Elbe-Jeetzel-zeitung, NDR, Radio DDR - ist durchbrochen.

Eine zweite Ausgabe der Wendlandzeitung (WZ), hauptsächlich mit Berichten und Einschätzungen über die Räumung, wurde in den Sommerferien in alle erreichbaren Briefkästen von Lüchow-Dannenberg gesteckt; die dritte Nummer ist in Vorbereitung.

„Guten Abend, hier ist wie jeden Sonnabend um 19 Uhr Radio Freies Wendland auf 101 Megahertz ..." so tönt es jeden Samstagabend aus vielen Radios im Landkreis Lüchow-Dannenberg. Seit der Räumung ist der Sender aktiv; zehn Minuten lang gehen die aktuellen Ereignisse der Region über den Äther - Berichte über Zwischenlager, Gorleben-Prozesse, Polizeikasernen, Bullenübergriffe, Interviews mit Angeklagten, Feriengästen, Arbeitslosen ...

Bekanntgemacht wurde über RFW z.B., daß die Eisenbahnstrecke Lüchow-Uelzen schon vor einem Jahr mit hochbelastbaren Betonschwellen versehen, und Probefahrten mit französischen Spezialwaggons (aus La Hague?) gemacht wurden, und daß schon Pläne für einen großen Rangierbahnhof in Gedelitz bestehen - wer Gedelitz kennt, kann sich vorstellen, was das bedeutet.

Der Gegenseite ist der Sender natürlich ein Dorn im Auge, nicht nur wegen der Verletzung des Rundfunkmonopols. Die Sommermonate über war jeden Samstag während und nach der Sendezeit Großkampftag von Polizei, BGS und Bundespost. Mit riesigem technischen und personellen Aufwand wurde allwöchentlich versucht, Sendeanlagen, Übertragungswagen und "Moderatoren" von RFW zu finden. Hubschrauber, Streifenwagen, ganze Polizeiverbände zu Fuß, unterstützt von MEK-Leuten und Peilwagen der Post waren dann unterwegs. Wie es Leuten gehen kann, die von Bullen bei solchen Einsätzen auch nur zufällig geschnappt werden, dokumentiert der nebenstehende Leserbrief.

Ein einziges Mal hatte die Polizei einen kurzfristigen Erfolg zu verzeichnen: während der 12. Sendung überflog ein Hubschrauber den versteckten Sender; das war daran zu merken, daß der auf 101 MHz eingestellte Empfänger im Helikopter für kurze Zeit verstummte. Und weil so Radiosender nur zu den Seiten hin abstrahlen und nicht direkt nach oben, war den technisch beschlagenen Hubschrauberinsassen klar, daß der Sender genau unter ihnen sein mußte. Bei der über Funk angeleierten Großfahndung wurde im Wald eine Ledertasche mit Sendeanlagen gefunden. Da aber RFW mehr ist als eine verborgene Aktentasche, wurde die Woche drauf wieder gesendet.

Inzwischen geht die Polizei etwas zurückhaltender zu Werk bei ihrer Suche nach "Baby" oder "Wiesel" (Polizeifunk-Code für RFW) und macht nunmehr mit verkleinerter Mannschaft Jagd auf den Sender.

Viele Menschen aus Lüchow-Dannenberg weisen mit Anzeigen in der EJZ auf Termine und Frequenz des Senders hin. Inzwischen hat sich auch ein "Freundeskreis Kultur und Medien" gegründet, der die Entwicklung alternativer Medien wie Video, Tonband und Filme für den Kampf gegen Atomanlagen und ihre Sympathisanten vorantreiben und die Legalisierung eines freien, bürgereigenen, regionalen Rundfunks durchsetzen will. Eingeweihte mutmaßen, daß der Freundeskreis gewissermaßen die halboffizielle Anlaufstelle für RFW ist.

LESER SAGEN IHRE MEINUNG

Verhaftet und „behandelt"

Zu der Verhaftung im Zusammenhang mit dem Sender „Radio Freies Wendland" am 9. 8. möchten wir als Betroffene Stellung nehmen: Gegen 19.30 Uhr fuhren wir mit unserem Auto in der Gemarkung Kähmen, dort fielen uns ein Polizeihubschrauber und später auch ein großes Polizeiaufgebot sowie mehrere getarnte Peilwagen der Post auf. Da uns bekannt ist, daß jeden Sonnabend um 19 Uhr „Radio Freies Wendland" zu hören ist, konnten wir uns denken, daß dieses Polizeiaufgebot dazu dienen sollte, den Sender ausfindig zu machen. Beim Beobachten des Vorgehens der Polizei wurde uns unsere Neugier zum Verhängnis. Denn als wir auf einen Feldweg fuhren und bereits einige Polizeifahrzeuge passiert hatten, ohne angehalten zu werden, setzte auf einmal ein Polizeihubschrauber zum Tiefflug an und stoppte uns durch eine Landung auf dem Weg, wo bereits auch eine Zivilstreife quergestellt war. Kurz darauf kamen aus allen Himmelsrichtungen Polizeiautos angefahren. Wir wurden aufgefordert, uns auszuweisen und Warndreieck und Autoapotheke vorzuzeigen, da es sich, wie uns gesagt wurde, um eine normale Verkehrskontrolle handelte. Obwohl wir uns ordnungsgemäß ausweisen konnten, wurden unsere Papiere einbehalten und uns nach einigem Hin und Her mitgeteilt, daß wir vorläufig festgenommen seien. Im Polizeigriff wurden wir zu einem Mannschaftswagen gebracht. Ein Grund dafür wurde uns trotz ständigen Nachfragens nicht mitgeteilt. Nachdem etwa acht Polizeibeamte unser Auto gründlichst durchsucht hatten und unsere Ausweise mehrmals überprüft wurden, machten sich nun Fernmeldespezialisten von der Post über unser Auto her. Diese Prozedur erstreckte sich über etwa zwei Stunden und uns war bald klar, daß die Polizei den Sender „Radio Freies Wendland" in unserem Auto vermutete. Es wurde natürlich nichts gefunden, und auch unsere Erklärung, daß es wohl der Gipfel der Schwachsinnigkeit wäre, sich mit dem Sender im Auto eine halbe Stunde nach Sendeschluß direkt neben die Polizei zu stellen und ihnen bei der Suche zuzuschauen, half uns nichts. Ein Kriminalkommissar eröffnete uns, daß wir zur erkennungsdienstlichen Behandlung in die Polizeieinsatzzentrale nach Lüchow gebracht würden und unser Auto beschlagnahmt sei. Warum dieses geschah, können wir uns damit erklären, daß die Polizei nach wochenlangem, ergebnislosem Suchen auf Teufel komm raus einen Erfolg verbuchen mußte. In Lüchow weigerten wir uns, uns erkennungsdienstlich behandeln zu lassen, da wir dies als eine Schikane ansahen, da weder ein ausreichender Tatverdacht noch Beweise gegen uns vorlagen. Daraufhin wurden uns Knebelketten angelegt. Diese Eisenketten werden so fest zugezogen, daß sie tief ins Fleisch einschneiden, starke Schmerzen verursachen, die Blutzirkulation unterbrechen und die Nerven abtöten bis die Hand völlig gefühllos ist, um dann gegen unseren Willen die Fingerabdrücke nehmen zu können. Einem der Beamten reichte die Quälerei mit den Knebelketten wohl noch nicht, denn er zog sie auch dann fester zu, wenn es gar nicht notwendig war, und äußerte dabei den Wunsch, uns zu verprügeln. Während dieser Zeit wurde unser Auto zum drittenmal durchsucht, dabei die Türverkleidungen herausgerissen, die Motorhaube beschädigt und Kabel und Lüftungsklappen einfach abgerissen. Nach etwa 3½ Stunden wurden wir dann mit der Begründung, es läge nichts gegen uns vor, entlassen.

Wir haben daraufhin Anzeige wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung gestellt. Dieser Vorfall zeigt wieder einmal, wie politisch Andersdenkende mit allen Mitteln eingeschüchtert und unter Druck gesetzt werden. Denn dieser riesige Polizeiaufwand steht in keinem Verhältnis zu dem geringfügigen Straftatbestand einer nicht offiziell genehmigten zehnminütigen Radiosendung. Aber auch von anderen Institutionen werden Atomkraftgegner zunehmend diskriminiert. So erhielten wir im letzten Monat von der Brandkasse die Kündigung unserer Feuerversicherung. Wörtliche Begründung: „Wir sehen den Zustand, daß das Gebäude von einer Gorleben-Kommune bewohnt wird, als wesentliche Gefahrenerhöhung an, die uns berechtigt, die Feuerversicherung zu kündigen." Dem ist wohl nichts mehr hinzuzufügen.

Frieder Schiezekt und Hans-Erich Sauerteig, Meuchefitz

Rund um Gorleben

Rund um Gorleben

Infos!

Während der Ferien haben im Landkreis wieder mehrere Sommerlager stattgefunden; eines in Gedelitz, ein anderes in Vietze. Wir wissen sehr wenig über Abläufe und Zusammensetzung; große Widerstandsimpulse scheinen von ihnen jedoch nicht ausgegangen zu sein.

Am 24. September ging es in der "Informationsstelle über nukleare Entsorgung von Bund und Land" in Lüchow rund: Kulke und Becker-Platen, die beiden Ober-Informanten, die sich in letzter Zeit so häufig über mangelnde Resonanz in der Bevölkerung beklagt hatten, bekamen unerwarteten Besuch. Ungefähr 50 AKW-Gegner drängelten sich in das viel zu kleine Büro und deckten sich ausgiebig mit sämtlichem, zur Verfügung stehenden Informationsmaterial ein. Innerhalb weniger Minuten waren sämtliche Regale, in denen sich Broschüren, Bücher und Aufkleber sonst bis zur Decke stapelten, leergeräumt; das ganze Zeug wurde in die Kofferräume draußen wartender PKW's geschafft und abgefahren. Der clevere Kulke witterte sofort eine abgesprochene Aktion, was von uns - ein paar Göttinger waren zufällig gerade im Landkreis - jedoch abgestritten wurde; allerdings war das gelogen. Hauptsache, Kulke erzählt in Hannover nicht einfach, sein Krempel sei im Verlauf des normalen Besucherverkehrs alle geworden.

Die Aktion jedenfalls war rundum gelungen und alle, Kulke, Becker-Platen und vielleicht auch ihre Sekretärin einmal ausgenommen, hatten viel Spaß dabei.

Tumulte im Kreistag

gab es, als am Montag, den 13.10., die Gorleben-Frauen den ausschließlich männlichen Abgeordneten ihre Aufwartung machten. Den Herren, bis auf einen samt und sonders skrupellose und menschenverachtende Befürworter der geplanten Atomanlagen, wurden 30 aus Teig gebackene Mißgeburten als Anerkennung für ihre Zustimmung zum Zwischenlager überreicht. Die Figuren hatten entweder gar keine Arme oder drei, manchmal auch zwei Köpfe. Von "Empörung und Erregung" unter den Männern wußte die TAZ zu berichten, als die Kuchen-Krüppel in schwarzen Pappsärgen auf den Abgeordnetentischen deponiert wurden.

Mauschelei im Intercity

Im Anschluß an das Gorleben-Hearing im Deutschen Bundestag am 23.6.80 trafen sich fünf Herren in einem Intercity-Zug im Speisewagen, um zu erörtern wie man den Salzstock Gorleben für ein Atommüll-Endlager passend machen kann. Diese fünf werten Herren waren: Prof. Werner Heintz, PTB, der Jurist aus dem nieders. Sozialministerium Schöpfer oder der Geologe Dr. Schneider ebenfalls vom Sozialministerium außerdem waren noch dabei (sie waren auch in Bonn) Dr. Carsten Salander, Vorstandsmitglied der DWK Prof. Helmut Venzlaff und Prof. Dr. Helmut Röthemeyer beide PTB.

Prof. Bley, Historiker aus Hamburg, hörte zufällig mit und übersandte seine Gesprächsnotizen der BI Lüchow-Dannenberg..; Andauernder Inhalt des 1 1/2 stündigen Gesprächs war, daß der Minsterialbeamte in immer wiederholten Varianten und Differenzierungen den Punkt fixierte, wann er zum Planfestellungsverfahren sich gezwungen sehe und unter welchen Umständen er einen Schacht, der auch dem Endlager dienen könne, zustimmen könnte. Die Diskussion konkretisierte dies an der Frage der Schachtbreite. Der Beamte argumentierte, daß eine Schachtbreite zwischen 3,50 m und 5,00 m (möglicherweise ist dies eine für eine zugespitzte Diskussion fiktiv und extrem gegriffene größe) sicher als Erkundunsbohrung toleriert werden könnte, da er selbstverständlich *beim Genehmigungsverfahren alle für eine Erkundsbohrung erwünschte Erleichterungen , also auch eine gewisse Überbreite wie 4,00 m genehmigen könne. Indessen, wenn man den Schacht gegriffen 7,50 m auslege, diese Breite nur Sinn mache, wenn der Endzweck nicht die Erkundungsbohrung sondern das Endlager sei.*

Die Diskussion drehte sich intensiv darum, diesen Engpass zu überwinden. *Die Betreiber versuchten zunächst, den Beamten darauf festzulegen, daß es rechtlich unzulässig wäre, von der Breite auf ihre Absichten zu schließen.* In der sich ständig wiederholenden Debatte, in der der Beamte wiederholt bekräftigte, er wolle ja wo immer es irgend ginge, den Betreibern entgegenkommen, wurden eine Reihe von Varianten durchgespielt.

Eine Variante, die ich nicht vollständig verstanden habe, wurde von den Beamten kommentiert: „Davor würde ich warnen, weil das zu auffällig wäre." Einer der Betreiber faßte kurz vor Hannover das Gesprächsergebnis in der Art zusammen (keine direkte Wörtlichkeit) der Weg, den wir gehen müssen ist also klar, wir brauchen ein Gutachten, daß eine Schachtbreite von 7,50 m für eine Erkundungsbohrung als notwendig oder wünschenswert erklärt.

Ich versichere nachdrücklich, daß der Beamte überwiegend die Gesprächsführung hatte und es durch Wortwahl und Art der Vorschläge darauf anlegte, den Betreibern die juristische Lücke zu definiern, durch die ein als Erkundungsschacht benötigter und deklarierter Schacht auch bereits als Schacht für das Endlager verwendbar wird und eine Schachtbreite hat, die größer ist, als für die Erkundung notwendig. *Nach meinem Verständnis hat der Beamte aktiv einer Gesetzumgehung Vorschub geleistet und jegliche Unabhänigkeit gegenüber den Betreibern vermissen lassen.*

Auf einer Pressekonferenz am 8.8.80 in Lüchow stellte die BI Lüchow-Dannenberg diese Ungeheuerlichkeiten der Öffentlichkeit vor. Das Sozialministerium reagierte am 13.8.80, das Gespräch mußte wohl oder übel zugegeben werden. Zu den Vorwürfen erklärte es, von unzulässigen Absprachen kann keine Rede sein. **Der Beamte habe mit PTB Mitarbeitern nur seine persönlichen rechtlichen Überlegungen diskutiert. Er habe lediglich erklärt, für die Erkundungsbohrung sei das Bergrecht nicht aber das Atomrecht anzuwenden, EJZ vom 13.8.80.**

Hier versucht das Sozialministerium eine peinliche Angelegenheit zu verharmlosen und zu verschleiern. Die Absprachen werden als persönliche Meinung hingestellt und dann wird so getan, als hätte das alles gar nicht zu sagen. Dieses Verhalten zeigt, daß das Sozialministerium sich durch diese Aussagen hinter den Beamten stellt. Alle Gespräche werden aber nicht im Zug geführt. Die Absprachen werden ansonsten hinter verschlossenen Türen getroffen und hier ist es nun rein zufällig an die Öffentlichkeit geraten. *Das letze Beispiel für solche Mauscheleien waren doch die Schweinereien beim Zwischenlager, die DWK als Betreiberin und die PTB als Genehmigungsbehörde. Die PTB läßt aber gleichzeitig Erkundungsbohrungen durchführen.*

Während Betreiber und Politiker von Erkundungsbohrungen reden, werden schon gesetzliche Voraussetzungen geschaffen, um die Schachtbauarbeiten als Erkundungsbohrungen zu tarnen. Der Bevölkerung wird eine Erforschung vorgegaukelt, dabei wird aber gleichzeitig ein Schacht zur Endlagerung von Atommüll gebaut.

Aus: Hamburger Morgenpost

Trotz vieler zerstörter Bohrlöcher...

...versuchen sie es immer wieder

Der Untergrund des Wendlandes

Die folgende Erklärung erhielten wir anonym zugeschickt:

"Wir wollten nur mal kurz die TAZ widerlegen, die schreibt, daß bei uns alles ruhig sei. Zwei Wochen vor der Wahl und damit kurz vor Beginn der Vorbereitungsmaßnahmen für 1005 haben wir mehreren LKWs auf dem Baugelände des zukünftigen neuen Kreishauses in Lüchow die Luft abgeschnitten und außerdem alle anderen erreichbaren Leitungen durchgetrennt. Unser Ziel, die Firma Ebsdorfer Straßen- und Tiefbau, ist kräftig bei allen Bohrfestungen beschäftigt gewesen. Übrigens baut Dyckerhoff und Widmann das neue Kreishaus. Das stinkt nach Schmiergeldern.

Am Freitag, den 3.10., unterstützten wir die Energiesparmaßnahmen der Bundesregierung, indem wir die Stromversorgung des Depots der Celler Brunnenbau in Lüchow durch mehrere gezielte Axtschläge durchtrennten und damit dem Wachpersonal eine schlaflose Nacht, sowie einer einheimischen Firma einen neuen Auftrag sicherten. Für Leute, die auch Spaß an ähnlichen Aktionen haben: bei 1005 sind außer Kewitz, einer Straßenbaufirma aus Uelzen und einer anderen aus Lüneburg, die mit einer Raupe mit Hackwalze den Wald für 1005 niederbrechen (Name bestimmt in Lüchow-Dannenberg zu erfahren) bestimmt auch wieder Dyckerhoff und Widmann beschäftigt, außerdem werden wohl Gartower Firmen wieder die Laufgitter schweißen und/oder Material für Fundamente und Einschalungen liefern.

Abschließend wünschen wir unserem Sender RFW ein langes Leben und etwas mehr Glück mit der Technik.

Der Untergrund von FRW

Immerhin

6,68% der Zweitstimmen und sogar 9,27% der Erststimmen erhielten die Grünen bei der Bundestagswahl im Landkreis Lüchow-Dannenberg.

Dies ist gleichzeitig der Atom Express-Beitrag zu den Wahlen 1980.

Bekanntmachung

Nachtrag zur Amtlichen Bekanntmachung der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt vom 29. Sept. 1980.

„Wegen der Besonderheit des Vorhabens" darf die betroffene Bevölkerung **schon jetzt** (wie von der PTB verlautet) zum Bau von zwei Zwischenlagern in der Gemarkung Gorleben Stellung nehmen, nachdem die Politiker der Ansiedlung dieser Atomanlagen längst zugestimmt haben.

Hat denn die PTB die vielfältigen Stellungnahmen der Bevölkerung gegen den Bau der Atommülllager etwa nicht gehört?

Die jetzt von der PTB gewünschten Stellungnahmen und die vorgesehene Anhörung haben keinerlei rechtliche Auswirkungen.

So nicht — jedenfalls nicht mit uns!
Wir sagen's noch mal ganz deutlich:

Kein Zwischenlager nach Gorleben!

Untergrundamt der Freien Republik Wendland

Im Auftrag:

Monika Herr, Christian Quis, Frieder Schlietzelt
Knut Hose, Hannelore Bittner, Norbert Möllemann
Monika Fischer, Martin Bregler, Dörte Hamann
und viele andere

PS: Nicht vergessen:
Heute, 19 Uhr, 101 Mhz, UKW, Radio Freies Wendland.

Rund um Gorleben

1004-Türme

Abschließend noch ein paar Hinweise auf Filme etc., die während der Besetzung und/oder der Räumung gedreht wurden. Also, Kamera ab:

- **Die Zukunftsverbrecher lassen räumen.** Kurzfilm über die Räumung von 1004, 6 Min., Farbe 16mm, Magnetton, Leihmiete ca. 20 Mark.

-**Bezugsgruppen auf 1004.** Organisation während der Besetzung, 35 Min.(zu lang, d.S.), schwarzweiß, 16mm Magnetton, Leihmiete ca. 65 Mark (zu teuer, d.S.) + Mehrwertsteuer und Versandkosten.

Beide Filme sind zu bestellen bei:
Zentraler Filmverleih, Karl-Muck-Platz 9, 2000 Hamburg 36.

-**Überfall auf 1004.** Der Film berichtet über einen gelungenen Versuch, auf Pfaden zur Räumung zu gelangen, 25 Min.

-**Bericht von der Räumung.** Film mit Bildern vom Leben im Dorf und von der Räumung, 12 Min.

Bestellungen bei Gegenlicht, Tabostr. 22, 1000 Berlin 36.

-**"Es gibt im Dorf ein Fritz-Teufel-Haus"**, 6 Mark + Porto und Versand.

Bestellung: P. Damman, Erikastr. 146, 2000 Hamburg 20.

Rund um Gorleben

Der Kampf gegen Kriminalisierung

ist auch in Gorleben zu einem wichtigen Teilaspekt des Widerstands geworden - zwangsläufig. Er bindet viele Kräfte, was sicherlich für die Atom-Mafia eine willkommene Begleiterscheinung ist.

Ungefähr 400 Ermittlungsverfahren wurden seit Standortbenennung eröffnet, von denen die Hälfte - zum Teil gegen Zahlung von Geldbußen - eingestellt worden ist. Es gab wenige Freisprüche und viele Verurteilungen; eine Menge Verfahren laufen zur Zeit, bzw. werden in der Berufung verhandelt.

Diese Prozesse, wie auch alle anderen gegen AKW-Gegner, dienen dazu, den Widerstand der Betroffenen zu brechen und die Anti-AKW-Bewegung einzuschüchtern. Bei einer Verurteilung muß man nicht nur die Strafe, sondern auch die Prozeßkosten bezahlen. Zu dem kommt noch der Makel des Vorbestraftseins, was in ländlichen Gegenden besonders schwerwiegt, dazu.

Der Zuschauerandrang zu den Gorleben-Prozessen ist groß; allerdings dürfen nur jeweils 25 Leute ins Amtsgericht Uelzen, wo die meisten Verfahren stattfinden, hinein. Während der Verhandlungen wird vom Gericht ständig die Räumung des Saales angedroht, sobald nur jemand hustet oder lacht.

Von Gegenaktionen wie dem Abladen von Mist vorm Gerichtssaal oder Konfettibeschuß läßt sich ein Richter wie der Vorsitzende Pape nicht beeindrucken. Im Gegenteil: er erstattet Strafanzeige und kündigt noch schärfere Maßnahmen für künftige Prozesse an.

Mann/frau sollte ihm vielleicht das Handwerk legen.

Eine Besprechung und ihre Folgen

Den größten Wirbel in der letzten Zeit haben die Tagebuchaufzeichnungen von zwei Polizisten und der Tonbandmitschnitt einer polizeilichen Nachbereitungsveranstaltung zur Räumung verursacht. Wir gehen davon aus, daß die Sachverhalte den meisten Lesern bekannt sind - TAZ, Konkret, FR u.a. haben zum Teil ausführlich darüber berichtet.

Die niedersächsische Polizei hat mit einem totalen Rundumschlag auf die Veröffentlichung der Tonbandprotokolle reagiert: Durchsuchungen des Büros der BI Lüchow-Dannenberg und von Privatwohnungen, Ermittlungsverfahren gegen Wolf Römmig, Pressesprecher der BI, und gegen zwei der "Verletzung des Dienstgeheimnisses" verdächtigte Polizeibeamte, Untersuchungshaft für einen der beiden, Kürzung ihrer Dienstbezüge, Berufsverbot ...

Ausführlich dokumentiert sind die Tagebuchaufzeichnungen in der TAZ vom 20. August und in dem großen Gorleben-Band vom Verlag 2001, einem Buch übrigens, auf das wir mit sehr gemischten Gefühlen hinweisen. Einerseits sind zwar die meisten Fotos - hauptsächlich welche von Günter Zint - sehenswert, und man erhält auch eine Reihe bisher nicht so bekannter Informationen, andererseits stört zumindest uns die strikt gewaltfreie, der Besetzung gegenüber völlig unkritische Ausrichtung der inhaltlichen Beiträge.

Die wesentlichen Passagen der Tonbandmitschrift sind in der neusten Ausgabe (Nr. 13) von **Gorleben aktuell** abgedruckt.

(Bezugsadresse: Günter Harms, Sültenweg 57, 2120 Lüneburg)

- Zwei Toncassetten a 90 Min. mit Begleitheft: **Radio Freies Wendland zur Räumung**.

Bestellungen: Network Medien-Cooperative, Hallgartenstr. 64, 6000 Frankfurt 90. 22,80 Mark + Porto + Verpackung.

Die Entscheidung fällt auf dem Wärmemarkt

In den letzten Nummern des Atom Express haben wir bewiesen, daß AKW's überflüssig, fast nie ganz ausgelastet und zudem teuer sind. Diesmal wollen wir die kurz-, mittel- und langfristigen Pläne der Elektrizitätsindustrie darlegen, die eine Eroberung des Wärmemarktes durch Elektrospeicherheizung, Elektrowärmepumpen und nukleare Fernwärme beinhalten, denn die Elektro-Lobby will keineswegs in Zukunft noch mehr Überkapazitäten produzieren, sondern den Stromverbrauch steigern und wieder Profite wie in den fünfziger Jahren machen. Und dann blühen uns viele,viele AKW's!
Wegen chronischem Platzmangel müssen wir die langfristigen Pläne, die die nukleare Fernwärme betreffen, erst in der nächsten Nummer veröffentlichen.

Wenn man sich die Bilanz des gesamten Primärenergieverbrauchs der BRD und die Struktur unseres Energiebedarfs anschaut, so fällt sofort auf, daß dabei einmal der Wärmemarkt eine dominierende Rolle spielt, und daß zweitens vor allen Dingen der Bereich der Stromerzeugung von enormen Verlusten der Primärenergie gekennzeichnet ist.
Hieraus folgt zweierlei:

1) Die Bedeutung der Abwärmenutzung von Kraftwerken
Allein die bei der Stromerzeugung in Form von Abwärme anfallenden Verluste reichen theoretisch aus, um nahezu den gesamten Wärmebedarf für die Raumheizung in der Bundesrepublik zu decken!
Derzeit schlägt dieser Bereich durch das Abwärmeproblem volkswirtschaftlich sogar negativ zu Buche. Die Tatsache, daß Fernwärme, also das Weiterleiten der Abwärme zu den Haushalten und öffentlichen Einrichtungen und ebenso die konsequente dezentrale Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung keine Rolle spielt, ist die logische Folge einer desorientierten Energiepolitik.
Den Möglichkeiten und Grenzen der Kraft-Wärme-Kopplung hat der Autor ein extra Kapitel gewidmet, auf das an dieser Stelle für weitere Informationen verwiesen sei.

2) Auch wenn Strom sich in der Regel durch einen höheren Nutzungsgrad gegenüber der Verwendung von fossilen Energieträgern auszeichnet, sind doch die riesigen Umwandlungsverluste zu seiner Erzeugung aus Primärenergieträgern (Kohle, Gas, Öl, Uran) energiepolitisch so lange untragbar, wie dabei ausschließlich nichtregenerative Ressourcen verbraucht werden, denn rund 2/3 der darin steckenden Energien belasten als Verlust in Form von Abwärme unsere Umwelt, und das, um letztenendes mit der hochwertigen Energieform "Strom" ausgerechnet unsere Wohnungen und unser Brauchwasser zu heizen! Ein Vorgehen, daß dem Schießen mit Kanonenkugeln auf Spatzen gleichkommt und nur jenen dienen kann, die am wachstumsorientierten Absatz von Kanonen und Kanonenkugeln interessiert sind.
Dies verdeutlicht, wie fatal die Expansionspolitik der EVU's insbesondere auf dem Sektor Elektrospeicherheizung und Elektrowärmepumpe für unsere Volkswirtschaft ist und mit welch enormen Nachteilen eine Enrwicklung verbunden ist, die auf den verstärkten Einsatz von elektrischer Energie gegenüber anderen Sekundärenergieträgern ausgerichtet ist.
Das kann die Elektrizitätskonzerne indes nicht daran hindern, ihren Marktanteil, wo immer sich ihnen eine Möglichkeit bietet, auszuweiten. Und diese Möglichkeit ist stets dort am verlockendsten, wo die größten Umsatzzuwachse und damit maximale Gewinne zu erwarten sind. Aber hören wir dazu doch die Herren Vertreter der Elektroindustrie. Etwa Herrn W. Müller vom RWE-Essen (1) in einem Referat, gehalten auf einem Fachseminar von Europas größtem Elektrowärmepumpenhersteller, der Firma HAPPEL K.G.-München.
"Die elektrotechnische Industrie ist gut in das Jahr 1979 gestartet. Die Auftragsbücher verzeichnen in den ersten Monaten zweistellige Zuwachsraten .... Die Phase allerdings, in der die Nettoproduktion jedes Jahr um fast 20% anwuchs, die fünfziger Jahre, diese Phase dürfte kaum noch einmal wiederkehren. ...Damals galt es in Industrie und Haushalten die elektrotechnische Grundausrüstung zu installieren, damit einerseits den Haushalten eine bessere Lebensführung möglich war, damit andererseits die Industrie überhaupt in die Lage versetzt wurde, einen beispiellosen Wachstumsprozeß zu beginnen ....
Die Inlandsnachfrage der Haushalte wird zunehmend vom Ersatzbedarf leben, so jedenfalls sieht es aus heutiger Sicht aus. Der Ersatzbedarf ist eine langfristig stabile Größe, nur enthält sie keinen Wachtumsmotor - jedenfalls dann nicht, wenn einerseits die Bevölkerung stagniert und andererseits die Qualität der Produkte gehalten wird ...
Einen echten Wachstumsimpuls mit Langzeitwirkung bringt ein neues Produkt. Der Müllzerkleinerer oder die Schuhputzmaschine waren solche Wachstumsprodukte nicht. Nein, das neue Produkt muß aus der Sicht des Kunden eine Notwendigkeit darstellen, so wie es etwa der Elektroherd oder die Waschmaschine waren. Nun ist der Markt der möglichen Stromanwendungen im üblichen Haushaltsalltag weitflächig abgegrast: Vom Eierkocher bis zum Rasierapparat für Damen und Herren wird schon alles angeboten.
Was noch offen steht, ist der Wärmemarkt.
Weder bei der Raumheizung noch bei der Warmwasserbereitung hat die Stromanwendung große Marktanteile. Bei der Raumheizung sind

heute von 23 Mio. Wohnungen etwa 7% beim Strom, aber noch 53% beim Erdöl. Betrachten wir die Warmwasserbereitung im Bad, so fällt zunächst auf, das noch 5 der 23 Mio. Wohnungen entweder gar kein Warmwasser oder einen Kohle/Öl-Badeofen besitzen. Insgesamt hat das Öl bei der Warmwasserversorgung einen Anteil von 33%, beim Strom liegen 28%." (2)

Die gemeinsame Absicht der Elektrizitäts-Lobby ist damit sicherlich hinreichend dokumentiert. Alle werden sie an einem Strang ziehen, denn neben den Elektrizitätsversorgungsunternehmen und der Elektroindustrie,die wie unmittelbar einleuchtend zum Sturm auf den Wärmemarkt blasen, sind auch die Kraftwerksbauer und, wie noch bewiesen wird, der gesamte Atomenergiekomplex (inklusive Kernforschungszentren), der Bergbau, die Gewerkschaftsführung und nicht zuletzt die Politiker mit von der Partie. Auch wenn man angesichts dieser Phalanx vielleicht die Flinte gleich ins Korn schmeißen möchte, sollte man sich die Strategie und die Vorgehensweise bei diesem grandiosen Schauspiel nicht entgehen lassen. Die Beteiligten wurden bereits kurz vorgestellt. Aufgeführt wird die Tragödie auf mindestens drei Bühnen und dies - angesichts der Vielzahl der Akteure - gleichzeitig.

Es sind dies die Bereiche Elektrospeicherheizung, Elektrowärmepumpe und die nukleare Fernwärmeversorgung.

So begrenzt die Argumentation der Beteiligten ist, so nachhaltig, das ist zu befürchten, wird sie auf den "klenen Mann von der Straße" wirken. Ausgangspunkt dieser Argumentation ist, wie könnte es auch anders sein, das Thema Erdöl. Denkbar günstig aufbereitet durch unseren Blätterwald mit lawinenartigen "Ölkrisen", Versorgungsängsten, uns alle beherrschenden Ölscheichs, Iran und neuerdings Afghanistan-Horrormeldungen bis hin zur Drohung mit dem Ölkrieg. All das eingepackt in eine Welle von vielen kleinen "Ich bin Energiesparern", um dann doch feststellen zu können, daß alles nichts hilft. Wir müssen sofort weg vom Erdöl der Scheichs, sonst droht uns der Weltuntergang.- Substituiert werden muß die Heizölmenge, die in den privaten Haushalten zur Wohnraumheizung dient. Bild 1 macht deutlich, welch großer Markt das ist, wenn man bedenkt, daß derzeit noch 53% aller Haushalte ölbeheizt sind.

Substituiert werden muß, welch ein Zufall, natürlich mit Strom und das heißt mit Atomenergie.
Aber hören wir dazu doch wieder den Originalton der Elektrizitäts-Lobby. Etwa Dr.Günter Klätte vom RWE und Mitglied des Vorstandsrates der VDEW in einer Rede zum Thema "Die elektrische Energie im Wärmemarkt der Zukunft".

"Die Diskussion um die zukünftige Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland hat in der jüngsten Zeit eine außerordentliche Bedeutung erlagt. Die Furcht vor weiterer Energieverteuerung führt zu energiesparenden Techniken; die Furcht vor Energieverknappung fordert den Einsatz importierter Energieträger durch heimische oder quasi-heimische Energie.

Es muß also zwei Herausforderungen begegnet werden: der allgemeinen Energieverknappung - das bedeutet es muß Primärenergie eingespart werden - und der drohenden politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit von Importöl - das bedeutet, es muß Mineralöl durch heimische Energie ersetzt werden, z.B. durch Kohle, Sonnenenergie, Umweltwärme oder durch die quasi-heimische Energie, Uran." (3)

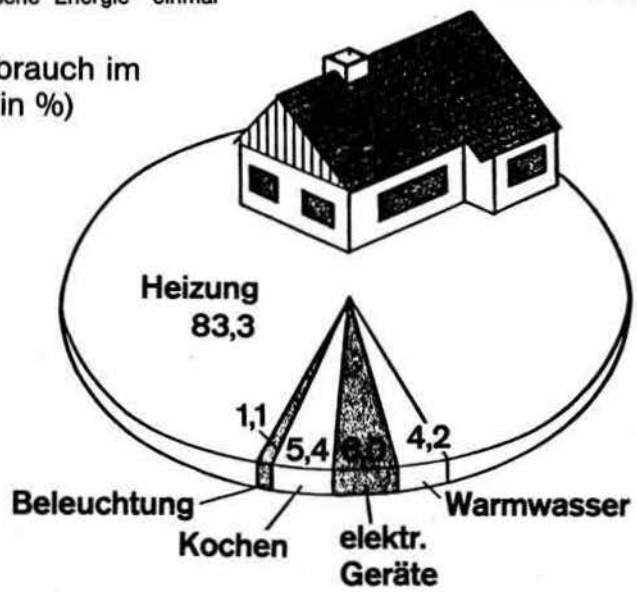
Von dem elegant eingeführten Begriff des Urans als "quasi-heimische Energie" einmal abgesehen, verblüfft vor allen Dingen die in seinen weiteren Ausführungen stets stillschweigend vorausgesetzte Notwendigkeit der Ölsubstitution allein durch elektrische Energie. Dieser Meinung ist natürlich auch der bereits zitierte RWE-Kollege Müller, der in seinen Ausführungen angesichts versiegender Rohölquellen darüberhinaus schreibt:

"Das dann auftretende Nachfragemotiv hat urgewaltigen Charakter, denn ohne warme Wohnung läßt sich nicht leben. Deswegen übrigens bin ich davon überzeugt, daß es nicht zu einer abrupten ernsten Störung in der notwendigen Heizölmenge kommen wird. Die Menge wird auch im Falle strenger Boykottmaßnahmen beschafft werden um jeden Preis, auch wenn der Preis den Bereich des Geldes verläßt. Um des Friedens willen seien solche Überlegungen hier ausgeklammert."(4)
Kommentar überflüssig!

Nicht weil neue Argumente kommen, sondern nur um einmal mehr auf das reibungslose Zusammenspiel der Elektrizitäts-Lobby mit den Politikern hinzuweisen, in diesem Zusammenhang stellvertretend für eine Vielzahl der folgende Artikel aus dem Göttinger Tageblatt vom 15.2.1980:

Siehe nächste Seite.

Bild 1. Energieverbrauch im Haushalt (Anteile in %)



Albrecht will notfalls im Alleingang neue Kernkraftwerke bauen

Wohnungen sollen mit Strom statt mit Öl geheizt werden

GT 15.2.80 Eigener Bericht p. s. Hannover

Ministerpräsident Albrecht (CDU) dringt darauf, daß in Niedersachsen sehr bald neue Kernkraftwerke errichtet werden. In einem Gespräch mit dieser Zeitung begründet er dies mit der Notwendigkeit, möglichst rasch eine größere Unabhängigkeit vom Erdöl zu erlangen. Albrecht kündigte zugleich an, daß die Landesregierung zusammen mit der Industrie eine Werbekampagne mit dem Ziel starten wolle, beim Hausbrand eine Umstellung von der Ölfeuerung auf Strom zu erreichen.

Albrecht teilte mit, er werde in Kürze Gespräche mit den Elektrizitätsunternehmen aufnehmen, um feste Daten für die Möglichkeiten dieses Umstellungsprogramms und für den voraussichtlichen Strommehrbedarf zu erhalten.

Nach Albrechts Meinung läßt sich gerade beim Hausbrand das Öl ersetzen. Dafür komme jedoch nur Strom aus Kernkraftwerken in Betracht. Er begründete dies mit der Auffassung, daß 1. das Öl auch zur Stromerzeugung langfristig nicht zur Verfügung stehe, 2. Erdgas auf längere Sicht keine Alternative darstelle und 3. die Kohle, deren Förderung nur begrenzt zu steigern sei, später zu Heizzwecken auch in Kraftwerken nicht mehr zur Verfügung stehe, sondern zur Herstellung des „verdammten Benzins" genutzt werden müsse.

Albrecht, der seine Vorstellungen vor dem Hintergrund der Afghanistan-Krise entwickelte, geht davon aus, daß sich die Abkehr von der Ölfeuerung folgendermaßen vollziehen kann: 1. Statt mit Öl wird verstärkt mit Strom geheizt. 2. Vor allem auf dem Lande bietet sich eine Kombination von Stromheizung und Wärmepumpen an. 3. Dazu muß die Sonnenenergie stärker als bisher durch den vermehrten Einbau von Sonnenkollektoren genutzt werden. Albrecht meinte, die Wärmepumpen seien angesichts der zu erwartenden Energiekostensteigerungen schon jetzt an der Grenze der Rentabilität. Eine Subventionierung sei jedoch nur sehr begrenzt möglich.

Albrecht erklärte, wenn die Sowjetunion von Afghanistan aus Hand an die Erdölvorkommen im Nahen Osten legen sollte, müßte der Westen entweder kämpfen oder sich erpressen lassen, um seine lebenswichtigen Interessen zu wahren. Es sei daher notwendig, daß sich die Bundesrepublik so schnell wie möglich von dieser gefährlichen Alternative freimache. Niedersachsen werde nicht auf Bonn warten, sondern im Alleingang dort ansetzen, wo sich am ehesten einer möglichen Versorgungskrise begegnen lasse.

Göttinger Tageblatt 15.2.1980

Das möge dem Leser zum Ausloten der Marschroute der Elektrizitätslobby vorerst genügen. So oder ähnlich, vielleicht noch mit geringen Variationen, dem Gespenst von den ausgehenden Lichtern und der Massenarbeitslosigkeit werden sie ihre Ziele mit Hilfe der Massenmedien in großer Auflage und zu den besten Sendezeiten verbreiten und so ihr Stück und damit auch leider unseres zu Ende spielen, das da heißt: **Eroberung des Wärmemarktes durch die Elektrospeicherheizung, die Elektrowärmepumpe und die nukleare Fernwärmeerzeugung.**

Der forcierte Ausbau der Elektrospeicherheizung stellt dabei zweifellos ein kurzfristiges Moment in dieser Strategie dar, das in seiner Bedeutung für die Eroberung des Wärmemarktes in absehbarer Zeit vom Einsatz der Elektrowärmepumpe überflügelt werden soll. Die Elektrowärmepumpe stellt für die Elektrizitäts-Lobby das mittelfristige Konzept dar, das auf nennenswerte Marktanteile bis zum Jahr 2000 ausgerichtet ist; die derzeit anlaufende Kampagne zur Propagierung der Elektrowärmepumpe und die enormen Verkaufszuwachsraten lassen dies bereits heute erkennen. Daneben befindet sich das Konzept der nuklearen Fernwärmeversorgung noch im Planungsstadium. Es verkörpert das gemeinsame langfristige Konzept der Energieanbieter und verdient, auch wenn es derzeit noch nicht aktuell zu sein schein, das Konzept der nuklearen Fernwärmeversorgung noch im Planungsstadium. Es verkörpert das gemeinsame langfristige Konzept der Energieanbieter und verdient, auch wenn es derzeit noch nicht aktuell zu sein scheint, nicht weniger unsere Aufmerksamkeit. Dies, weil bereits mit den heutigen investierten enormen staatlichen Zuschüssen, Entscheidungen für unsere künftige Energieversorgung getroffen werden, die nicht mehr rückgängig gemacht werden können und darüber hinaus sinnvolle alternative Lösungen abblocken. Als Beispiel seien in diesem Zusammenhang die Entstehungsgeschichte der Atomenergienutzung genannt und die Augenwischerei beim Bau des Schnellen Brüters in Kalkar, in den bereits bis auf den heutigen Tag mehrere Milliarden DM Steuergelder gesteckt wurden, über dessen Inbetriebnahme aber angeblich erst nach Fertigstellung entschieden werden soll. Als wenn noch jemand ernsthaft daran glauben könnte, daß Politiker nach 20jähriger Planungs- und Bauphase die Inbetriebnahme verweigern und reumütig die Verschwendung von Steuergeldern in Milliardenhöhe zugeben, verbunden mit dem Zugeständnis, einer völlig desorientierten Energiepolitik aufgesessen zu sein.

Wir müssen erkennen, daß aus diesem Grund die nukleare Fernwärmeversorgung heute bereits aktuell ist! Zur besseren Verständlichkeit der Gesamtstrategie der Elektrizitäts-Lobby einige Anmerkungen zu den technischen Verfahren.

Elektrospeicherheizung: Mehrverbrauch bewußt gefördert!

Bis vor einem Jahr noch hielt die Elektrizitätswirtschaft an der Annahme von Zuwachsraten des Stromverbrauchs um jährlich 7% fest und damit an einer Verdoppelung des Stromverbrauches alle zehn Jahre! Die Bundesregierung übernahm diese Angaben anstandslos und machte sie zu Eckdaten ihres Energieprogramms und das heißt zur Grundlage des forcierten Ausbaus der Atomkraftwerkskapazität. Daß diese Angaben in Praxis dahinschmelzen würden wie Butter in der Sonne war klar. Nur dem starken Einsatz der Bürgerinitiativen ist es zu verdanken, daß die auf die Interessen der Elektrizitäts-Lobby abgestellte Rahmenplanung scheibchenweise von der Bundesregierung zurückgenommen werden mußte. Sehr zum Mißfallen der Herren aus der Elektrizitätswirtschaft, die sich weiter auf das Dogma des 7%-Zuwachses beriefen.

Indessen wissen die Strommanager spätestens seit September 1975, daß sie mit ihrer gewagten Formel nicht die Wahrheit sagen. Seit dieser Zeit nämlich liegt ein verbandsinternes Gutachten vor, das die Verdoppelungsthese eindeutig widerlegt. Was die Experten in ihren "Überlegungen zur zukünftigen Entwicklung des Stromverbrauchs privater Haushalte in der BRD bis 1985" auf 197 Seiten zu Papier brachten, war so brisant, daß es sofort im Panzerschrank verschwand. (5)

Fazit der Studie: Selbst bei unverändertem Verbraucherverhalten wird der Stromverbrauch in den privaten Haushalten, seit jeher Hauptorientierungswert für die Stromwirtschaft, abrupt abgebremst - Nachtspeicherheizungen ausgenommen. Von 1973 bis 1980 wird er jährlich nicht mehr um die bisher üblichen 12% klettern, sondern nur noch um 3,6%. Von 1980 bis 1985 wird die Stromnachfrage gar auf nur noch 1,5% Wachstum abgebremst sein. Damit aber fällt die wesentliche Stütze des Verdoppelungsdogmas weg.

Die Konsequenz, die die Elektrizitätsunternehmen aus dieser Studie ziehen, ist eine Expansion um jeden Preis, und das heißt vor allen Dingen eine Forcierung der energiepolitisch völlig unsinnigen Verwendung von Strom zu Heizzwecken. Das liest sich dann so:

"Es erscheint uns das wesentliche Ergebnis dieser Prognose zu sein, daß quantifizierbar geworden ist, in welchem Maße in den kommenden Jahren eine Umschichtung des jährlichen Zuwachses von Haushaltsstrom ohne Heizung auf Haushaltsstrom mit Heizung zu erfolgen hat, damit die längerfristig eingeplante Zuwachsrate des gesamten Haushaltsstromverbrauchs Marktresultat ist." (6)

Daher sind Maßnahmen wie *"gezielte Kundeninformation"* einzuleiten, *"um Elektroheizsysteme unter Beachtung elektrizitätswirtschaftlicher Erfordernisse auf breiter Basis in wenigen Jahren marktgängig gemacht zu haben."(7)*

Nähere Angaben über dieses Bestreben der EVU's sind auch einem Fachbeitrag in der VDEW-Zeitschrift "Elektrizitätswirtschaft" zu entnehmen.

Dort ist zu lesen, daß *"aufgrund der starken Nachfrage nach Speicherheizungen in den letzten Jahren der Stromverbrauch dieser Anlagen - gemessen am gesamten Stromverbrauch - überproportional zugenommen hat."(8)*

Die installierte Leistung der Speicherheizungsanlagen stieg von 1968 bis 1978 auf annähernd das Siebenfache (!) von 4 GW im Jahre 1968 auf 27 GW im Jahre 1978.

Nach VDEW-Angaben benötigten bereits 1976 *"mindestens 25% der im Bundesgebiet installierten Speicherheizungen eine Tagesnachladung, wobei in diesen Anlagen bei niedrigen Außentemperaturen die Nachladungen bis zu 40% des gesamten Tagesverbrauchs betragen kann." (9)*

Auch hier ist die Strategie sehr deutlich zu erkennen:
Wenn man keine Zuwachsraten im Stromverbrauch zu verzeichnen hat, dann schafft man sich eben welche!!

Aus diesem Grunde ist für die EVU's der in einem gesonderten Kapitel behandelte Spitzenlastabwurf oder die Speicherung elektrischer Energie zum Zwecke des Abbaus der Belastungsspitzen und der damit verbundenen gleichmäßigeren Kraftwerksauslastung völlig uninteressant. Es überrascht deshalb nicht, wenn man aus diesen Kreisen immer wieder hört, elektrische Energie sei nicht speicherbar, kommt es den EVU's doch ausschließlich darauf an, die Täler der Belastungskurve durch die forcierte Propagierung von elektrischen Speicherheizungen aufzufüllen. Dabei geht es ihnen nicht um den Abbau der Stromspitzen, sondern um ein Angleichen der Belastungstäler an den Spitzenverbrauch, ja mehr noch, um eine ebenfalls gleichzeitige Erhöhung der Stromspitzen und damit letzten Endes um eine möglichst große Erhöhung des Stromverbrauchs insgesamt.
Wie erfolgreich diese Politik in den letzten Jahren gewesen ist, belegen die enormen Zuwachsraten auf dem Sektor Elektrospeicherheizungen. So stieg in den 12 Jahren von 1966 bis 1978 bei einem durchschnittlichen Stromverbrauchszuwachs von rund 6% pro Jahr (freilich mit im Laufe der Jahre fallenden Zuwachsraten) der Speicherheizungsverbrauch im betreffenden Zeitraum um rund 31% pro Jahr. Wie die nebenstehende Tabelle ausweist, entspricht das einer Erhöhung des Speicherheizungsverbrauchs um den Faktor 25 in nur 12 Jahren.

Damit stieg der Anteil der Raumheizungen am Verbrauch der Haushalte von 3% im Jahre 1966 über 19,1% im Jahre 1973 auf 21,5% im Jahre 1978!
Das Aufblähen des Sektors Privathaushalte durch diese enormen Zuwachszahlen zeigt Bild 2.

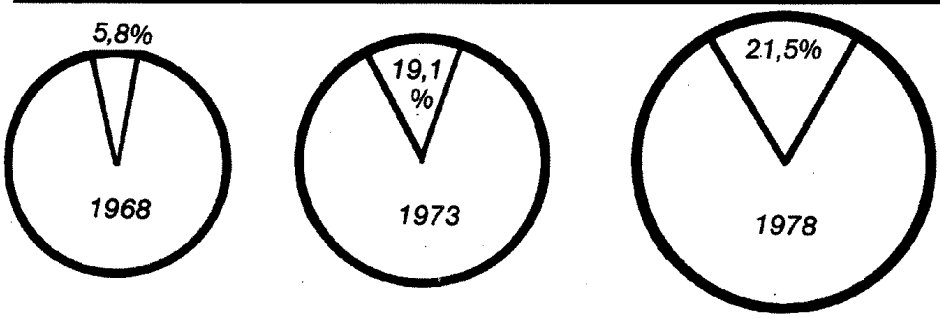
Tabelle: Speicherheizungsverbrauch in Milliarden Kilowattstunden

1966	...'70	'71	'72	'73	'74	'75	'76	'77	'78
0,8	... 7,0	9,0	11,6	13,7	14,5	15,9	17,4	15,6	20,0

Anhebung der Spitzenlast beteiligt, wie Bild 3 beweist und forcieren damit auch direkt den Bau weiterer Kraftwerke. Dies ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil von der Elektrizitätswirtschaft im Zusammenhang mit der Stromversorgung ausschließlich von den am Jahresende auftretenden Lastspitzen gesprochen wird und man damit bewußt den Eindruck erweckt, diese Größe sei das ausschließliche Kriterium für die Deckung des gesamten Strombedarfs. Die Bilanz der Elektrizitätsversorgung macht deutlich, wieso die EVU's dabei nie konkrete Angaben über Reservekapazitäten machen oder gar auf die durchschnittliche Netzbelastung zu sprechen kommen. Tatsächlich ist aber auch die durchschnittlich nachgefragte Energiemenge von Bedeutung, wenn man sich nämlich darauf besinnt, daß elektrische Energie speicherfähig ist. Der Vorteil der Speicherung ist offenkundig: Die Kraftwerke werden gleichmäßiger und besser ausgenutzt, d.h. sie können nahezu konstant mit optimaler Ausnutzung gefahren werden und die Bedarfsspitzen werden durch die während der Schwachlastzeit gespeicherte Energie gedeckt. Das jedoch liegt nicht im Interesse der EVU's. Natürlich streben auch sie eine möglichst gleichmäßige Stromerzeugung an. Die Speicherung von elektrischer Energie durch die im Betrieb befindlichen Kraftwerke würde aber bedeuten, daß auf absehbare Zeit jeder Bau von zusätzlichen Kraftwerksblökken - mehr noch als bereits bei der heutigen Situation der riesigen Stromreserven - überflüssig würde. Dies aber berührt unmittelbar das Investitionsverhalten, genauer: die Möglichkeit zur sicheren gewinnbringenden Geldanlage, der in der Elektrizitätswirtschaft tätigen Unternehmen und Interessengruppen.

Deutlich sichtbar in Bild 3 ist auch die Anhebung der Lastspitzen, und das ist ja wohl auch beabsichtigt. Wie heißt es doch gleich in der VDEW-Studie: Es ist *"quantifizierbar geworden, in welchem Maße in den kommenden Jahren eine Umschichtung des jährlichen Zuwachses von Haushaltsstrom ohne Heizung auf Haushaltsstrom mit Heizung zu erfolgen hat, damit die langfristig eingeplante Zuwachsrate des gesamten Haushaltsstromverbrauchs Marktresultat ist."(11)*
Eine Aussage, die freilich nicht nur auf den Bereich der Elektrospeicherheizung begrenzt ist, sondern in jüngster Zeit durch die Propagierung der Elektrowärmepumpe Aktualität behält.
Schätzungen zu Folge können die EVU's beim derzeitigen Stand des Verbundnetzes rund 20-30% des gesamten in der BRD benötigten Wärmebedarfs durch Elektrospeicherheizung decken.(12)
Auch ohne die Möglichkeit voll auszuschöpfen, stellt die Elektrospeicherheizung für die EVU's einen wichtigen Eckpfeiler zur Eroberung des Wärmemarktes dar, und es wird nicht der einzige bleiben, wie die nachfolgenden Ausführungen über die elektrische Wärmepumpe belegen.

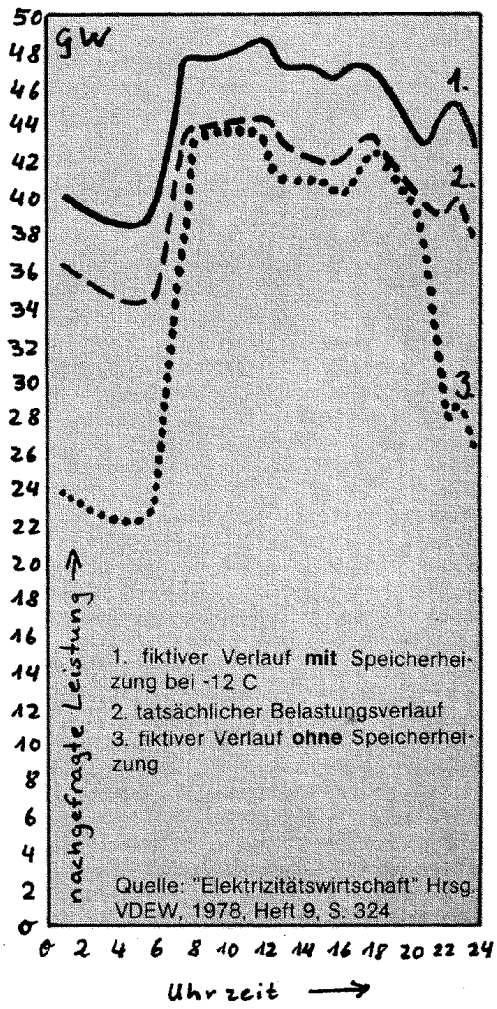
Bild 2. Anteil der Raumspeicherheizung am gesamten Elektrizitätsverbrauch der Haushalte



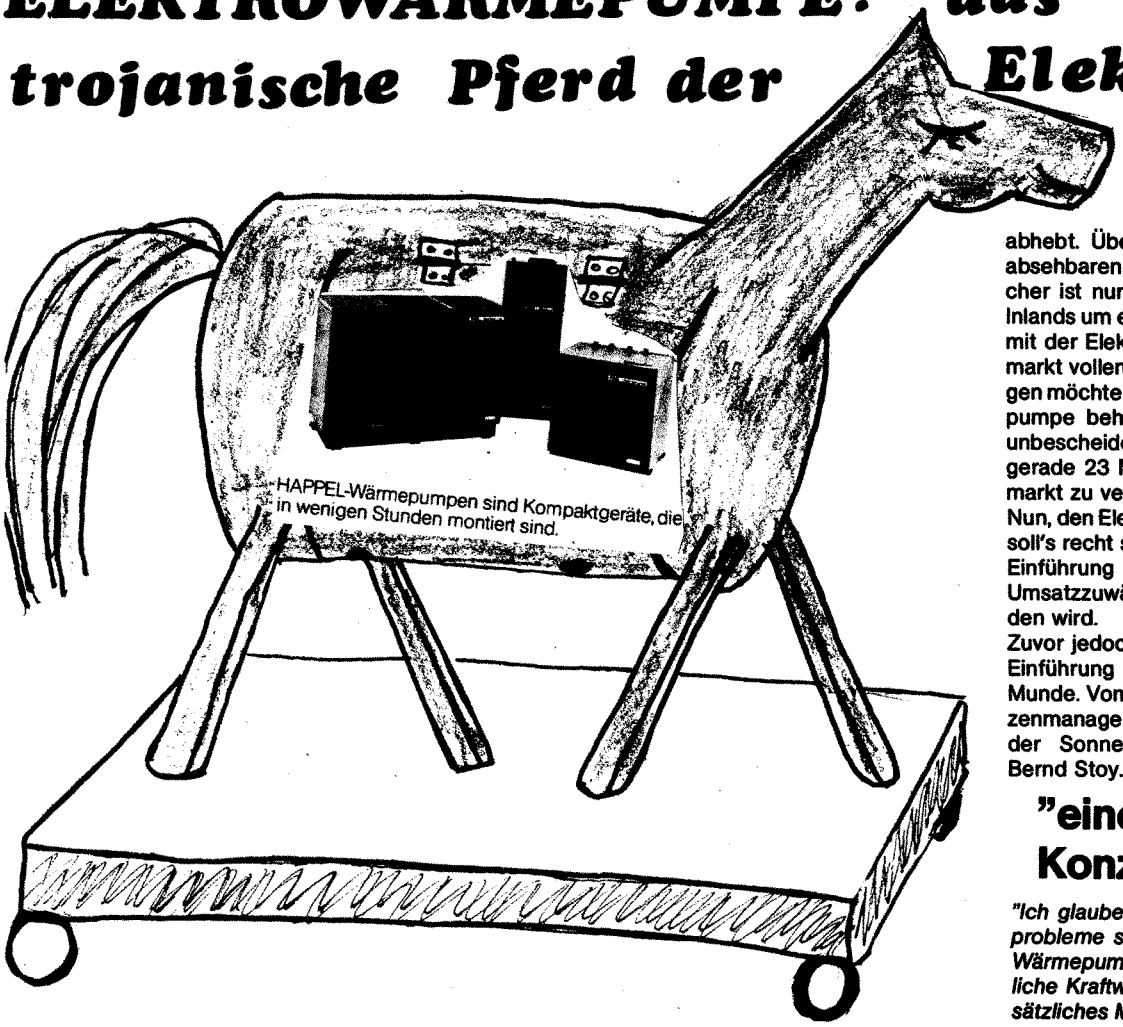
Deb EVU's ist es seit Beginn der 60iger Jahre gelungen, bereits 7% aller bundesdeutschen Wohnungen mit Strom zu beheizen, das sind immerhin 1,6 Mio. Wohnungen.
Die Bedeutung der Speicherheizung für die EVU's am gesamten Stromabsatz wird auch darin deutlich, daß die 20 Milliarden Kilowattstunden Speicherstrom des Jahres 1978 bereits 7,3% ihrer gesamten Stromlieferungen ausmachen!
Bereits im Zusammenhang mit der Bilanz der Elektrizitätsversorgung wurde daauf hingewiesen, daß der enorme Zuwachs der Speicherstromabgabe um 5 Mio. Kilowattstunden von 1977 af 1978 entscheidend an der Steigerungsrate von 4,4% beteiligt ist. **Ohne die Steigerungsrate auf dem Markt der Elektrospeicherheizungen liegt der Verbrauchszuwachs 1977/78 noch unter 3%!**
Elektrospeicherheizungen füllen aber nicht nur Belastungstäler auf, sondern sind auch an der

Doch zurück zur Erläuterung von Bild 3.
Kurve 2 stellt dabei den tatsächlich gemesssenen Verlauf dar, während die Kurve 3 den fiktiven Belastungsverlaf ohne Speicherheizung wiedergibt. Es ist deutlich zu sehen, wie durch die Speicherheizungen das Mittel im Stromverbrauch im Zeitraum von 21 - 7 Uhr um 11,2 GW und während des Tages von 12 -18 Uhr um 2,2 GW angehoben wird. Die Kurve 1 zeigt den fiktiven Stromverbrauch bei einer durchschnitttlichen Tag- und Nachttemperatur von -12 Grad C (sozusagen der Traum eines jeden Elektrizitätsunternehmens). Nach VDEW-Angaben häte der Anteil des Stromverbrauchs für Speicherheizungszwecke am Gesamtverbrauch an einem Winterwerktag bei -12Grad C bereits im Jahre 1970 rund 8,5% und 1975 gar 14,5% erreicht.(10)

Bild 3. Einfluß der Speicherheizung auf die Netzbelastung am Beispiel des 17.12.1975



ELEKTROWÄRMEPUMPE: das trojanische Pferd der Elektrizitäts-Lobby



Es ist sicherlich kein Zufall, wenn sowohl den Ölmultis als auch der Elektrizitäts-Lobby die im bundesdeutschen Blätterwald erzeugte Hysterie um eine angebliche Ölverknappung so recht in ihr Konzept paßt. Läßt sich doch in solchen Situationen ganz vorzüglich Preispolitik machen, insbesondere wenn der bundesdeutsche Wirtschaftsminister Lambsdorf in schöner Regelmäßigkeit stets wenige Tage vor der nächsten Benzinpreiserhöhung die Wähler darüber informiert, daß seiner Meinung nach mit einer noch weiteren Preiserhöhung in absehbarer Zeit auf dem Mineralölmarkt zu rechnen ist.

Kaum zu sagen, wer sich über diese Entwicklung mehr freut: die Ölkonzerne oder die Elektrizitäts-Lobby. Verdienen sie beide doch kräftig an den steigenden Energiepreisen; die Ölmultis direkt, die EVUs durch die Strompreiserhöhungen "wegen gestiegener Rohstoffkosten", wenngleich Öl oder gar leichtes Heizöl bei der Stromerzeugung überhaupt keine Rolle mehr spielt. Für die Elektrizitäts-Lobby hat das ganze Spektakel noch den großen Vorteil, daß sie mittels Elektrowärmepumpe bereits in den bundesdeutschen Wärmemarkt eindringen kann. Aber hören wir dazu wieder die Herren der Elektrizitätswirtschaft.

Etwa Herrn Müller vom RWE in seinem bereits zitierten Referat auf dem Wärmepumpenseminar der Firma HAPPEL, der den Weg für die Elektrizitätswirtschaft vorzeichnet:

"Was noch offen steht, ist der Wärmemarkt. ...- Die elektrotechnische Industrie ist durch Innovationen geboren worden, sie ist durch Innovationen groß geworden. Und man geht sicher nicht fehl in der Annahme, daß künftige Wachstumsentwicklung weiterer grundlegender Innovationen bedarf, wie eben schon immer ....

Nach diesen Vorbereitungen wird es Zeit, das Stichwort Wärmepumpe zu nennen. Hier ist eine Innovation. Zwar im Kern nicht neu, schon Jahrzehnte alt. Aber manches Ding braucht seine Zeit: Gut Ding will Weile haben!...

Betrachten wir zunächst einmal einige Grunddaten zur Wärmepumpe. Ich setze den Preis einer Wärmepumpe auf 10.000 DM, die Installationskosten auf 3000 DM jeweils des Wertes 1980. Ferner setze ich die Zahl der Wohnungen, die langfristig mit einer Wärmepumpe beheizt werden könnten, af etwa 20 Mio.. Dabei unterscheide ich im Moment noch nicht zwischen brennstoff- und strombetriebenem Motor. Damit ergibt sich ein langfristiges Marktvolumen für die Wärmepumpe von 200 MRD.DM für die Erstausstattung des Aggregates und rund 60 MRD.DM für dessen ersten Einbau. Betrachten wir die Sache in gleichmäßigen Raten während 15 Jahren und unterstellen eine Lebensdauer von 15 Jahren,so erkennen wir ein jährliches Volumen von gut 13 Mrd.DM Geräteproduktion und 4 Mrd.DM Montage, zusammen also rund 17 Mrd.DM. Diese Zahlen gelten für den inländischen Markt. Die 13 Mrd. DM für Geräteproduktion erscheinen angesichts der 100 Mrd.DM derzeitigem Umsatz der Elektrotechnik nicht sehr hoch, doch bedenke man, daß von diesen 100 Mrd.DM heute nur 16Mrd.DM überhaupt von deutschen Haushalten direkt nachgefragt werden, als Kochplatten oder Tonbandmaschinen u.s.w.."(13)

Deutlicher kann man es wohl kaum sagen: Die Elektrowärmepumpe als Mittel der Elektroindustrie zur Verdoppelung ihres derzeit leider stagnierenden Absatzes im Haushaltsbereich. Endlich ein Produkt, das sich hinsichtlich des zu erzielenden Umsatzes wohltuend vom überwiegend gesättigten Markt der Haushaltsgeräte abhebt. Überdies mit derzeit noch gar nicht absehbaren Chancen auf dem Exportsektor; sicher ist nur, daß dies Marktvolumen den des Inlands um ein Vielfaches übertreffen wird. Und mit der Elektrowärmepumpe wird der Wärmemarkt vollends erobert. Etwa 20 Mio. Wohnungen möchte er langfristig mit der Elektrowärmepumpe beheizen, der Herr Müller. Gar nicht unbescheiden, wenn man bedenkt, daß derzeit gerade 23 Mio. Wohnungen auf dem Wärmemarkt zu verzeichnen sind!

Nun, den Elektrizitätsversorgungsunternehmen soll's recht sein, denn auch ihnen beschert die Einführung der Elektrowärmepumpe enorme Umsatzzuwächse, wie gleich noch belegt werden wird.

Zuvor jedoch noch ein Wort zur Strategie der Einführung dieses Systems aus berufenem Munde. Vom Vater dieser Idee, dem RWE-Spitzenmanager und "Verfechter für die Nutzung der Sonnenenergie und Kernenergie", Dr. Bernd Stoy.

"eine phantastische Konzeption..."

"Ich glaube, daß ein Großteil unserer Energieprobleme speziell die Raumheizung durch die Wärmepumpe gelöst werden wird. Ohne zusätzliche Kraftwerksleistung, ohne ein einziges zusätzliches Megawatt, könnte die deutsche Elektrizitätswirtschaft derzeit etwa fünf Mio der rund 11,5 Mio ölbeheizten Wohnungen mit der bivalenten Wärmepumpe im Bundesgebiet versorgen. Das ist meiner Ansich nach eine phantastische Konzeption . . .

Man kann diese Wärmepumpen vereinfacht auch als Ölspargeräte bezeichnen, weil sie mit der Ölheizung in bereits bestehenden Anlagen kombiniert werden... Zugleich ist dies eine energiewirtschaftlich gesehen sinnvolle Lösung, weil durch dieses bivalente System der Ölversorgung der Ausstieg aus der Raumheizung und der Stromversorgung der Einstieg in die Stromlieferung für bivalente Wärmepumpen erleichtert werden. Sie nutzen zwar zum größten Teil Umweltwärme, brauchen aber immer noch etwas Strom als Antriebsenergie.

Meine Prognose für 1990: Mindestens eine Million Wärmepumpen werden in Betrieb sein."(14)

Dieser Optimismus der Elektrizitäts-Lobby scheint gerechtfertigt, angesichts des enormen Werbeaufwands zur Propagierung der Elektrowärmepumpe. Eine Kampagne, die ihr Ziel überhaupt nicht verfehlen kann, ist sie doch so einfühlsam auf eine sorgfältig auf Panik programmierte Gesellschaft abgestellt, der jedes Mittel recht ist, wenn es nur das knappe Öl ersetzt. Es appelliert an die Instinkte derer, die aus Harrisburg nur die Konsequenz ziehen: lieber atomar verseucht als mit kaltem Hintern den Lebensabend verbringen. Die alles bestimmende Parole lautet: Weg vom Öl! Die Frage, um welchen Preis und warum mit dieser Hektik, wird besser nicht gestellt, könnte sie doch einige unangenehme Tatsachen aufdecken und die ganze Strategie bloßstellen. Viel besser ist es da, jede neue "Ölkrise" als Schicksalsfrage der Nation zu verkaufen.

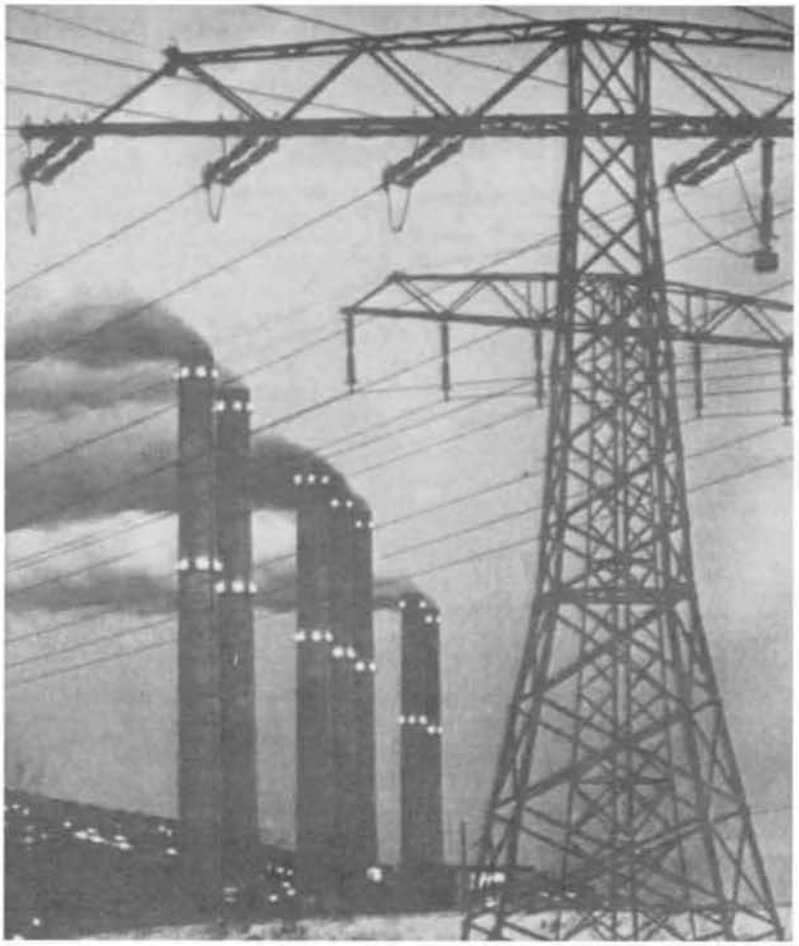
Und überhaupt, was sollte man wohl in einer Zeit vieler "Ich bin Energiesparer" gegen "Ölspargeräte" vom Typ Elektrowärmepumpe haben, wo doch mit ihnen auch noch Sonnenenergie in Form von Umweltwärme genutzt wird? In der Tat, der Boden für diesen neuen Wachstumssprößling ist so fruchtbar wie selten zuvor. Dies belegen allein die Begriffe "Ölkrise", "Ölspargerät" und "Sonnenenergienutzung". Mangelnde Flexibilität kann man ihnen nicht vorwerfen, den Herren der Elektrizitätswirtschaft. Da schreibt er ein Buch, der Spitzenmanager von Europas größtem Elektrizitätserzeuger, der Herr Dr. Stoy vom RWE, mit dem vielversprechenden Titel "Wunschenergie Sonne". Sein Facit:

„Die Nutzung der Sonneneinstrahlung wird in unseren Breitengraden für die Heizwärmeerzeugung auf die Sommerzeit beschränkt bleiben, beispielsweise für die Sommerwarmwasserbereitung oder für Freischwimmbecken." (15)

Da haben sie ihr Fett, all die Schwärmer, die doch tatsächlich an die Nutzung von Sonnenkollektoren glauben, mit dem Freischwimmbekken für sie als angemessenes Betätigungsfeld. Die großtechnische Nutzung der Sonnenenergie bleibt eben doch der Großindustrie vorbehalten. Und eben für diese Kreise erlangt er entscheidende Bedeutung, der Titel des Buches. Sie können sich ihre Wünsche erfüllen auf einem Sektor, der von ganz anderen ins Spiel gebracht wurde und wie kaum ein anderer die Hoffnungen weiter Kreise unserer Bevölkerung trägt. Das Stichwort für die angestrebte Revolution auf dem Wärmemarkt heißt: "Nutzung der Umweltenergie durch die Elektrowärmepumpe" und wird in den kurz umrissenen Assoziationen dem Markt schmackhaft gemacht. Dank Dr. Stoy ist es dem RWE gelungen, diese Stragtegie um eine Nuance zu erweitern. Es ist dies das propagierte "Energiedach" bzw. die "Energiefassade". Nach RWE-Angaben handelt es sich dabei im Gegensatz zu Solarkollektoren um **nicht** mit Glas abgedeckte Absorber, die ihrer Umgebung doppelt soviel Energie entziehen sollen, wie abgedeckte Sonnenkollektoren. Diese phantastische Neuerung verliert freilich an Bewunderungswürdigkeit, wenn man die ganze Wahrheit hört: das Energiedach ist im Gegensatz zum Sonnenkollektorkreislauf kein eigenständiger Energielieferant, sondern nichts weiter als eine neben der Umgebungsluft, dem Erdreich und dem Grundwasser zusätzliche Primärenergiequelle, die stets eine Wärmepumpe erfordert. Und das war ja wohl auch beabsichtigt. Trotzdem (oder besser gerade deswegen) treten die RWE als Verfechter des Energiedachs so auf, als hätten sie das Ei des Kolumbus für die Deckung des Heizenergiebedarfs im Jahr 2000 gefunden. Daß im gleichen Atemzug der Sonnenkollektor als Fehlentwicklung der Solartechnik apostrophiert wird, ist ebenfalls Bestandteil ihrer Strategie.

All das konnte man in einem nie dagewesenen Rummel auf der Hannover-Messe 80 bewundern. Der Zentralverband der Elektrotechnischen Industrie e.V. (ZVEI), die als gemeinnützig anerkannte Vereinigung der Elektrizitäts-Lobby, veranstaltete in Hannover mit rund 20 Elektrowärmepumpenherstellern eine große, suggestive Multimediaschau unter dem Motto "Weg vom Öl; Heizen mit der Elektrowärmepumpe." Triumphierend wurden in einer Pressekonferenz vom Verband die Verkaufszahlen für 1979 vorgelegt und die Perspektiven aufgezeigt:

- Der Bestand an Heizungswärmepumpen wurde von rund 5000 auf fast 12.000 bis Ende 1979 erhöht
- Der Inlandabsatz soll im Jahr 1980 auf 25.000 Geräte steigen
- Bis 1985 werden nach Ansicht der ZVEI in der BRD 500.000 elektrische Heizungswärmepumpen und zusätzlich 700.000 Kleinwärmepumpen für die Brauchwassererwärmung installiert sein.



Allein durch den Einsatz von 15 Mio. Elektrowärmepumpen ist bis zum Jahr 2000 die in der BRD installierte Kraftwerkskapazität und der dazugehörige Fernleitungsbestand nahezu zu verdoppeln

Stromverbrauch verdoppelt

Die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) hat denn auch gleich hochgerechnet, daß mit den rund 12.000 im Jahre 1979 installierten Elektrowärmepumpen rund 30 Mio Liter Heizöl eingespart worden sein könnten. Dies wird freilich erst dann ins rechte Licht gerückt, wenn man bedenkt, daß dafür allerdings 100 Mio KWh Strom erforderlich waren! Und das ist ja erst der Anfang!

Rechnet man den Stromverbrauch allein für die prognostierten 500.000 Heizungselektrowärmepumpen des Jahres 1985 aus, so erhält man bereits die stattliche Zahl von 4,2 Milliarden(Mrd) Kilowattstunden!

Die vom RWE bis zum Jahr 2000 ins Auge gefaßte Zahl von rund 15 Mio Elektrowärmepumpen erfordern die enorme Strommenge von jährlich rund 126 Mrd KWh. Zum Vergleich: 1978 betrug der jährliche Stromverbrauch sämtlicher Haushalte zusammen etwa 80,7 Mrd KWh.

Mit dem angestrebten Volumen von 15 Mio Elektrowärmepumpen lassen sich also nicht nur vorzüglich Verkaufserlöse für die Elektroindustrie erzielen, sondern sozusagen nebenbei wird auch noch der Stromverbrauch der privaten Haushalte nahezu verdreifacht!

Und es würde jemand im Bunde fehlen, wenn nicht auch die Kraftwerksproduzenten an diesem Coup kräftig mitverdienen könnten. Auch dazu eine kleine Überschlagsrechnung:

Wärmepumpen werden, gleichgültig ob mit Umgebungsluft oder über das "Energiedach" gespeist, zweckmäßigerweise wegen der höheren Energieausbeute tagsüber und nicht in den nächtlichen Schwachlastzeiten, betrieben. Überdies ist in der Nacht die Nachfrage an Heizleistung eh auf ein Minimum reduziert. Allein für die 15 Mio Elektrowärmepumpen mit durchschnittlich 5KW elektrischer Leistung ist daher eine Kraftwerksleistung von rund 75.000 MW (≙ 75 GW) notwendig. Wenn man bedenkt, daß sich 1978 die **gesamte** in der BRD installierte Kraftwerksleistung auf 85.500 MW belief (davon rund 69.200 MW im öffentlichen Netz), hat man die für den Kraftwerkshersteller verlockende Aufgabe:

Allein durch den Einsatz von 15 Mio Elektrowärmepumpen ist bis zum Jahr 2000 die in der BRD installierte Kraftwerkskapazität und der dazugehörige Fernleitungsbestand nahezu zu verdoppeln!

Von der "Wunschenergie-Sonne" hatte er gesprochen, der Herr Dr. Stoy, und von der "Elektrowärmepumpe als Ölspargerät". Und auch der Ausspruch *„sie*(Elektrowärmepumpen)*nutzen zwar zum größten Teil Umweltwärme, brauchen aber immer noch etwas Strom als Hilfsenergie"* kann jetzt erst richtig gewürdigt werden. (16)

So alarmierend diese Fakten bereits sind, die volle Brisanz dieses Themas kommt erst dann zum Vorschein, wenn man sich klar macht, daß es nicht etwa nur die Elektrizitäts-Lobby ist, die mit allen Mitteln diese Strategie realisieren möchte.
Bei den Überlegungen zur Einführung der Wärmepumpe macht der scho mehrfach zitierte Herr Müller vom RWE seinen Kollegen klar, warum bei dieser "Innovation" sämtliche Energieanbieter an einem Strang ziehen.

... deutliche Worte eines Managers

„...möchte vielmehr einen weiteren Aspekt diskutieren: Die Positionen der Energieanbieter in der Bundesrepublik. Zum Beispiel ganz unabhängig von der Ölsubstitution verfolgt die Kohle eine möglichst offensive Absatzpolitik. Dies berührt den Haushaltswärmemarkt in dreifacher Weise. Erstens kann langfristig gedacht Kohle zu Heizöl und Heizgas gemacht werden. Zweitens kann Kohle zu Fernwärme gemacht werden. Und drittens zu Strom. Nur die zweite Möglichkeit, die Fernwärme, beschneidet das theoretische Marktvolumen der Wärmepumpe.Künstliches Heizöl oder Heizgas wird so teuer sein, daß es mit Sicherheit den Wärmepumpenbetrieb beim Kunden voraussetzt.Das ist aber weite Zukunft. Die dritte Möglichkeit liefert den gesamtwirtschaftlich schon heute interessanten Aspekt, die Kohle via Draht und Wärmepumpe letztlich ohne Umwandlungsverluste in die Wohnung zu bringen. Die Kohleseite steht solchen Überlegungen sehr positiv gegenüber, zumal sich aus ihrer Sicht die Produktion von Fernwärme und Wärmepumpenstrom sinnvoll kombinieren läßt.

Insgesamt also ist die Fortentwicklung der Wärmepumpe im Markt aus der Sicht der deutschen Kohle nicht nur interessant, sondern unter manchen Aspekten sogar eine Voraussetzung. Die Gaswirtschaft *hat seit ein paar Jahren und auch noch mittelfristig Angebotsüberhänge. Daneben muß erwähnt werden, daß die Zahl der gasberohrten Wohnungen sich mehr oder weniger weit unter 45% einpendeln wird, je nach Ausmaß der Forcierung von Fernwärmeplänen.* **Insofern werden potentiell sarke Aktivitäten der Gaswirtschaft zur Wärmepumpe im Grundsatz stets günstig für den gesamten Wärmepumpenmarkt an sich wirken.** *Ich möchte es so formulieren: jede in die Wärmepumpen-Werbung gesteckte Mark des Gaslieferanten ist für den Gaswärmepumpenhersteller eine gesparte Werbemark und für den Stromwärmepumpenhersteller gesparte 80 Pfennig. Jegliche Argumentation nach dem Motto „wir sind besser als ihr" sollte besser unterbleiben, denn sie verwirrt nur die zunächst notwendige stabile Basisinformation des privaten Sektors.*

Kommen wir zur Mineralölwirtschaft.
Daß das Öl langfristig zum reinen Verheizen zu schade ist, sagen viele ihrer Unternehmen schon heute in den PR-Kampagnen. Im Grundsatz stehen die Unternehmen den Aktivitäten zur Heizölsubstitution auch tatsächlich positiv gegenüber, zumal dieser Prozeß ja nicht von jetzt auf gleich Absatzlöcher reißt, sondern langfristig kalkulierbar ist. Insgesamt also ist aus der Sicht der Ölfirmen zumindest keine bremsende Wirkung zu erwarten."(17)(Hervorhebungen des Verfassers)

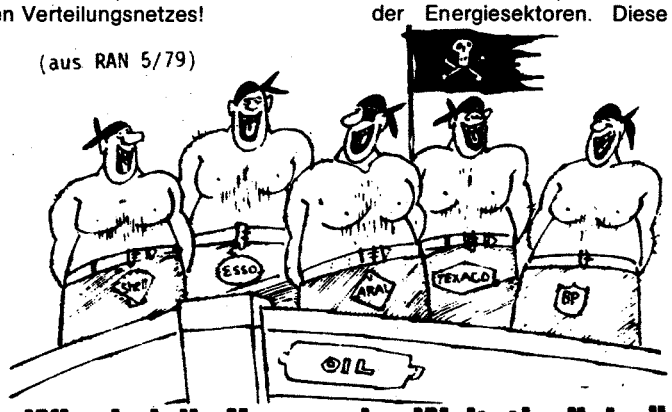
Irgendwo muß man ihm fast dankbar sein, dem Herrn Müller, für diese zumindest für einen Manager recht deutlichen Worte.

Unterschiedliche Interessen

Die noch verbleibende Hoffnung, daß eventuell unterschiedliche Interessen innerhalb der Energie-Lobby den Vormarsch der Elektrowärmepumpe wenn schon nicht stoppen, so doch zumindest bremsen könnten, zerplatzt wie eine Seifenblase. Alle sind sie mit von der Partie, wenn es gilt unsere Zukunft zu verplanen:

- natürlich die Elektrizitäts-Lobby, mit dem Profit der**Elektroindustrie** auf dem Sektor der Geräteproduktion, Ersatzteilmarkt und Montage, die**Elektrizitätsversorgungsunternehmen** (EVU) mit der Aussicht einer Verdreifachung des Stromverbrauchs der Privathaus halte und nicht zuletzt die **Kraftwerkshersteller** mit dem Traum von der Verdopplung der Kraftwerkskapazität und des dazu gehörenden Verteilungsnetzes!

(aus RAN 5/79)



„Wir sind die Herren der Welt, tirallala.."

- die **Kohlewirtschaft**, weil für sie neben der Kohleverflüssigung und der Erzeugung von Fernwärme insbesondere der verstärkte Einsatz von Kohle zur Verstromung von Interesse ist. Ihr Konzept, die Kohle via Draht als Strom zum Endverbraucher zu schicken geht durch die forcierte Stromnachfrage für Elektrowärmepumpen voll auf.
- die**Gaswirtschaft**wird in dem Maße die Elektrowärmepumpe unbehelligt lassen und solange nicht die in allen Belangen bessere Gaswärmepumpe forcieren, wie sie Schwierigkeiten hat, ihre derzeitigen mittelfristigen Angebotsüberhänge an den Verbraucher zu bringen. Und eine normale Gasheizung verbraucht nun einmal mehr Primärenergie, d.h. Gas, als eine energiesparende Gaswärmepumpe.
- selbst die **Öl-Multis** sind der Elektrowärmepumpe nicht feindlich gesonnen, obwohl sie doch als „Ölspargerät" verkauft wird. Die Mineralölwirtschaft verfolgt aber bereits heute und erst recht langfristig das Ziel der Profitsteigerung bei reduzierten Abgabemengen da sie auf diese Weise die Ergiebigkeit ihrer sehr abbaugünstigen Lagerstätten verlängern können. Diese Taktik der „künstlichen Verknappung" unter freundlicher Mithilfe von Presse und Regierungen zeigt sich z.B. auch darin, daß derzeit entgegen allen Werbekampagnen nach dem Motto

Es gibt viel zu tun.
Packen wir's an.

von den Multis an fast keiner Stelle der Erde ernsthaft Erdölsuche betrieben wird.
Hinzu kommt eine Feststellung, die für die Energie-Lobby im besonderen Maße typisch ist: die einzelnen Energieanbieter sind durch eine Vielzahl von z.T. undurchsichtigen Geschäftsbeziehungen derart eng miteinander verflochten, daß man, selbst wenn man wollte, gar nicht mehr von konkurrierenden Teilmärkten sprechen kann. Die diesbezüglich „integrierend" wirkenden Unternehmen entstammen vorwiegend dem Bereich der Ölindustrie. Sowird in den USA z.B. heute keine Tonne Kohle mehr gefördert, über deren Verwendung nicht die Ölgiganten wie TEXACO,EXXON,GULF etc. bestimmen könnten. Oder der Uranmarkt auf dem ohne den Multi GULF nicht mehr viel läuft. Das der deutsche Braunkohlenbergbau sich völlig in der Hand der Elektrizitätswirtschaft befindet und der deutsche Gasmarkt zu nahezu 100% in der Hand der Ölmultis ist, sind weitere Indizien für die kaum noch zu übertreffende Verflechtung der Energiesektoren. Diese Verbindungen, insbesondere auf dem deutschen Markt zumindest grob zu umreißen, ist einem Extrakapitel vorbehalten. Das gleiche gilt auch für den Nachweis der ebenfalls technischen Unzulänglichkeit der Elektrowärmepumpe im Vergleich mit anderen Arten der Energienutzung.

Anmerkungen:

1) RWE = Rheinisch Westfälisches Elektrizitätswerk; Europas größtes Elektrizitätsversorgungsunternehmen mit absolut dominierender Rolle auf dem deutschen Elektrizitätsmarkt.
2)W. Müller,„Überlegungen zur Wärmepumpe", Referat auf dem Wärmepumpen-Seminar der Firma HAPPEL KG, München, entnommen der Zeitschrift „TECHNIK AM BAU", Heft 12, 1979.
3) Dr. G. Klätte,„Die elektrische Energie im Wärmemarkt der Zukunft"
aus:„Sachverhalte", Publikation der Informationszentrale der Elektrizitätswirtschaft e.V.(I-(IZE), Bonn, Nr. 2, Februar 1980.
4) vgl. Anmerkung 2
5) vgl. SPIEGEL, Nr. 15, April 1977.
6) „Überlegungen zur künftigen Entwicklung des Stromverbrauchs privater Haushalte in der BRD bis 1985", Studie der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW).
7. Ebd.
8) aus der Zeitschrift „Elektrizitätswirtschaft", Heft 9, 1978, S.324, Hrsg. VDEW-Frankfurt.
9) ebd., S.323.
10) ebd., S.324.
11) vgl. Anmerkung 6.
12) Holger Simon,„Elektrospeicherheizung–eine Alternative?", Fachbeitrag der Zeitschrift „TECHNIK AM BAU", Nr. 8, 1978.
13) vgl. Anmerkung 2.
14) aus „BILD DER WISSENSCHAFT", Heft 10, 1979, S. 148ff..
15) vgl. Anmerkung 14.
16) Zitat dieses Kapitels.
17) vgl. Anmerkung 2.

Richtigstellung

Liebe Freunde,
in euerem letzten Atomexpress Nr.21 vom Juli/August war unter der Rubrik Uranabbau, Überschrift "Aktion gegen Uranbohrung" zu lesen, daß eine Bohrstelle im Gebiet von Wunsiedel "von Urangegnern aufgesucht und zerstört" worden war. Daß Teile der Bohrstelle zerstört wurden, ist eine Tatsache, es ist aber bisher keineswegs bewiesen, daß es sich bei den Tätern um Urangegner handelte. Die hiesige Presse berichtete ebenfalls nie von Urangegnern, sondern verdächtigte pauschal Atomkraftgegner. Die hier im Gebiet arbeitenden Organisationen wie der Arbeitskreis Atomenergie im Bund Naturschutz und die Arbeitsgruppe Uranabbau im Fichtelgebirge haben sich schärfstens von dieser Aktion, der Zerstörung der Bohrstelle, distanziert, da diese Art von sinnloser Sachbeschädigung einer sachlichen Auseinandersetzung mit der Problematik des Uranabbaus keineswegs gerecht wird. Außerdem gefährden Aktionen dieser Art die langjährige Informationsarbeit der hiesigen Gruppen und können bei der Zusammenarbeit mit der Bevölkerung hier nur schaden. Wenn Mann/Frau diese negativen Begleiterscheinungen dann in Betracht zieht, stellt sich für uns hier zuallererst die Frage, wer Interesse daran hat, mit solchen Aktionen Urangegner zu kriminalisieren. Da wir hier weiterhin daran interessiert sind, sachlich über die Problematik des Uranabbaus zu informieren, möchten wir euch dringend (!) bitten, den Sachverhalt bezüglich der Bohrstellenzerstörung richtigzustellen

mit uranfeindlichen Grüßen

Getrud Winkler
(AG Uranabbau im Fichtelgebirge und AK Atomenergie im BN)

Seit einem knappen Jahr gibt es aktuelle Zeitung zur Uran-Problematik. Sie heißt „Keep it in the ground" (Laßt es in der Erde), erscheint jeden Monat und wird von WISE/Amsterdam herausgegeben. Die Artikel sind zwar in englischer Sprache geschrieben, dafür aber umso informativer, was Uranbergbau und Widerstand auf der ganzen Erde betrifft. Für alle, die zu dem Thema arbeiten wollen, lohnt sich ein Abo bestimmt.

Bestelladresse: WISE, 2e Weteringplantsoen 9, 1017 ZD Amsterdam, Niederlande

Kanada: wieder Abbaustop

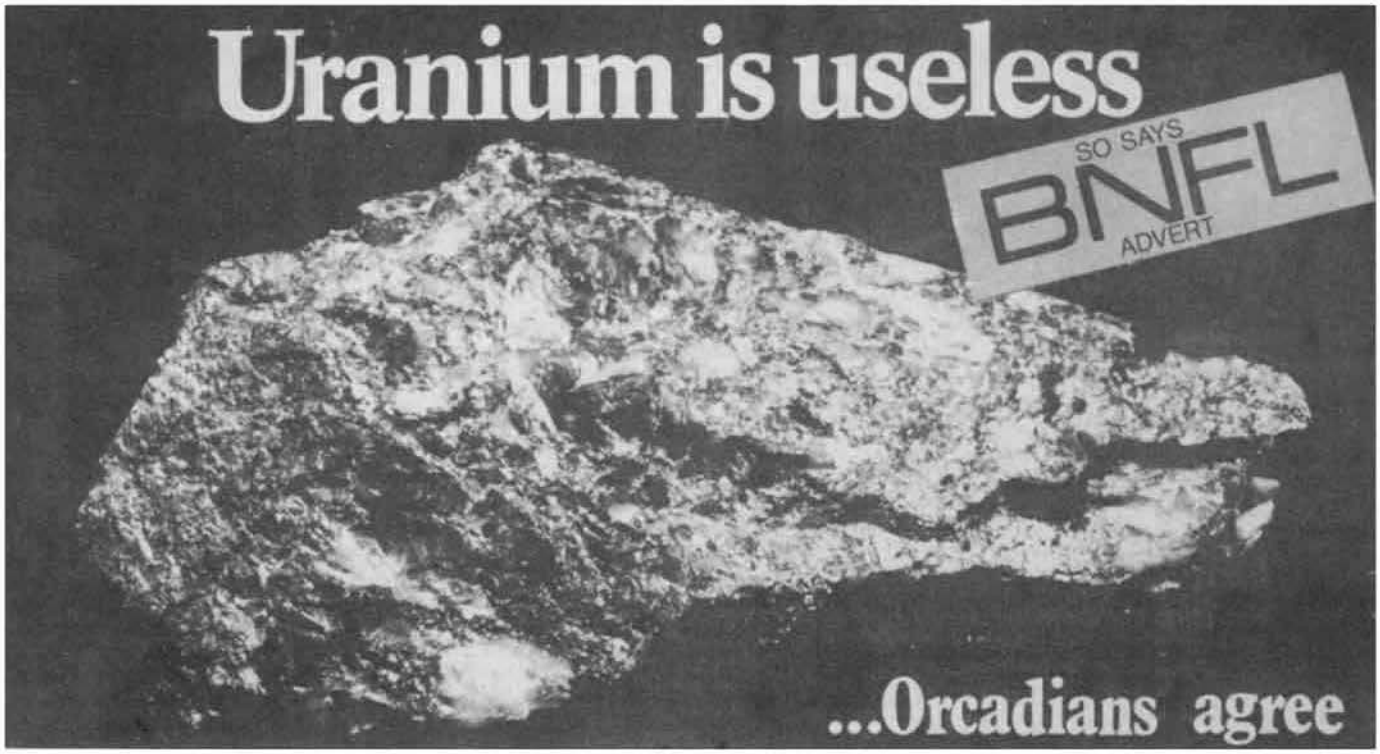
Nach British Columbia (vgl. Atom Express 19) ist jetzt in zwei weiteren kanadischen Provinzen, Labrador und Neufundland, der Uranabbau vorläufig, genauer: für sechs Jare, gestoppt worden. Eine intensive Aufklärungs- und Aktions-Kampagne einer großen Koalition von Anti-Uran-Gruppen und Indianern war dem Beschluß der Gouverneure vorausgegangen. *Offizielle Begründung für das Abbau-Moratorium: Die beteiligten Gesellschaften hätten* nicht garantieren können, daß der bei dem Bergbau anfallende Uran-Müll sicher und ungefährlich gelagert werde.(WISE)

Japaner buddeln in Sambia

Die Regierung von Sambia hat der japanischen Kernbrennstoff-Firma DONEN eine Lizenz zur Ausbeutung sambischer Uranvorkommen erteilt; das ist besonders vor dem Hintergrund erwähnenswert, daß Japan hiermit einen weiteren Schritt in Richtung auf eine vollkommene nukleare Autarkie und Autonomie tut. Bis auf die Atommüllagerung und eben Uranbergbau haben sie nämlich schon alle Stationen des atomaren Brennstoff"kreislaufes" unter eigener Kontrolle.

1.Europäische Uran-Konferenz

"Keep it in the ground" oder *"Laßt das Uran im Boden"* - unter diesem Motto fand vom 4. - 6.7.80 in Limoges (Frankreich) die erste europäische anti-Uran-Konferenz statt. Veranstaltet wurde das Treffen von der franz. Gruppe "Les amis de la terre", der dänischen OOA und WISE. Die fast hundert Teilnehmer kamen aus Schweden, Finnland, Dänemark, Holland, England, Frankreich, Grönland, Spanien, Italien, Schottland (Orkney-Inseln), Australien und der BRD.
Am Freitag begann nach dem gemeinsamen *Abendessen ein erster allgemeiner Erfahrungsaustausch. Dabei stellten sich die einzelnen* Gruppen und Personen vor, berichteten über spezielle Probleme mit dem Uranabbau in ihrer Region und äußerten Erwartungen zum Kongress. Es wurde deutlich, daß sich die einen erst mal grundsätzlich über die Gefahren des Uranabbaus informieren wollten, während andere (Limoges) bereits seit 31 Jahren Erfahrungen mit dem Uranabbau haben und deshalb mehr an Widerstandsformen und internationalen Kontakten interessiert waren. In diesem Zusammenhang wurde auch die Lagerung von Atommüll in stillgelegten Uranminen und Granitvorkommen angesprochen. *Am Samstag Vormittag besuchten dann alle gemeinsam die örtlichen Uranminen, die sich* über eine Fläche von ca.40 000 ha erstrekken. Neben 40 Abbaustellen "über Tage" gibt es noch eine Vielzahl unterirdischer Stollen. Die Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung durch den örtlichen Abbau wird besonders dadurch deutlich, daß beispielsweise die durch die Uranminen radioaktiv verseuchten Bäche in das Trinkwasserreservoir von Limoges laufen, obwohl ihre Strahlung, je nach Calziumgehalt, um das 10 - 300 fache über dem zugelassenen Höchstwert liegt. Das hat dann z.B. zur Folge, daß beim Genuß eines Fisches aus diesem See die gleiche Menge an



Aufkleber der Urangegner auf den Orkney- Inseln: Uran ist nutzlos!

Forts. Urankonferenz

Radioaktivität aufgenommen wird, die durch dem jährlichen Trinkwasserkonsum des verseuchten Wassers entsprechen würde.
Am Nachmittag wurden dann Arbeitsgruppen zu folgenden Themen gebildet:
- *Auswirkungen des Uranabbaus auf Mensch und Umwelt*
- soziale, ökonomische und kulturelle Konsequenzen für die örtliche Bevölkerung
- Uranabbau und Gewerkschaften
- der Beginn der Uransuche und des Abbaus in Limoges und die Situation heute.

Leider war die Zeit für die Gruppenarbeit sehr kurz bemessen, sodaß die einzelnen Themen nur ansatzweise behandelt werden konnten.

Am Sonntagnachmittag wurden wieder in Arbeitsgruppen folgende Themen schwerpunktmäßig diskutiert:
- die Urangesellschaften und ihre Politik
- die Uranpolitik der EG
- die Situation in der 3. und 4.Welt
- der internationale Austausch von Informationen
- die Beziehung zwischen der Anti-AKW- und der Uran-Bewegung.

Dabei kristallisiererte sich vor allem die Einsicht heraus, daß es für eine erfolgreiche Weiterarbeit unbedingt notwendig ist, den Kampf gegen den Uranabbau verstärkt in die übrige Anti-AKW-Bewegung mit einzubeziehen, um so seiner Relevanz als erster Stufe des atomaren Brennstoffkreislaufes besser gerecht zu werden und auch auf die bisher viel zu wenig beachteten Gefahren für *Mensch und Umgebung beim Uranabbau mehr einzugehen.*

Getrud Winkler

Aktionen in USA

In mehreren Ländern der Erde haben in diesem Sommer Konferenzen, Arbeitstreffen und Aktionen zum Thema Uranbergbau, bzw. dem Widerstand dagegen, stattgefunden.
Hunderte von Indianern und anderen Atomgegnern und Umweltschützern befinden sich seit dem 1. Juni auf dem "Long Walk for Survival", dem Langen Marsch für das Überleben. Der Protestzug, der auf der ehemaligen Gefängnisinsel Alkatraz in der Bucht von San *Francisco begann, richtet sich gegen den Ausbau von Atomenergie und Atomwaffen,* gegen den Abbau von Uran auf Indianerland und gegen die drohende Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in den USA. Der "Lange Marsch" soll am 1. November, also kurz vor den US-amerikanischen Präsidentschaftswalen, mit einer Massendemonstration in Washington beendet werden. (Gesellsch. f. bedr. Völker)
Die Black Hills in Süd Dakota gelten als eines der bodenschatzreichsten Gebiete in den USA; u.a. bemühen sich viele Energiekonzerne um die Rechte für den Uranabbau. Die Black Hills werden von den Sioux-Indianern als heiliges Sand betrachtet; 1868 wurden sie ihnen in einem Vertrag auf ewig zugesichert, *und jetzt hat ein Gericht nach einem 58 Jahre(!) langen Prozeß entschieden, daß die US-*Regierung den Indianern 145 Millionen Dollar Wiedergutmachung für die widerrechtliche Aneignung und weitgehende Zerstörung der Black Hills zahlen muß. Die "Black Hills Alliance", ein Zusammenschluß von indianischen und weiteren Umweltschützern, hatte vom 18. bis zum 27.8. ein großes Umweltfestival orgaisiert, bei dem durchgehend immer mehr als 6.000 Menschen anwesend waren. Außer der Uran-Problematik und einer Intensivierung des Widerstades ging es bei den Diskussionen und Workshops vor allem um Fragen der *gesundheitlichen Gefährdung durch radioaktive "Niedrigstrahlung. (WISE)*

Sommerlager in Finnland

In Finnland gibt es elf bis jetzt bekannte kleinere Uranvorkommen, von denen das erste jetzt abgebaut werden soll. Da dieses Vorkommen nur etwa 300.000 t Uranerz beinhaltet, also für ein AKW für etwa 5–6 Jahre Brennstoff liefern könnte, ist der hauptsächliche Grund Erfahrungen und Forschungsergebnisse für weitere, größere Abbauprojekte in Finnland zu bekommen.
Nicht umsonst hat Finnlands größte Bergbaugesellschaft „Outokumpu oy" als erstes Projektgebiet eine kleine und sehr unterentwickelte Gemeinde im finnischen Lappland ausgesucht. Sie verspricht Arbeit und Wohlstand für die Bevölkerung, die bis jetzt vom wenig ertragreichen Getreideanbau lebt – oder nicht lebt – , d.h., daß viele gezwungen sind, in den südlichen Städten oder in Schweden Arbeit zu suchen.
Die finnischen AKW-Gegner haben aber die tatsächlichen Zahlen der versprochenen neuen Arbeitsplätze errechnet und veröffentlicht: Dreißig bis vierzig Sommerarbeitsplätze, die mit 80 Millionen finnischen Steuermark geschaffen werden. Dagegen haben die AKW-Gegner ein alternatives Arbeitsbeschaffungsprogramm für die Gemeinde erarbeitet und es auf einem Sommerlager der Bevölkerung präsentiert und *darüber mit ihr diskutiert. Sie veranstalteten außerdem Diskussionsabende über die Gefahren des Uranbergbaus und leisteten nebenbei Erntehilfe bei den Bauern. Insgesamt haben sie die Anfänge des Widerstandes positiv eingeschätzt; die Diskussion ist am Ort in Gang gekommen.*

****

Uran für den Kaffeeklatsch aus einer Fabrik gestohlen

nt Hanau/Hannover. **Eine seltsame Mutprobe haben sich zwei Schlosser aus Essen geleistet: Aus einer Fabrik für die Produktion von Brennstäben für Atomkraftwerke stahlen sie radioaktive „Tabletten" und gaben sie ihren Frauen, damit die beim Kaffeekränzchen angeben konnten. Wie sie die schwachstrahlenden Stoffe durch die Kontrollen bekommen konnten, steht noch nicht fest.**

Die zwei Arbeiter gehörten zu einer Fremdfirma, die auf dem Gelände der „Reaktor Brennelemente GmbH" in Hanau arbeiteten. Sie nahmen die radioaktiven „Tabletten" nach Feierabend mit nach Hause.

Als eine ihrer Frauen die grauen Stücke bei einem Kaffeeklatsch stolz herumreichte, bekam eine der Damen Angst und rief die Polizei. Die Beamten stellten die „Souvenirs" sicher und gab sie an das Hanauer Werk zurück.

Nach Angaben des Umweltministeriums in Wiesbaden haben die Stoffe eine so schwache Aktivität, daß bereits ein Stück Papier die Strahlung abschirmen kann.

In Niedersachsen stellt die „Exxon Nuklear GmbH" in Lingen ähnliche Stoffe mit Urandioxyd her. Das niedersächsische Sozialministerium in Hannover erklärte dazu gestern: „Die Sicherheitsvorschriften und die Sicherheitsvorkehrungen sind in Niedersachsen auf dem neuesten Stand. Ob das auch in Hessen so ist, wissen wir nicht. Erst vor wenigen Jahren bekam das Lingener Unternehmen neue Auflagen nach dem Atomgesetz."

Allerdings, welche Auflagen die Exxon in Lingen erfüllen muß, kann auch das Ministerium in Hannover nicht sagen: Die Pläne sind streng geheim und werden nicht veröffentlicht: „Damit nicht irgendeiner sich danach einen Plan zurechtlegen kann und dann Mißbrauch mit den Sotffen treiben kann."

AUS: ELBE-JEETZEL ZEITUNG 8.10.80

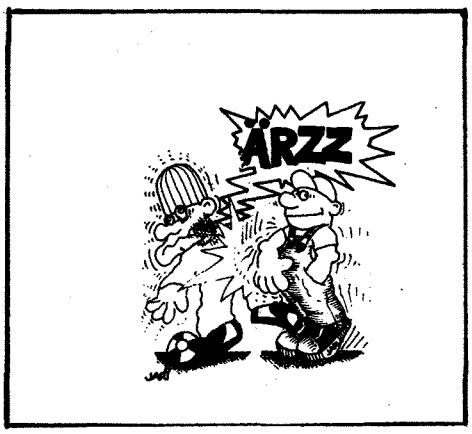
Mehr Strahlung erlaubt

Internationale Strahlen "schutz"kommission verschlechtert Arbeitsschutznormen

Von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet, hat die sogenannte Internationale Strahlenschutzkommission ICRP in ihrer Publikation Nr. 26 vorgeschlagen, die zulässigen Belastungen für einzelne Organe von Arbeitern in der Atomtechnik, aber auch der Öffentlichkeit, drastisch zu erhöhen, nachdem sie in den letzten 60 Jahren stets gesenkt wurden. Das geschieht ausgerechnet zu einer Zeit, da sich die Erkenntnisse häufen, daß selbst die geltenden Normen noch viel zu hoch liegen. In Studien über Arbeiter der amerikanischen Atomwaffenfabrik Hanford in den letzten Jahrzehnten wurde zumindest für zwei Krebsarten eine deutliche Erhöhung im Zusammenhang mit erhöhter Strahlenbelastung festgestellt, obwohl diese weit unterhalb der zulässigen Grenzwerte waren. Und in der Werft in Portsmouth, wo Atomboote gebaut und gewartet werden, bestätigte selbst das staatliche Amt für berufliche Sicherheit und Gesundheit, NIOSH, eine Zunahme von Krebserkrankungen unter den Beschäftigten.
Aus diesen und zahlreichen anderen Erkenntnissen über die Gefährlichkeit chronischer relativ niedriger Bestrahlung haben viele Wissenschaftler, so der Amerikaner Prof.Mancuso, der Engländer Prof. Rotblat und der Deutsche Prof. Schmitz-Feuerhake, die Forderung nach Senkung der zulässigen Werte auf mindestens ein Zehntel abgeleitet.
Ganz anders die ICRP, jenes erlauchte Gremium aus international mehr oder weniger verdienten Wissenschaftlern, das keinerlei demokratischer Kontrolle unterliegt, das sich seine Mitglieder selbst aussucht und meist aus Leuten besteht, die persönliches Interesse an der Atomenergie haben und selbstverständlich keinen einzigen Kritiker der Atomenergie enthält.
Sie gingen sehr geschickt vor, indem sie scheinbar eine Verbesserung der gegenwärtigen Regelung vornahmen, deren Pferdefüße erst bei genauer Analyse deutlich werden.
Die gegenwärtigen Bestimmungen sehen vor, daß der ganze Körper nicht mehr als 5 rem pro Jahr an Strahlendosis empfangen darf. Für einzelne Isotope sind bestimmte Organe als sogenannte kritische Organe genannt, für die bestimmte Einzelbelastungswerte gelten. Manche Organe sind dabei in Bezug auf bestimmte Isotope überhaupt nicht aufgeführt. Die ICRP sagt nun, man muß alle Organe bezüglich aller Isotope berücksichtigen - sehr gut! -, und zwar so, daß die Gesamtsumme nicht höher als 5 rem ist - hört sich auch noch gut an! -.
Aber würde man die Belastung der einzelnen Organe einfach zusammenzählen, wäre es für die Atom-Lobby viel zu schwierig, auch nur einen einzelnen Strahlenschutzwert einzuhalten. Deshalb werden die radioaktiven Belastungswerte - je nach Organ - durch Zahlen zwischen 4 und 33 geteilt.
Also: Die Gonaden (Keimzellen) erhalten eine Strahlung von 20 rem, dies geteilt durch 4:- Simsalabim, der "Grenzwert" von 5 rem wird eingehalten.
Das klingt alles sehr unglaublich, aber es liegt einfach daran, daß ein normaler Mensch Schwierigkeiten hat, den unerhörten Machenschaften dieser "wissenschaftlichen" Atombetreiber zu folgen. Die einzige Begründung für das willkürliche Teilen der Belastungswerte durch solche Zahlen ist: Würde man die Belastungswerte "einfach so" zusammenzählen, ergäbe dies viel zu hohe rem-Werte, und jeder vernünftige Mensch würde vor Emporung aufschreien; die neue Regelung wäre nicht durchsetzbar!

Nun gilt auch bisher die 5 rem/Jahr Grenze nur für den Gesamtkörper - für die oben genannten "kritischen" Organe galten höhere Grenzwerte (z.B. 30 rem/Jahr für die Schilddrüse), und es ist möglich, daß ein Mensch für mehrere Organe bis an den Grenzwert belastet wird.
Nach dem neuen Strahlenschutzvorschlag ist dies nicht möglich, denn es werden die Belastungswerte von allen Orgaen zusammengezählt. Es können also nicht mehrere Organe bis an die Grenze belastet werden, aber die Grenzwerte sind drastisch angehoben worden. So können etwa die Schilddrüsen mit bis zu 165 rem belastet werden, um den 5 rem-Wert einzuhalten (165 rem geteilt durch 33 = 5 rem). Dies erschien auch der ICRP zu abenteuerlich, weshalb der Einzelbelastungswert willkürlich auf 50 rem festgelegt wurde. Es bleibt aber für die meisten Isotope eine drastische Erhöhung der Grenzwerte, zum Teil um das 17-fache.
Dies wirkt sich besonders schlimm aus, wenn ein Mensch nur mit einem oder zwei Isotopen belastet wird.
Vielfach sind es gerade Isotope, die bei der Wiederaufarbeitung eine große Rolle spielen und deren Kontrolle innerhalb des Werkes schwierig ist. Von Kritikern wird auch darauf verwiesen, daß eine solche Erhöhung der Arbeitsschutznormen eine Notwendigkeit sind, um Atomanlagen in Länder der Dritten Welt einzuführen, wo aufgrund mangelnder Infrastruktur die Möglichkeiten des Strahlenschutzes noch geringer sind als hier.
Diese Änderungen haben auch Konsequenzen für den Umweltschutz außerhalb des Werkes: Traditionell empfiehlt die ICRP nämlich für die Öffentlichkeit ein Zehntel der für die Atomarbeiter geltenden Normen. Daher rühren die 0,5 rem = 500 millirem, die im ganzen Ostblock, aber auch in vielen anderen Ländern noch gültig sind, während in Ländern mit entwickelter Anti-AKW-Bewegung diese Normen herabgedrückt wurden, so etwa in der BRD auf 30 mrem über Luft und 30 mrem über Wasser und in den USA seit letztem Dezember auf 25 mrem insgesamt.
Die Europäische Gemeinschaft hat diese Empfehlung der ICRP bereits übernommen und als ihre Empfehlung an die Mitgliedsländer weitergereicht. In Schweden werden ohnehin ICRP-Empfehlungen automatisch übernommen.
Dagegen hat selbst die amerikanische Atomkommission (NRC = Nuclear Reagulatory commission) Bedenken dagegen geäußert. In der BRD ist meines Wissens die Sache noch nicht gelaufen, allerdings ist der deutsche Strahlenschutzpapst, Prof. Jacobi, München, als einer der härtesten Vertreter in der ICRP, gewissermaßen ihr rechter Flügelmann, bekannt.
In England ist bereits eine große Kampagne vieler Gewerkschaften dagegen gelaufen, es gibt vorbildliche Informationsblätter für die Beschäftigten in der Atomindustrie dazu.
Auch in den USA haben bereits eine große Zahl von Gewerkschaften offiziell dagegen Stellung genommen. Darunter sind auch solche, die keineswegs gegen Atomindustrie sind, aber keine Verschlechterung - noch dazu ohne wissenschaftlich überzeugende Begründung - hinnehmen wollen.

Jens Scheer



****

AHAUS:

Hearing ohne Beachtung?

Foto links:
Ausschnitt eines Betreiberfotos: eine der geplanten Hallen mit aufgestellten Castor-Behältern. In der Mitte sieht man zwei Eisenbahntransportwagen mit Behältern.

meabfuhr gewährleisten.
Deshalb braucht die Halle lediglich die 80 t schweren Behälter vor der Witterung zu schützen, eine andere Funktion hat sie nicht. Umwelteinflüsse, wie z.B. Hochwasser und andere Einwirkungen von außen sind durch die Standortauswahl ausgeschlossen - sagen die Betreiber. Darauf wollen wir aber jetzt nicht eingehen, denn uns interessierte vor allem Gerald Kirchners Ausführungen über die Probleme im Normalbetrieb!

Die DWK ist ein Unsicherheitsfaktor

Die Brennelemente, die in 4 Bündeln in einem Transportbehälter Typ CASTOR eingeschlossen werden, sind für den Reaktorbetrieb konstruiert. Dort sind sie jedoch völlig anderen mechanischen und termischen Belastungen ausgesetzt, als im Transprtbehälter. Während im Reaktor der Innendruck der Brennelemente geringer ist, als der Außendruck, ist dies Verhältnis wegen der schlechten Wärmeleitfähigkeit des Heliumgases, das die Brennelementbündel im Transportbehälter umgibt, genau umgekehrt. Das spielt eine große Rolle für die Temperatur der Brennelemente.

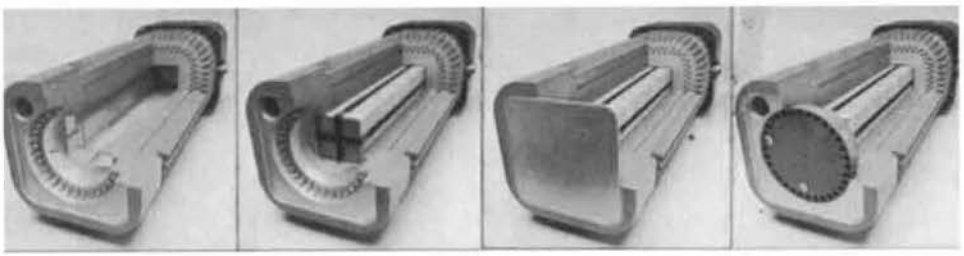


Foto oben:
Querschnitte durch die Behälter (Betreiberfotos)

Im Sicherheitsbericht der STEAG/DWK wird von einem Maximalwert von 390 Grad C Wärmeleistung ausgegangen, den die eingelagerten Brennelemente ohne Schädigung überstehen können. Hier gibt es nun zwei wesentliche Dinge zu beachten:
a. Die geothermische Anordnung der Lagerbehälter im Trockenlager ist so, daß die inneren Behälter weniger gekühlt werden, als die äußeren, weil ein Großteil der hereinströmenden Luft sich schon an den äußeren Behältern erwärmt und nach oben steigt. Steigt aber die Temperatur der Behälterwände über die von der STEAG/DWK angegebenen 82 Grad C, was unter diesen Umständen sicherlich möglich ist, so erhöht sich automatisch die Innentemperatur und damit auch der Innendruck wegen des fehlenden Wärmeausgleichs und die Temperaturen können 390 Grad C übersteigen. Das hätte ein Platzen der Brennelement-Hüllrohre zur Folge und die hochaktiven Spaltprodukte wären ungeschützt im Transportbehälter.
b. Der Grenzwert von 390 Grad gilt nur für absolut unbeschädigte Brennelemente. Hier muß betont werden, daß es verschiedene Brennelementschädigungsmechanismen gibt. Im Reaktor selbst kann es zu Brennelement-Hüllrohrrissen kommen, wenn die Brennelemente einer stark schwankenden Belastung ausgesetzt sind. Dies ist der Fall, wenn nach einer längeren Periode verringerter Leistung das AKW relativ schnell wieder auf Vollast gefahren wird. Einer ähnlich starken Belastung sind die Hüllrohre ausgesetzt, wenn sie vom Naß-Abklingbecken in den Transportbehälter verfrachtet werden. In beiden Fällen treten hohe Temperatur- und Druckschwankungen auf, die die Spannungsfestigkeit des Hüllrohrmaterials stark herabsetzen. Dadurch kann es zu Rissen kommen. Diese Schädigungen lassen sich nicht immer vor Einlagerung der Brennelemente feststellen, da die Risse nicht unbedingt bis zur Außenwand der Hüllrohre durchgehen.Sind die Brennelement-Hüllrohre erstmal beschädigt, so liegt der Maximalwert der Innentemperatur, dem die Hüllrohre ohne zu platzen standhalten können, unter 300 Grad.

Undichte Dichtungen

Sind die Hüllrohre undicht und die radioaktiven Spaltprodukte frei im Lagerbehälter, so werden sie nur noch durch die Behälterdichtungen von der Umgebung abgehalten.
Für den sicheren Verschluß sind fünf Dichtungen vorgesehen: drei aus Kunststoff und zwei aus Metall. Kunststoffe sind aber unbeständig gegenüber hohen Temperaturen und radioaktiven Strahlen, also auf jeden Fall ungeeignet für eine Dichtung dieser Behälter über den vorgesehenen Zeitraum von bis zu 100 Jahren!
Das wissen auch die Betreiber. Bleiben die Metalldichtungen, wobei bis heute noch niemand gesagt hat, was für Metalle dafür verwendet werden sollen. In jedem Fall besteht die Gefahr, daß durch Restbestände von Wasser oder Sauerstoff (die Brennelemente werden unter Wasser in die Behälter geladen) im Laufe der Jahre Undichtigkeiten durch Roststellen auftreten. Langsam und sicher (sicher?) werden dann die radioaktiven Emissionen aus dem Trockenlager zunehmen.

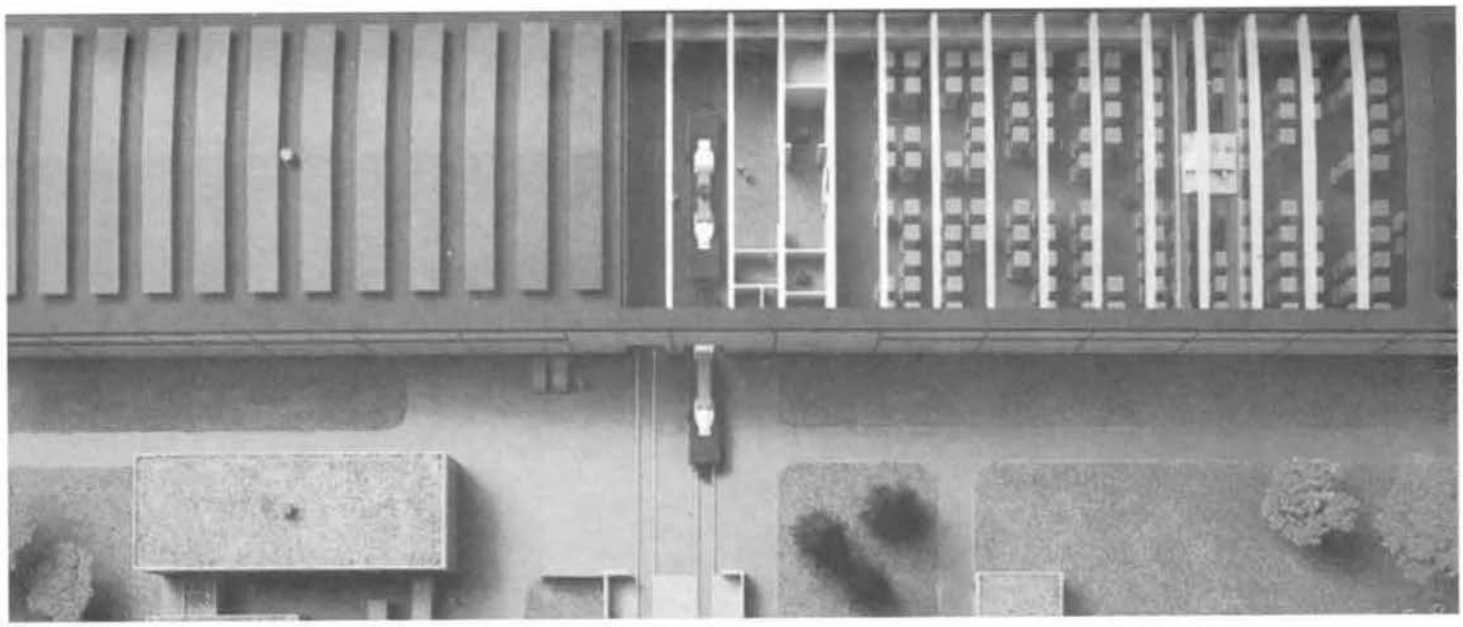
Endstation Ahaus

Sollten die zwischengelagerten Brennelemente in einer WAA weiterverarbeitet werden, müßten natürlich die Transportbehälter geöffnet werden. Falls bis dahin nicht schon alle radioaktiven Gase durch die undichten Dichtungen entwichen sind, kommt dann die große Überraschung: Sind die Hüllrohre die langen Jahre hindurch dicht geblieben? Wenn nicht, wird sich das dann schnell an einer Verseuchung der Umgebung, besonders durch die leichten radioaktiven Gase Jod, Tritium und Krypton bemerkbar machen. Es gäbe zwar die Möglichkeit, durch Filter die Abgabe dieser überaus giftigen Gase einzudämmen, das ist aber bisher nicht vorgesehen: aus Kostengründen ...
Wenn es allerdings soweit ist, daß eine WAA in Betrieb gehen kann, dann steht dafür genügend „frisches" Material zur Verfügung. Die Betreiber könnten sich dann die eventuellen schlimmen Überraschungen beim Öffnen der Lagerbehälter sparen.
Das würde bedeuten, daß das Trockenlager in Ahaus zum Endlager würde - und die Betreiber haben ihre Legitimation dafür jetzt schon parat.

Hearing und Positivismusstreit

Am Sonntag um 15.00 Uhr begann dann die Diskussion über die politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Konsequenzen der Zwischenlagerung - so die Veranstalter - an der leider nur noch wenige Leute teilgenommen haben.
Im wesentlichen ging die Auseinandersetzung um zwei Fragen:
1. Welche Rolle spielen die kritischen Wissenschaftler im Anti-AKW-Kampf - Wie kann eine Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern und Bürgerinitiativen aussehen?
2. Wie können wir das Wissen über die Gefahren der Zwischenlagerung in unserem Widerstand verwerten - Wie kann in der nächsten Zeit der Widerstand aussehen?
Die Diskussion um die erste Frage entwickelte sich, als die Vertreter der BIs aus Gorleben und Würgassen G. Thompson vorwarfen, daß er nicht eindeutig genug Stellung beziehe und sich als "typischer Wissenschaftler" verhalte. Gordon Thompson erklärte daraufhin, daß er auf dem Hearing in der Funktion des Wissenschaftlers spreche und das nicht als den geeigneten Ort ansehe, persönliche Stellungnahmen abzugeben. Er betonte, daß es

Forts. S. 33



Am 13./14.9.80 fand in der Ahauser Stadthalle als Abschlußveranstaltung der Aktionswoche gegen Atommüll ein Hearing zu den Problemen der Zwischenlagerung von Atommüll statt. Veranstaltet wurde dies von den Bürgerinitiativen der Atommüll-Lager-Standorte in Zusammenarbeit mit dem BBU und dem Ökoinstitut Hannover.
Bei sehr geringer Beteiligung der Ahauser Bevölkerung und wenig Beachtung durch Bürgerinitiativen und Presse vermittelten eine Reihe Wissenschaftler in ihren Referaten sehr wichtige Informationen, die die Bedeutung und Gefährlichkeit der Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente drastisch verdeutlichte und die wir im folgenden Artikel natürlich nur zu einem Bruchteil weiter geben können. Allen sei empfohlen, sich den Tagungsband zu bestellen (Adresse siehe unten).

Die Idee eines Hearings entstand auf der Konferenz der Atommüllager-BI's im April diesen Jahres und wurde als notwendig erachtet, um zu erreichen,
- daß die Konzentration der Anti-AKW-Bewegung auf wenige Punkte abgebaut wird und die Dringlichkeit der Arbeit zu den vielen Zwischen- und Kompaktlagerstandorten deutlich gemacht wird,
- daßein Problembewußtsein in der Bevölkerung geschaffen wird,
- daß die bürgerliche Presse zum Aufgreifen der Problematik gezwungen wird.

Das Bundesinnenministerium und das Ministerium für Forschung und Technologie haben die Aufforderung des BBU, das Hearing als Pro- und Contra Veranstaltung - ähnlich dem Gorleben-Hearing - durchzuführen, ablehnend reagiert. Innenminister Baum begründete diese Ablehnung damit, daß das Konzept der Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente bei den politischen Parteien, den Regierungschefs und der Enquete-Kommission des Bundestages unumstritten sei und daher zügig verwirklicht werden müsse. Die Atommafia hat entschieden - ohne Beteiligung der Öffentlichkeit, ohne große Diskussion. Basta!Aber nicht nur das: Die Aussage von Innerminster Baum ist auch eine lügnerische Glanzleistung. Prof.Dr.G.Altner, Mitglied der Enquete-Kommission schreibt in einer Erklärung zum Hearing, an dem er aus persönlichen Gründen nicht teilnehmen konnte:
"Die gegenwärtige Praxis der Zwischenlagerung ist nicht Stand der Technik. In meiner persönlichen Stellungnahme innerhalb des Berichtes der Enquete-Kommission spreche ich dies klar und unmißverständlich aus. Aber auch im allgemeinen Text des Berichtes haben Dr.Ehrenstein und ich unter Abschnitt C "Energiepolitische Handlungsempfehlungen" hervorgehoben, daß von einer befriedigenden Lösung der Zwischenlagerproblematik nicht ausgegangen werden kann."
Daraufhin fand jetzt ein Hearing mit ausschließlich kritischen Wissenschaftlern statt. Von den insgesamt 7 Referaten gehen wir jetzt auf einige Informationen näher ein, die wir für besonders wichtig halten.

Endsorgung im Eimer

Bekanntlich ist aus den Plänen der Atommafia, in Gorleben eine Wiederaufbereitungsanlage plus Endlager einzurichten, nichts geworden. Gründe dafür waren einmal der starke Widerstand in Gorleben, aber auch die einfache Tatsache, daß die WAA-Technologie nicht beherrscht wird. Gleichzeitig mußten die Betreiber zugeben, daß die französische COGEMA, die die WAA in La Hague betreibt, nicht in der Lage ist, die abgebrannten Brennelemente aus deutschen AKWs zu bearbeiten. Das heißt, daß die Verträge mit der COGEMA Windeier sind, die das Atommüllproblem in keiner Weise lösen. Dieser Skandal, der deutlich macht, wie wenig die Atommafia in der Lage ist, eine vernünftige Planung ihrer Atomprogramme aufzustellen, führte nun aber nicht zur einzig richtigen Entscheidung, zur Abschaltung der AKW's.

Der Müll

In jedem 1000 MW Reaktor fallen jährlich 42,5 t hochaktiver Müll an. Bis zum Jahr 1990 werden bei einer installierten Leistung von 8500 MW nach Angaben des Bundesministeriums für Forschung und Technologie 2800 t "ausgedienter Brennelemente" auf eine Wiederaufbereitung warten. Mittlerweile hat sich die Situation derart zugespitzt, daß die Abklingbecken in den Atomkraftwerken teilweise voll sind und AKW's vor der Abschaltung stehen.
Die Betreiber gingen in die Offensive. Überall in der BRD wollen sie Atommüllhaufen hinsetzen. Einerseits in den AKW's, indem sie die Abklingbecken in Kompaktlager ummodeln, bzw. kleine Trockenlager hinbauen, andererseits indem sie externe Zwischenlager bauen, wie sie für Gorleben und Ahaus geplant sind. Helmut Hirsch schreibt dazu in seinem Thesenpapier für das Hearing:
"1.Die Situation auf dem Entsorgungssektor ist gekennzeichnet durch hohe technische und soziale Risiken und unausgereifte Konzepte.- Das Problem bei der Konzeptentwicklung ist auch die mangelnde Erfahrung auf technischer Ebene, in vielen Bereichen jedoch schon fehlende wissenschaftliche Absicherung.
(...)
3. In dem Maße, in dem die bestehenden wissenschaftlichen und technischen Unsicherheiten manifest werden, scheint sich paradoxerweise die Überzeugung der Entscheidungsträger in der BRD zu verstärken, der eingeschlagene Weg zunehmender Kernenergienutzung wäre der richtige.
4.Die nukleare Entsorgung ist auch ein Mengenproblem. Der heute existierende Abfall kann nicht mehr aus der Welt geschafft werden - heute zu fällende Entscheidungen können jedoch festlegen, ob und in welchem Ausmaß die Menge vermehrt wird.
Gleichzeitig zeichnet sich mehr und mehr ab, daß die Entsorgung dieser Zwischenlager auf absehbare Zeit nicht möglich sein wird. Damit würde jedes AKW, jedes externe Zwischenlager zum "Dauerlager", wie es Farthmann am 12.3. in Ahaus formulierte.

Das Trockenlagerkonzept

Um die gleich folgende Zusammenfassung des Referates von G.Kirchner (Probleme des Behälter-Trockenlagerkonzeptes im Normalbetrieb) besser verstehen zu können, nun eine kurze Beschreibung des Trockenlagers.
In Ahaus ist ein Trockenlager für 1500 t abgebrannte Brennelemente vorgesehen. Das entspricht 750 Transportbehältern, die hochkant in 3 Hallen aufgestellt werden sollen. In jedem Transportbehälter sind 4 Brennelementbündel. Das Lager besteht aus einer Lagerhalle mit Kran und Gleisanschluß, daneben gibt es noch einige Nebengebäude für die Wachmannschaft, einen Zaun usw.
Die Sicherheit der Lagerung liegt einzig und allein beim Transportbehälter mit seinem
- Gußkörper mit 40 cm Wandstärke
- seinen Kühlrippen
- und dem 3-stufigen Dichtungssystem.

Dieser Behälter soll die Strahlung der Brennelemente abschirmen, die Umwelt vor Verseuchung schützen und eine ausreichende Wär-

Strobos

Nadelstiche aus der Protest-Szene

Ich, Gottlieb Blitz, bin kein Strobo - obwohl auch ich höchst ungern Rechnungen bezahle. Strobo, das ist nicht nur das Kürzel für Strompreisboykotteure, das steht auch für Mitbürger, für Landsleute, die schlankweg mit einem Federstrich die Stromrechnung kürzen, weil sie zeigen wollen, daß sie gegen Kernenergie sind. Der rechte Strobo -eine Art Robin Hood des Elektrozeitalters?
Die Großkopferten und Geschwollenen, das sind für die Strobos die Energieversorgungsunternehmen. Ihnen nehmen sie es übel, daß sie nicht nur auf allgemeine Genügsamkeit, Verzicht auf selbstverständlich gewordene Annehmlichkeiten und Sonne setzen, wenn es darum geht, daß auch künftig genügend Strom aus der Steckdose kommt. Zugegeben, ein bißchen Stroboblut hat wahrscheinlich jeder von uns in seinen Adern. Denn Eigensinn und Eifer, mit denen manche ihre spezielle Auffassung vom richtigen Leben zur alleinseeligmachenden Norm für alle machen wollen, haben ja in Hessen, Südniedersachsen und Ostwestfalen auch eine Tradition. Aber bei allem Verständnis: wo kämen wir denn hin, wenn jeder von uns mit dem Geldbeutel seine Heilsvorstellungen durchsetzen wollte? Diejenige Bäckersfrau möchte ich sehn, die einverstanden wäre, daß man für ihre Brötchen einige Pfennige weniger auf den Tisch legen würde - nur weil diese mit Atomstrom gebacken sind. Oder könnte man sich gar vorstellen, daß ein Tankwart fürs Benzin 10% nachlassen würde, weil man gegen Ölmultis ist?
Nein, so läuft's nicht. Denn das wäre ja im Grund rücksichtslos und ungerecht. Ungerecht gegen alle übrigen, die ihre Stromrechnung bezahlen, und die dazu auch jene Prozente mitbezahlen müßten, um die sich eine kleine Minderheit im Namen ihrer Ideale drückt. Nein, wer für seine Glaubensvorstellungen mit Mark und Pfennig kämpfen will, für den wüßte ich ein viel radikaleres und auch glaubhafteres Mittel: einfach ganz auf Strom verzichten. Für mich und alle Andersdenkenden wär's wenigstens ein kleiner Beitrag zur Lösung unseres Energieproblems. Ihr Gottlieb Blitz

Ohne Kommentar!
Aus: EAM-Bote 9/80 Zeitung des Energieversorgungsunternehmens

Vor ein paar Wochen fand in Göttingen das bisher größte Treffen der Organisationsgruppen des Stromzahlungsboykotts (Strobo) aus dem gesamten Bundesgebiet statt.
Wir, die Göttinger Gruppe, hatten das Treffen angesetzt, um uns über den zukünftigen Kurs dieser Protestaktion gegen Atomkraftwerke auseinanderzusetzen und - hoffentlich - klarer zu werden.
Daß wir bisher keinen unserer Prozesse gegen die EAM (Göttinger Elektrizitätsversorgungsunternehmen) gewonnen haben, war für uns nichts Unerwartetes. Im Gegenteil, als es eines Tages passierte, daß eine Stuttgarter Richterin dortigen Strobos im Prozess gegen ihr E-Werk Recht gab, waren wir völlig überrascht und entsprechend erfreut.: denn die Prozesse waren von uns - neben der Bedeutung als Widerstandserklärung - von vornherein vor allem als Angelpunkt der Öffentlichkeitsarbeit angesehen worden. Trotzdem wurde der Stellenwert dieser Prozesse für uns immer fragwürdiger, und wir begannen immer intensiver nach neuen Möglichkeiten und Wegen zu suchen, mit Hilfe des Strobo die Atommafia zu bekämpfen.
Bevor es weitergeht, sei der leider immer noch bestehende zweite Sorgenpunkt der Aktion kurz benannt: die stagnierende Teilnehmerzahl. Obwohl es mittlerweile bundesweit etwa 80 Initiativen und 4000-5000 Strobo-Haushalte gibt, hat der Stromzahlungsboykott tendentiell immer noch den Charakter eines Geheimbundes einer eher kleinen Gruppe von starrsinnigen Gewissens-Helden, als daß er die Form einer Massenkampagne annimmt, die weitaus eher zum Strobo und zu den Strobos paßt und der gesamten Anti-Atom-Bewegung eigentlich viel besser zu gesicht stände. In der allerletzten Zeit ist jedoch wohl einiges in Bewegung geraten. So hat sich in Gelsenkirchen eine Kirchengemeinde zur Teilnahme am Stromzahlungsboykott entschlossen und wird - trotz massiver Gegenreaktion ihrer Kirchenbehörde (neulich wurde ihnen sogar die Entlassung des gesamten Kirchenvorstandes angedroht) - wohl weitermachen.
In dieser Situation erschien es uns immer notwendiger, einen über die Prozesse hinausführenden Schritt zu unternehmen, und unsere Diskussionen kreisten immer stärker um die Idee, mit dem auf dem Treuhandkonto angesammelten Geld nun selbst in Energieversorgung in unserem Sinn zu investieren, da die EAM(und die anderen E-Werke) ganz offensichtlich keine Voehaben dieser Art planen. Wenn wir das Ganze bundesweit organisieren könnten, so überlegten wir weiter, würde es sich ja vielleicht dahin entwickeln, daß die Strobos die Menschen in Gorleben und anderen Standorten dadurch unterstützen, daß sie ihnen bei der Finanzierung alternativer Energietechnik, wie sie im Wendland schon gebaut wird, unter die Arme zu greifen. Dabei sollte beachtet werden, daß wir den E-Werken nicht die Eigentumsrechte an den Geldern auf dem Treuhandkonto streitig machen, sondern nur in unserem Sinne darüber verfügen würden.
Das alles sollte nun auf dem Bundestreffen eingehend diskutiert werden, um ein gemeinsames Vorgehen der Initiativen zu ermöglichen.
Nach der Vorstellung am Freitagabend (es kamen ca.80 Leute aus 28 Initiativen, u.a. Vertreter der Gelsenkirchener Kirchengemeinde) diskutierten wir nacheinander die folgenden Themenschwerpunkte:

- ausprobierte und geplante Aktionen für bzw. mit dem Strobo
- Perspektiven des Boykotts
- juristische Fragen im Zusammenhang mit dem Strobo

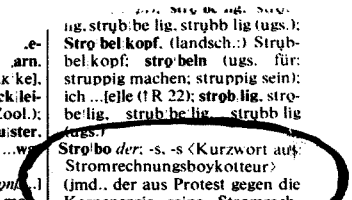
Um allen, insbesondere einzelnen Vertretern von Initiativen, die Teilnahme an allen Diskussionen zu ermöglichen und um uns im Plenum nicht zu verzetteln, hatten wir für jedes Thema einen halben Tag reserviert, an dem wir es abwechselnd in spontanen Arbeitsgruppen und im Plenum diskutierten. Dieses Konzept hat sich ganz gut bewährt. Es würde zu weit führen, die vielfältigen Ergebnisse dieser Diskussion hier im einzelnen auszuführen, deshalb sollen hier vor allem die Ergebnisse der Perspektiven-Debatte skizziert werden.
Diese Diskussion entwickelte sich um recht unerwartete Schwerpunkte: die örtlichen Machenschaften der Energieversorgungsunternehmen (besser: Energiehandelsunternehmen) und die kommunale Energiepolitik. Aus mehreren Städten kamen interessante Dinge zum Vorschein: so erzählte z.B. ein Freiburger, daß das dortige E-Werk viele kleine Kraftwerke im Schwarzwald aufgekauft habe, um sie stillzulegen und damit zum einen lästi- um sie stillzulegen und damit zum einen lästige Konkurrenten aus dem Weg zu räumen Stromgeschäft profitabler zu machen. Ein Hamburger berichtete vom Prozess der HEW gegen das Aluminium-Werk Reynolds, weil letzteres weniger Strom als vereinbart verbraucht hatte.

Ungefähr 80 Leute aus 28 Initiativen trafen sich zum bisher größten Treffen der Organisationsgruppen des Stromzahlungboykotts in Göttingen. Unser Foto zeigt einen Teil der „Strobos".

Strobo: Forts. von Seite

Nicht vergessen ist darüber hinaus die vom Kartellamt Berlin auch schon juristisch angefochtene Verfahrensweise der E-Werke, durch ausgeklügelte Tarifgestaltung es den Fabriken unmöglich zu machen, ihre eigene Abfallwärme (Prozesswärme) zu nutzen – ganz zu schweigen von der unmöglichen „ganz normalen" Tarifpolitik der E-Werke.
Wir stellten fest, daß es ungemein wichtig wäre, diese Vorgänge bekannt zu machen und in der Öffentlichkeit Bewußtsein darüber zu schaffen. So könnten wir die Energie-Lükken-Propaganda der Stromunternehmen ganz konkret entlarven, statt sie nur auf der Ebene theoretischer Berechnungen anzugreifen. Darüberhinaus wäre es lohnend, alternative Energieversorgungskonzepte für die jeweilige Stadt oder Region zu erarbeiten (wie es z.B. für die Stadt Husum von Twind-Gruppen und dem SPAK bereits versucht worden ist) und auch die Studie des Öko-Instituts Freiburg über Energieversorgung der BRD ohne Atomkraftwerke und Erdöl auszuwerten.
Die Arbeit der Strobo-Initiativen würde dadurch ein zweites Standbein bekommen:es würde sich nicht mehr alles nur um die Anzahl der teilnehmenden Haushalte und um die Prozesse drehen, was auf die Dauer auch nervtötend ist, sondern durch die Erweiterung um konkrete Fragen der kommunalen Energieversorgung würde die Aktion interessanter und der energiepolitische Hintergrund des Boykotts mehr zur Geltung gebracht werden, als es bisher der Fall ist.
Da die Strobos ein solches Vorhaben natürlich nicht alleine bewältigen können und wollen, bietet sich eine Zusammenarbeit von Strobos und anderen auf diesem Gebiet arbeitenden Gruppen an: so z.B. Arbeitsgruppen der Bürgerinitiativen (es wäre schön, wenn sich neue Gruppen dazu bilden würden) oder örtliche Vertreter der Grünen, aber auch Gruppen, die sich beruflich damit befassen.
Die Idee, die Gelder auf dem Treuhandkonto anzulegen, wurde angesichts dieser Perspektiven und aus juristischen und organisatorischen Gründen auf Eis gelegt,
FAZIT: STROBO GOES ON !!!

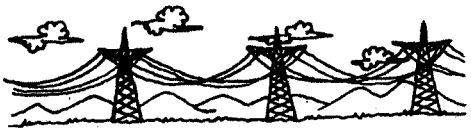
P.S. *Im neuen Anti-AKW-Taschenkalender 1981 ist eine auf den neuesten Stand gebrachte Adressenliste von Strobo-Initiativen abgedruckt.*


ing. strub|be lig, strubb lig (ugs.); Stro|bel|kopf, (landsch.:) Strubbel|kopf; stro|beln (ugs. für: struppig machen; struppig sein); ich ...[e]le (↑R 22); strob|lig, strobbelig, strub|be|lig, strubb lig (ugs.)
Stro|bo *der*; -s, -s ⟨Kurzwort auf Stromrechnungsboykotteur⟩ (jmd., der aus Protest gegen die Kernenergie seine Stromrechnung nicht bezahlt)
(ein opt. Gerät); stro|bo|sko|pisch
Stroh *das*; -[e]s; stroh|blond; Stroh|blu|me, ...bund *das*, ...dach; stroh|dumm; stro|hern (aus Stroh); stroh|far|ben, ...far|big; Stroh|feim od. ...fei|me od. ...feimen, ...feu|er, ...halm; stro|hig (auch für: wie Stroh, saftlos, trocken); Stroh|hut, ...hüt|te, ...kopf (ugs. scherzh. für: Dummkopf), ...mann (*Plur.* ...männer;

P.P.S. *Sogar der neueste »Duden« von 1980 hat uns inzwischen gewürdigt! Siehe Ausschnitt oben.*

Japan: Atommüll ins Meer?

Die Japanische Regierung hat im Frühjahr dieses Jahres beschlossen, sich des anfallenden radioaktiven Abfalls auf die wohl billigste und zugleich gefährlichste Weise zu entledigen: Die Versenkung im Meer. Bereits seit 1955 hat Japan gewisse Mengen radioaktiven Abfalls bei 2500m Tiefe im Meer versenkt, ohne mögliche Folgen wissenschaftlich zu beobachten. Nun soll dies in großem Maßstab geschehen. Schon in diesem Jahr sollen versuchsweise 10.000 Fässer mit schwach radioaktivem Müll im Pazifischen Ozean versenkt werden; an einer Stelle, wo der Ozean 6000m tief ist, 800km nördlich der Mariana Inseln. Die zweihundertfache soll dann in den darauffolgenden Jahren versenkt werden.
Dieser Beschluß wurde von allen Parteien mit Ausnahme der sozialistischen angenommen. Die Versenkung des Abfalls stellt ein unkalkulierbares Risiko dar, da über die Strömungsverhältnisse in diesen Tiefen nur unzureichende Kenntnisse vorhanden sind, die Verteilung der Fässer deshalb nicht vorhersagbar sind und so bei einer eventuellen Beschädigung ein Auslaufen des Inhalts nicht mehr gestoppt werden kann.
Gestoppt werden allein die Realisierung dieser Pläne. In Japan hat sich hierzu nach dem Harrisburg–Unfall eine Vereinigung gebildet, die ein Moratorium gegen atomare Anlagen einbringen will:
Assoziation for Asking Moratorium for Nuklear Development
Hiroshi Noma, representative
Syu Ono, representative
3-10 Konda Jimbo–cho, Chiyoda–Ku, Tokyo, Japan.



Ahaus: Fortsetzung von Seite 30

Hearing ohne Beachtung?

die Aufgabe des Bürgers ist, sich zu informieren, sich eine Meinung zu bilden und zu handeln. Er machte allerdings auch deutlich, daß seine Anwesenheit auf dem Hearing und seine langjährige Tätigkeit als wissenschaftlicher Kritiker des Atomprogramms als Stellungnahme gewertet werden kann. Helmut Hirsch betonte, daß es derzeit so läuft, daß sich Wissenschaftler und Politiker gleichzeitig vor Entscheidungen drücken. Beide Gruppen schieben sich die Verantwortlichkeit zu. Eine wirklich demokratische Entscheidung sei dann getroffen, wenn Wissenschaftler, nachdem sie gewisse Vorarbeiten geleistet hätten, diese Informationen dann der Öffentlichkeit zugänglich machen würden, worauf sich eine breite Diskussion entfalten müsse und dann gemeinsam entschieden würde. Allerdings vergaß Helmut Hirsch dabei zu erwähnen, wie eine wirklich demokratische Diskussion, bei der alle Meinungen Gehör finden, laufen kann und wie das in der Praxis aussehen soll.
Zu einer heftigen Auseinandersetzung kam es dann, als jemand G. Thompson mit dem AKW-Gegner verglich, der in seiner Funktion als Polizist in Gorleben die 1004-Besetzer verprügelte. Mensch beschloß die Diskussion mit einigen wissenschaftstheoretischen Reflektionen und der Aufforderung an die Wissenschaftler, ihre Schlußfolgerungen nicht so dezent im Konjunktiv zu formulieren, sondern klar und kernig zu sagen, was Sache ist.
Der zweite Teil der Diskussion brachte leider ebensowenig fruchtbares. Vielmehr wurde plötzlich ein Widerspruch entdeckt zwischen Aktion und Information. Eine Besetzung (wie auf 1004) und ähnliche Aktionen würden die Bürger abschrecken, man müsse vielmehr immer und immer wieder die Bevölkerung informieren.
Die Redebeiträge beschränkten sich dann weitgehend darauf, die direkte Aktion (gewaltfrei versteht sich) in Schutz zu nehmen. Eine Antwort auf die Frage, wie wir den Widerstand an den Standorten verstärken können, nicht zuletzt angesichts des leeren Saales während des Hearings, konnte aufgrund dieser verqueren Fronten nicht gefunden werden.

Eine abschließende Einschätzung des Hearings ist schwer. Ich frage mich, was nützen die ganzen Informationen, wenn sie keiner mehr hören will/kann! Gerade hier im Münsterland, wo irgendwann vielleicht 1500 Tonnen Atommüll die ganze Region langsam verseuchen werden, haben so viele Leute ihre Tore dichtgemacht. Keine noch so schreckliche Nachricht, keine noch so große Sauerei bringt sie mehr auf Trab, Resignation macht sich breiter und breiter.
Und andererseits hat mich das Engagement und die Ernsthaftigkeit der Leute, der wenigen, die da waren, doch ermutigt, weiterzumachen, diesen Artikel zu schreiben und mit den Leuten von der Ahaus-Gruppe im AKU Münster zu überlegen, wie wir das Münsterland zum Kochen bringen. Und langsam kommen auch wieder Ideen, ein bißchen, scheint mir, haben wir die Resignation aufgeknackt.
Dabei ist das Hearing nicht ganz schuldlos und wird auch später in unserer Öffentlichkeitsarbeit noch von großem Nutzen sein. Deshalb halte ich trotz der enttäuschenden Beteiligung das Hearing doch für einen wichtigen Stein im Kampf gegen die Zwischenlager.

Der Tagungsband kann bestellt werden: ÖKO-INSTITUT, Arbeitsstelle Hannover, Immengarten 31, 3 Hannover 1.
Umweltzentrum, Bremer Str. 44, Münster(vor allem für Informationen zu Ahaus).
Kontakt: Michael Schlickwei u. Anne Lohbreier, Elsternweg 27, 4401 Havixbeck, Tel. 02507/2459

Freunschaftshaus von Bauer Maas in Kalkar

Um den Brüter stillzulegen: Freundschaftshaus und Boden pflegen!!

Nach längerer Zeit der Ruhe ist die Arbeit gegen den Schnellen Brüter-Bau in Kalkar wieder in Gang gekommen. Seit Frühjahr dieses Jahres hat die BI Stop Kalkar damit begonnen, wieder stärker aktiv zu werden (nach einer Zeit der Resignation und des Untertauchens, als offensichtlich wurde, daß die Großdemo vom 24.9.77 nicht die gewünschte Mobilisierung gebracht hatte und die BI selbst sich einer stärker werdenden Repression und Hetze ausgesetzt sah).
So stellte sie einen 3-Stufen-Plan für die Reorganisierung des Widerstandes gegen die Inbetriebnahme des Schnellen Brüters auf, der eine Informationsphase mit Wiederaufbau des Freundschaftshauses der BI, eine Phase der Organisierung der AKW-Gegner bis hin zu praktischen Aktionen gegen den Weiterbau des Brüters vorsieht.
Die Räumung des Dorfes 1004 in Gorleben war der Anlaß zu einer spontanen Kirchenbesetzung in Kalkar. Die 750 Jahr-Feier der Stadt brachte einige Aktionen (symbolische Sperren der Zufahrtswege zum Zentrum, "Katastrophenschutzübung", Diskussionen u.Ä.). Darüber konnten auch eine Reihe Leute gewonnen werden - viele Jugendliche aus Kalkar selbst.
Während sich der Kampf gegen den Brüter-Bau drei Jahre lang ausschließlich auf juristischer Ebene abgespielt hatte und ein Teil der AKW-Gegner sich auf die Gerichte und die Enquete-Kommission des Bundestages verlassen hatte, wurde nun der Vorschlag der BI von einer Landeskonferenz Nordrheinwestfalen im August beschlossen:
Das Freundschaftshaus - ehemaliger Melkstall von Bauer Maas - wird ausgebaut und als Informationszentrum eingerichtet.
Drei Jahre vorher, im August 1977, war der erste Versuch, hier an Ort und Stelle, gegenüber dem Brüter, über die AKW's zu informieren, aufgrund eines Strafbefehls über 500 DM wegen baupolizeilicher und Landschaftsschutzbestimmungen (!) gescheitert, während die RWE als Betreiber des Schnellen Brüters auf dem Bauplatz ein Informationszentrum für 2 Millionen DM errichtete. Die BI sah sich so unter Druck gesetzt, daß das Freundschaftshaus geschlossen wurde.
Nun soll es wieder eröffnet werden, und schon hat die Ordnungsmacht in Form einer Vollzugsverfügung vom 20.9., die sich auf den Strafbefehl von 1977 bezieht, erneut Maßnahmen dagegen angedroht. Um sich gegen die Schließung zur Wehr zu setzen oder es doch zumindest den Behörden nicht so leicht zu machen, hat die BI Stop Kalkar nun eine "Interessengemeinschaft der Kleingrundpächter" gegründet. Das bisher von 2 BI-Mitgliedern gepachtete Land (etwa 1000 qm) soll pro qm an einzelne AKW-Gegner verpachtet werden, für 10.- DM im Jahr. Die Interessengemeinschaft gibt sich eine Satzung, die ein mißbräuchliches Pachten ausschließt. Damit soll erreicht werden, daß
1.nicht mehr nur ein paar Leute mit diesem Projekt zu tun haben und entsprechend schnell kriminalisiert werden können und
2.öffentlich klar wird, daß hinter diesem Projekt viele stehen, die gegen die Atomenergie kämpfen.

Bitte beteiligt euch an diesem Projekt, indem ihr 10.-DM auf das Kto.2999 der Volksbank Kalkar überweist. Wichtig! Gebt Eure Adresse an. Die BI wird euch dann Satzung und Pachtvertrag zusenden. Das Geld wird für den Ausbau des Freundschaftshauses und die Beschaffung von Informationsmaterial verwendet.

BI STOP KALKAR, i.A. Ilse u. Tim

Brokdorf - die große Allianz zerbröckelt

Wie zu erwarten war, versuchen Stoltenberg, NWK und Co – die Wahl ist kaum vorbei – ihre Brokdorfpläne in die Tat umzusetzen. Eigentlich war bereits vor der Bundestagswahl alles klar gemacht worden. In fast gleichlautenden Erklärungen forderten Stoltenberg, die NWK und Bundeskanzler Schmidt den raschen Weiterbau des Atomkraftwerkes Brokdorf an der Unterelbe. Laut Stoltenberg warte man nur noch auf grünes Licht aus Bonn in Form der Erteilung der zweiten Teilerrichtungsgenehmigung. Zuständig dafür ist das Innenministerium mit dem süß–sauer–liberalen FDP–Vorzeigelinken Gerhard Baum. Der traute sich bisher allerdings noch nicht. Vor der Wahl nicht, weil sich die FDP betont grün gab und gleich nach der Wahl, das macht sich auch nicht gut. Im neuen Kabinett werden Schmidt und Baum diesen Strauß aber bald ausfechten müssen.
Derweilen zeigen sich in der Nordallianz erhebliche Risse. Bisher sollte das Atomkraftwerk Brokdorf als Gemeinschaftsprojekt der NWK, der Hamburger HEW und der dänischen EEA gebaut werden. Die Baukosten sollten sich HEW und NWK teilen, den Strom sollte zu 50% die HEW und zu 20% die EEA abnehmen. Doch aus diesem Finanzierungs- und Verteilungsplan wird nichts werden. Mitte Oktober beschloß die EEA, endgültig aus dem Projekt Brokdorf auszusteigen und sich weder an den Baukosten zu beteiligen, noch auch nur ein einziges Kilowatt aus der Brokdorfer Leitung zu zapfen. Grundlage dieser Endscheidung ist der Wille der dänischen Regierung, in den 80ziger Jahren in jedem Fall noch ohne Atomstrom auszukommen. Über den weiteren Weg der dänischen Energieversorgung soll dann eine Volksabstimmung entscheiden. Die Dänen sind dabei so konsequent, daß sie sogar den Import von vertraglich gebundenem Atomstrom ablehnen.
Das war der erste Schlag für die NWK.
Der zweite bahnt sich im teilweisen Ausstieg des Hauptverbündeten, der HEW, an. Zwar wollen die HEW-Stromfunktionäre bei der Stange bleiben, ihre Vorgesetzten jedoch sind ins Grübeln gekommen. 72% der HEW gehört dem Hamburger Senat mit seiner stabilen SPD-Mehrheit. Bürgermeister Klose macht sich vor allem Sorgen über die zunehmende Abhängigkeit Hamburgs vom Atomstrom. Bereits jetzt bezieht die freie Hansestadt 50% ihres Stroms aus den Atomkraftwerken Brunsbüttel und Stade. Gerade aber die Erfahrungen mit der Zuverlässigkeit eines AKW's wie Brunsbüttel ermuntert offensichtlich nur wenige Hamburger Senatoren, den ohnehin schon hohen Atomstromanteil noch weiter auszuweiten.
Der Hamburger Senat hat bereits kleinlaut in Kiel angefragt, ob man nicht lieber zusammen ein kleines Kohlekraftwerk bauen wolle. Mit diesem Vorschlag blitzten die Hamburger jedoch völlig ab; Stoltenberg will auf Brokdorf keinesfalls verzichten. Einen Standort für ein Kohlekraftwerk werde die schleswig-holsteinische Landesregierung unter gar keinen Umständen zur Verfügung stellen. Notfalls baue sie das AKW Brokdorf auch allein
In den nächsten Wochen will der Hamburger Senat sich endgültig entscheiden.
Kenner der Hamburger Szene erwarten eine Kompromißentscheidung mit dem Vorschlag, den Bau von Brokdorf erst einmal zu verschieben und die weitere Entwicklung abzuwarten. Sollte das eintreffen, so steht in diesem Fall die NWK völlig ohne Partner da. Darüber hat sie sich auch schon Gedanken gemacht, zwangsläufig, denn die Baukosten von ca 3 Milliarden DM übersteigen die Finanzkraft der NWK bei weitem. So will man in der nächsten Zeit versuchen, weiter im Westen und im Süden neue Partner aufzutun.
Mit ein bißchen Glück kommen wir also womöglich in der nächsten Zeit um einen Weiterbau in Brokdorf herum. Wir hätten ihm zur Zeit auch nicht viel entgegenzusetzen.

Rettet die Rieselfelder!

Die Rieselfelder sind die größte zusammenhängende Gemüseanbaufläche Nordrhein-Westfalens. Sie liegen bei Dortmund und gehören zum Stadtgebiet der Städte Datteln und Waltrop. Die BUDa (Bürgerinitiative Umweltschutz Datteln) hat die Befürchtung, daß der Standort Rieselfelder im bundesweiten Kampf gegen Atomanlagen zu kurz kommt. Das liegt vielleicht daran, daß die VEW (Vereinigte Elektrizitätswerke) ihre Pläne in mehrere Stufen zerlegt hat und jetzt angeblich "nur" zwei Kohlekraftwerke bauen will. Wir möchten alle Bürgerinitiativen auf diese Salamitaktik aufmerksam machen, damit sie unseren Kampf gegen das AEZ (Atom-Energie- Zentrum) unterstützen. Anfangen wollen wir mit einer Chronik über 6 Jahre Widerstand!

- Im Jahre 1974 wurden die Pläne der VEW bekannt. 4 Kohlekraftwerke mit Kohlevergasungsanlagen und 3 Atomkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 7200 Megawatt sollen hier gebaut werden. Die dafür vorgesehene Fläche beträgt 150 ha.

- Im selben Jahr noch gründete sich die BUW (Bürgerinitiative Umweltschutz Waltrop). Sie versucht den Kontakt zu den betroffenen Bauern herzustellen. Ende des Jahres demonstrieren die Bauern mit Traktoren gegen die VEW-Pläne.

- Nach starkem öffentlichen Druck spricht sich der Rat der Stadt Waltrop gegen die Kraftwerkspläne aus.

- Im November 1975 ändert die VEW ihre Pläne. Jetzt will sie 4 Kohlekraftwerke und Vergasungsanlagen (2900 Megawatt) sowie 3 Hochtemperaturreaktoren THTR (3000 Megawatt) bauen. Dieses Konzept eines riesigen Atomenergie- Zentrums ist bisher einmalig. Sowohl mit atomarer als auch mit konventioneller Kohlevergasung sollen stündlich 1 Million cbm Gasgemisch zur Verwendung in der Chemie- und Stahlindustrie erzeugt werden. Die Kühlung soll durch 7 Trockenkühltürme erfolgen. Die Entwicklung dieser Kühltürme hat sich jedoch als schwierig erwiesen. Der erste Trockenkühlturm der VEW in Hamm-Uentrop ist bis heute noch nicht in Betrieb.

- 1976 erstellt die Landesanstalt für Immisions- und Bodenschutz ein Gutachten. Dieses Gutachten wurde vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales für die Rieselfelder in Auftrag gegeben. In dem Gutachten ging man von folgenden Planungen aus:
2 Steinkohlekraftwerke mit Vergasungsanlagen (1600 MW)
3 Hochtemperatur- Atomkraftwerke (3050 MW)

2 nukleare Kohlevergasungsanlagen (1630 MW)
Gesamtleistung 6280 MW (4800 nuklear, 1600 konventionell)

- Im Januar 1977 wird der Landesentwicklungsplan 6 veröffentlicht. Er sieht in den Rieselfeldern 160 ha für Kohle- und Atomkraftwerke, sowie 1700 ha für die Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben vor.

- Wenig später hebt die Waltroper SPD den 1974 gefaßten Ratsbeschluß wieder auf und spricht sich nun für die Kraftwerksplanung aus. Die Bürgerinitiative sammelt daraufhin 10.000 Unterschriften gegen den Landesentwicklungsplan.
- Im September des gleichen Jahres stellt die VEW den Antrag auf Vorbescheid von zunächst 2 Kohlekraftwerken mit vorgeschalteter Erdgasturbine und Kühlung durch Naßkühltürme. Die Leistung beträgt 1510 MW. Das Kohleumwandlungsverfahren soll später angegliedert werden. Obwohl die VEW noch 1976 keinen Zweifel daran ließ, daß sie ihre Pläne in vollem Umfang durchsetzen würde, behauptet sie jetzt, daß sie "vorläufig" keine Atomkraftwerke in den Rieselfeldern bauen will. Nach allem, was wir in Erfahrung bringen konnten, versucht die VEW mit diesem Trick erstmal in die Rieselfelder reinzukommen, um dann ihre ursprünglichen Planungen in vollem Umfang zu verwirklichen.
Diese Behauptung wird auch durch folgende Punkte bestärkt:
-Die VEW könnte ihr Gesamtkonzept auf einer Fläche von 150 ha unterbringen. Obwohl sie vorgibt, "zunächst nur" 2 Kohlekraftwerke bauen zu wollen, ist die Kraftwerksfläche auf 240 ha erhöht worden.

- Die beiden Kohlekraftwerke mit Vergasungsanlagen passen durchaus in das ursprüngliche Konzept, denn dort sind auch zunächst Kohle- und dann Atomkraftwerke vorgesehen.

- Ende 1978 demonstrieren die Bauern erneut mit Traktoren gegen das Projekt.

- Ende 1978 findet in der Stadthalle Datteln eine Bürgeranhörung zum beantragten Vorbescheid statt. Zur selben Zeit startet die Industriegewerkschaft Bergbau- und Energie eine Unterschriftensammlung für die Kraftwerke. Viele Bergleute unterschreiben, weil man ihnen erzählte, daß ihre Arbeitsplätze in der Zeche Waltrop sicher sind, wenn die Kraftwerke gebaut werden.
Im selben Jahr noch erfahren die Bergleute, mit welchen Lügen man sie lockte! Ohne jede Vorwarnung wird die Zeche Waltrop geschlossen!
- 1978/79 werden die Rieselfelderüber die Köpfe der Pächter hinweg von der Stadt Dortmund an die VEW verkauft! Ohne lange zu zögern, kündigt die VEW den Pächtern ihr Pachtland zum 31.September 1980. Nachzutragen wäre noch, daß sich 1978 auch in Datteln eine Bürgerinitiative gründete.

Das ist das wichtigste bis heute. Wir rechnen damit, daß die VEW ihre Pläne nach der Bundestagswahl beschleunigt vorantreibt. In nächster Zeit ist mit der Änderung des Flächennutzungsplans für die Rieselfelder (bisher landwirtschaftliche Nutzfläche, danach Industriegebiet) zu rechnen. Das Gewerbeaufsichtsamt wird mit der Erteilung des Vorbescheides auch nicht mehr lange auf sich warten lassen. Angesichts dieser Zuspitzung der Lage möchten wir euch auffordern, euch mehr als bisher mit dem Standort Rieselfelder zu befassen. Nochmal, bei diesem Standort geht es um Kohle- und Atomkraftwerke. Deshalb unterstützt unseren Kampf gegen das Atomenergie-Zentrum bei Datteln.
Wir wissen, daß es viele Standorte in der BRD gibt, bei denen die Planungen weiter sind, als bei uns. Dennoch meinen wir, daß es möglich sein muß, den Kampf gegen Atomkraftwerke nicht nur in Gorleben, Brokdorf, Grohnde oder Kalkar, sondern auch und besonders an "unbekannten" Standorten zu füh-

WAA KARLSRUHE

NEUER ATOMMÜLLSKANDAL?

Foto: Kernforschungsanlage Karlsruhe

Wie der Bürgeraktion Umweltschutz erst vor kurzem bekannt wurde, pumpte das Kernforschungszentrum Karlsruhe (KFK) vor einigen Jahren radioaktives Abwasser unbekannter Menge und Konzentration ohne die notwendige behördliche Genehmigung in eine teilausgebeutete Erdöllinse bei Leopoldshafen.. Später bemühte sich das KFK diesen Sachverhalt zu vertuschen.
Die Firma Deilmann, die Besitzerin der Erdölbohrung, will diese Öllinse mit der Bezeichnung Lh 2 aufgrund gestiegener Erdölpreise wieder nutzen und hat deshalb das KFK vor kurzem den Nutzungsvertrag gekündigt. Es besteht die Gefahr, daß mit dem Erdöl radioaktives Abwasser hochgepumpt wird und in die Biosphäre gelangt.
Die Hintergründe dieser möglicherweise folgenschweren Vorgänge reichen in den Anfang der siebziger Jahre zurück und sind eng mit dem Bau der Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe (WAK) verbunden. Außer im Mehrzweckforschungsreaktor (MZFR, seit März 1966 in kommerzieller Nutzung) entstehen beim Wiederaufbereitungsprozess große Mengen des radioaktiven Wasserstoffs Tritium (3-H). Ein großer Teil des Tritiums fällt als radioaktives Abwasser an und wird in einem Alt-Rheinarm bei Leopoldshafen geleitet. Nach der Strahlenschutzverordnung (SSV) § 46 Abs.4 ist die Einleitung bei entsprechender Verdünnung erlaubt. 1979 wären über 16 Millionen cbm Abwasser zur verdünnung notwendig gewesen. Tatsächlich wurden aber insgesamt ungefähr 0,5 Millionen cbm Abwasser eingeleitet. Solche erhöhten Einleitungskonzentrationen (32-fach überhöhte Tritium-Konzentration) sind nur aufgrund einer Sondergenehmigung erlaubt (SSV § 46 Abs.5). Demgegenüber behauptete Prof.Hans Kiefer, der leiter der Abteilung Strahlenschutz und Sicherheit des KFK, daß die Radioaktivitätsmengen deutlich unter der gesetzlichen Grenze liegen (Bad.Neuste Nachr.21.6.80). Dies ist falsch und eine Täuschung der Öffentlichkeit.

Durch Wasserpflanzen und Fische kann das tritierte Wasser (THO oder T-2-0) weiter angereichert werden. Über die Nahrung kann es im menschlichen Körper in die Zellen eingebaut werden, da es sich chemisch nicht von normalem Wasser unterscheidet. Gesundheitliche Schäden können die Folge sein.
Wenn die Tritiumableitungen, wie das KFK behauptet, wirklich niemanden gefährden könnten, dann wären die 500 000 DM, die dafür ausgegeben wurden, die Versenkung radioaktiver Abwässer in einer Erdöllinse zu erforschen, rausgeschmissenes Geld gewesen. Die Versuche wurden jedenfalls mit der Zielsetzung des Umweltschutzes begründet.
Da das Vorhaben einer bergrechtlichen, wasserrechtlichen und atomrechtlichen Genehmigung bedurfte, wurde im Juni 1971 durch die Firma Deilmann ein Genehmigungsverfahren beantragt. Eine erste Genehmigung, die sich aber nur auf die Herrichtung des Bohrlochs bezog, wurde vom Landesbergamt in Freiburg am 31.7.1972 erteilt. Ein Vertrag mit der Gesellschaft für Kernforschung (GfK) legt die volle atomrechtliche Verantwortung der GfK fest.
Mit ersten Einpreßversuchen von nichtradioaktiven Salzablaugen wurde noch im gleichen Jahr begonnen.
Im Forschungs- und Entwicklungsprogramm 1974 des KFK (Stand 17.7.73) heißt es dann wörtlich:
"Für 1974 geplante Arbeiten: Die Einpreßversuche mit T-haltigen Abwässern werden gemeinsam mit dem Meß- und Kontrollprogramm fortgesetzt." (S.229)
Trifft dies zu und wir haben keinen Grund daran zu zweifeln,dann wurde vor dem Juli 1973 und eventuell danach in uns unbekannter Menge Abwässer in die Erdöllinse gepumpt. Es bestand damals und es besteht bis heute keine Genehmigung für dieses Vorgehen. Das Landesbergamt in Freiburg weiß nichts davon, wie eine Nachfrage ergab. In späteren Berichten ist nichts mehr von Absenkungen Tritiumhaltiger Abwässer die Rede. Im Forschungs- und Entwicklungsplan 1978 heißt es auf Seite 144:
"... mit Aufnahme der ersten Einpreßversuche (ist) nicht vor Ende 1978 zu rechnen."
Solche Aussagen können das rechtswidrige Vorgehen der KFK nicht ungeschehen machen.

Die Bürgeraktion Umweltschutz fordert eine vollständige Aufklärung des Vorgangs. Das Kernforschungszentrum ist der Öffentlichkeit Erklärungen schuldig. Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung in Stuttgart ist als Aufsichtsbehörde aufgefordert, die Sache zu untersuchen und Schuldige zur Rechenschaft zu ziehen.
Eine Verseuchung der Bevölkerung durch radioaktives Erdöl muß verhindert werden.

(Artikel von Hero Cramer, Nebeniusstr.12, 75 Karlsruhe Tel.0721/34122, nähere Informationen auch über Bürgeraktion Umweltschutz Zentrales Oberrheingebiet e.V. Kronenstr.9 75 Karlsruhe 1, Tel.0721/699675)
In einer Presserklärung vom 19.September 1980 nimmt das Kernforschungszentrum Karlsruhe zu den Vorwürfen Stellung. Das KFK bestreitet, zu irgendeiner Zeit radioaktives Abwasser in die Erdöllinse gepumpt zu haben. Das KFK wirft der Bürgeraktion eine "Fehlinterpretation von Forschungsergebnissen" vor.Das KFK fordert die Bürgeraktion ultimativ bis zum 30.9.80 auf, ihre Behauptungen zu widerrufen, ansonsten "bahalte sich das KFK rechtliche Schritte vor".
Unter der Überschrift: "Getroffene Hunde bellen" bleibt die Bürgeraktion bei ihrer Behauptung, und untermauert diese durch eine 10-Punkte-Erklärung.

***

Forts. Rieselfelder

ren., damit diese in der ganzen Bewegung ebenso bekannt werden, wie diese vier "Markenzeichen" unseres Widerstandes. Muß denn erst mit dem Bau begonnen werden, damit sich die umliegenden Bürgerinitiativen genötigt sehen, diesen Standort in ihre Arbeit miteinzubeziehen? Wir, die ortsansässigen Bürgerinitiativen, sind zu klein, um das Projekt zu verhindern. Unterstützung haben wir bereits von den Bürgerinitiativen aus Herne, Lünen, Castrop-Rauxel, Recklinghausen und Dortmund. Diese BI's treffen sich regelmäßig einmal im Monat, um ihre Arbeit zu koordinieren. Wir wären froh, wenn in Zukunft an diesen Treffen mehr BI's teilnehmen würden. Für nähere Informationen stehen wir jederzeit zur Verfügung.
Wir treffen uns jeden Mittwoch in der Gaststätte Dickhöfer, Grüner Weg in Datteln um 19.30 Uhr.
Kontaktadresse für Informationen:
Heinz Drucks
Löringhofstr.31 Tel.02363/63558
4354 DATTELN

Liebe Atomexpressler,

mit Interesse habe ich euren Bericht zu den Strompreisen im letzten Atomexpress gelesen. Die aufgeführten Einwände gegen die offiziellen Gutachten sind wichtig und richtig. Dennoch berühren sie m.E. nicht den Kern des Problems.

Die Frage, die sich bei derartigen Überlegungen stellt, ist doch: Wenn Atomkraftwerke nicht wirtschaftlicher arbeiten als "herkömmliche" Kohle- oder Ölkraftwerke, warum werden sie dann gebaut? Schließlich ist doch die "Wirtschaftlichkeit", also die Profitabilität einer Investition gerade in unserem Wirtschaftssystem das wichtigste Kriterium, zumal beim Energieeinsatz, der sich zum wichtigsten Kostenfaktor in der Industrie entwickelt. Auf diese Frage erhält man nach meiner Erfahrung aus den Reihen der AKW-Gegner (die Apologien der AKW-Betreiber interessieren hier nicht weiter) meist drei Antworten:

1. Die AKW-Betreiber messen die Wirtschaftlichkeit von AKWs unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten, volkswirtschaftliche Kosten (wie Forschung, Entsorgung etc.) interessieren sie nicht, insoweit sie vom Staat, d.h. dem Steuerzahler getragen werden.

2. Die AKW-Betreiber haben schon soviel Kapital investiert, daß sie das Atomprogramm durchziehen müssen, auch wenn es heute volkswirtschaftlich unsinnig wäre.

3. Die Wirtschatlichkeit von AKWs im Inland mag eingeschränkt sein, aber im Exportgeschäft (z.B. mit Brasilien) winken den AKW-Betreibern große Profite. Solche Geschäfte kommen nur zustande, wenn im Inland entsprechende Erfahrungen mit der Atomtechnologie gemacht wurden.

Alle drei Argumente sind m.E. nicht stichhaltig. Sie verharmlosen und leugnen im Grunde die Wirksamkeit von Profitzwängen und Konkurrenzmechanismen auf den kapitalistischen Märkten. Sie erklären nicht, warum beispielsweise auch kleinere Länder der 3. Welt mit verstaatlichtem Energiesektor (wo also keine Trennung zwischen "betreibswirtschaftlicher" und "volkswirtschaftlicher" Kalkulation existiert) zunehmend AKWs betreiben und dadurch den westdeutschen oder US-amerikanischen Unternehmen erst neue Absatzmärkte eröffnen. Wieso sollten die Länder der 3. Welt den westlichen Unternehmen Profite schenken für eine Technologie, die sie teurer kommt als beispielsweise der Einsatz von Öl?

In den Argumenten wird weiterhin übersehen, daß sich kein kapitalistisches System auf Dauer einen unrentablen Industriezweig leisten kann, schon gar nicht im Energiebereich. Als westdeutsche Kohle unrentabel wurde, kam es zur Krise mit hoher Arbeitslosigkeit und einer gewaltigen Vernichtung von Kapital. Daran konnte keine noch so mächtige Kohle-Lobby etwas ändern, denn Konkurrenzmechanismen sind nicht so einfach durch politischen Beschluß aus der Welt zu schaffen. Wieso sollte es bei der Atomenergie anders sein?

Die Konsequenz der drei aufgeführten Argumente wäre, entweder die großen kapitalistischen Unternehmen samt einer Vielzahl von Entwicklungsländern für ökonomische Dummköpfe zu halten, oder aber irgendwelche dunklen Atommafia-Mächte für die Weltweite Ausdehnung der Atomenergie verantwortlich zu machen. Beides ist offensichtlich unrealistisch.

Wir müssen uns wohl mit dem Gedanken abfinden, daß die Dinge im ökonomischen Bereich anders liegen und unsere Beweisführung nicht beim Nachweis der *derzeitigen* Unwirtschaftlichkeit von AKWs stehenbleiben darf. Tatsächlich gibt es durchaus ernstzunehmende Untersuchungen, die *mittelfristig* für die Atomenergie Preisvorteile gegenüber Öl oder Kohle sehen. M. Massarrat weist in seinem Artikel "Die Ursachen des massiven Ausbaus der Kernenergie" darauf hin (in: Probleme des Klassenkampfs, Nr. 34, S. 35ff):

- Bei Erdöl und Erdgas ist mittelfristig weiterhin mit erheblichen Preissteigerungen zu rechnen, da einerseits die Erschließung neuer Vorkommen relativ schwieriger (und kostspieliger) wird, andererseits die erdölproduzierenden Länder sich noch stärker dem repressiven Druck der Industriestaaten entziehen werden.
- Bei der Kohle werden die Preissteigerungen vermutlich noch stärker sein, da zunehmend die tiefergelegenen Flöze abgebaut werden müssen, und mit zunehmender Tiefe die Produktionskosten überproportional wachsen.
- Während Kohle und Öl als Rohstoffe in der Energiegewinnung den größten Kostenfaktor ausmachen und daher jede Preiserhöhung auch auf den Energiepreis durchschlägt, bildet das Uran als Rohstoff für AKWs nur einen untergeordneten Kostenfaktor, der mit neuen Technologien (z.B. Schneller Brüter) noch vermindert werden könnte.

In den vermuteten mittelfristigen Preisvorteilen von Atomenergie und Atomstrom liegen also die Gründe für den weltweiten Ausbau der Atomkraftwerke. Ob diese Preisprognose in jedem Fall eintritt, kann man natürlich nicht hundertprozentig sagen, aber sie ist durchaus realistisch, und wir würden es uns zu einfach machen, wenn wir lediglich das Gegenteil behaupten. Damit liegt der Ausbau der Atomenergie nun tatsächlich im Bereich kapitalistischer Logik, und genau hier müßte unsere Kritik ansetzen. Die Atomstrom-Preisanalyse im letzten Atomexpress leifert heute zwar gute Argumente gegen AKWs. Sie könnte uns aber, weil sie immanent bleibt, schon morgen in einen politischen Gegensatz zu weiteren Preissteigerungen beim Rohöl bringen. Und sie könnte uns übermorgen, falls Atomstrom tatsächlich billiger als etwa Kohlestrom werden sollte, in arge Argumentationsschwierigkeiten bringen.

Die Hauptzielrichtung unserer Kritik muß daher prinzipieller sein. Gerade weil Profite winken und gerade weil jeder Konzern konstengünstige Energie braucht, um konkurrenzfähig zu bleiben, und gerade weil die Bedeutung billiger Energie auf dem Weltmarkt noch wachsen wird, gerade deshalb wird der Ausbau der Atomenergie so vorangetrieben und sind auch ärmere Staaten der 3. Welt scheinbar darauf angewiesen. Eben weil es um Profite geht, wird über die ungeheure Gefährdung von Umwelt und Leben achselzuckend hinweggegangen. Nicht so sehr ökonomische Unlogik, die niedrige Kosten behauptet, wo hohe sind, gefährdet unsere Umwelt, sondern es ist die kapitalistische Logik selbst, deren Profitdenken sie unfähig macht, über umweltfreundlichere Alternativen nachzudenken. *Diesen* Nachweis sollten wir als AKW-Gegner führen.

Minzi

****

Liebe Atomexpeß-Macher(innen),

Eure Artikelserie über "Stromlücke-Stromlüge" habe ich mit großem Gewinn für mein Wissen um die Hintergründe der offiziellen Energiepolitik gelesen. Dabei ist mir aber auch bewußt geworden, wie wenig klar sich die Anti-Atom-Bewegung über ihre Ziele ist. Gegen Atomkraftwerke sein, das steht außer Frage – aber wofür ist man stattdessen? Für sichere und umweltfreundliche Energie. Es lohnt sich zu analysieren, was das im einzelnen heissen kann. Von einer exakten Formulierung der Ziele hängt auch entscheidend die einzuschlagende Strategie ab (und die liegt zur Zeit ganz schwer im Argen).

Ihr weist aufgrund des offiziellen Zahlenmaterials der Elektrizitätswirtschaft nach, daß 1978 selbst zum Zeitpunkt der stärksten Netzbelastung noch eine hohe Kapazitätsreserve vorhanden war und daß die Atomkraftwerke sowohl für die Deckung des Spitzenbedarfs als auch für die Reserve nur eine verschwindend geringe Rolle spielten. Dann geht ihr auf die Monopolstruktur unserer Energiewirtschaft ein, die nach eueren Ausführungen ein wesentliches Hindernis z.B. für eine volle Ausschöpfung der in der Industrie vorhanden Stromerzeugungskapazitäten darstellt. Für die Bewegung folgt hieraus meines Erachtens zunächst, daß diese ungünstige Monopolstruktur der Energiewirtschaft zu bekämpfen wäre. Man müßte sich demnach also für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen EVU (Elektrizitätsversorgungsunternehmen, Anm.d.R.) und Industrie einsetzen. Die Industrie müßte Anreize erhalten, ihre eigenen Stromproduktionskapazitäten voll auszunutzen und ins öffentliche Netz einzuspeisen. Wären damit nicht schon alle unsere Strom-Probleme gelöst, eben auch ohne Atomkraftwerke?

Für mich erheben sich hierbei zwei Fragen. Zum einen die nach der Umweltfreundlichkeit industrieller Stromerzeugung. Welche Umweltschutzauflagen werden der Industrie dann gemacht und wie wird ihre Einhaltung überwacht? (Wie teuer wird der Strom dann, die Industrie würde sicherlich nicht zögern, mit den entsprechenden Kostenrechnungen aufzuwarten). - Zum anderen müssen wir als Anti-AKW-Bewegung uns in diesem Zusammenhang fragen, inwieweit uns an der politischen Aufwertung der Industrie gelegen sein kann, die eine entsprechende Strategie unsererseits zur Folge haben würde. Unsere braven Konzerne sorgen dann für ausreichenden und umweltfreundlich erzeugten Strom - damit wären für uns alle Probleme, die in unserer kapitalistischen Wirtschaftsstruktur ihren Ursprung haben, zunächst in den Hintergrund getreten. Ausgeklammert blieben dann Fragen wie z.B. die nach der vernichtung von Arbeitsplätzen, nach inhumanen Arbeitsbedingungen, nach mangelnden Mitbestimmungsrechten der Arbeiter, aber auch danach, ob eine Produktion jeweils ökologisch sinnvoll ist. Als Anti-AKW-Bewegung greifen wir uns unter den vielen Sauereien eine besonders in die Augen springende heraus, eben den Bau und Betrieb von AKW's. Man sieht aber an dem obigen Beispiel, daß man auch dann nicht ohne eine umfassende politische Analyse und Zielformulierung auskommt. (Ich kann mir im übrigen nicht vorstellen, daß die am AKW-Bau beteiligte Industrie sich durch das Angebot, Strom in größerem Umfang als bisher verkaufen zu können, dazu "bestechen" lassen würde, das so gewinnträchtige AKW-Geschäft aufzugeben - man kann ja mit dem Export weitermachen. Man kann auch in anderen Ländern "vorzeigbare" AKW's bauen, die den hohen Stand der bundesdeutschen Technik auf diesem Gebiet demonstrieren sollen!)

Die Ergebnisse euerer Untersuchung lassen aber auch die Frage nach der Rolle von Alternativ-Energiequellen in einem Konzept derAnti-AKW-Bewegung aufkommen. Wenn eigentlich sowieso genug Strom produziert werden kann, wozu sich dann noch um Son-

(Fortsetzung)

nenkollektoren, Windgeneratoren, Biogasanlagen und Ähnlichem bemühen? Nach dieser Argumentation wären diese Energiequellen zunächst genauso überflüssig, wie AKW's. Das Argument der größeren Umweltfreundlichkeit wäre nur dann überzeugend, wenn die diesbezüglichen Bedenken gegen die nichtnukleare Stromerzeugung von EVU's und Industrie von ausreichendem Gewicht wären (für mich ist es durchaus noch eine offene Frage, ob nicht konventionelle Kraftwerke so konstruiert werden können, daß die Umweltbelastung durch sie auf ein unerhebliches Maß herabgedrückt werden kann).

Und über ein zweites wichtiges Argument zugunsten von alternativen Energiequellen - die in absehbarer Zeit drohende Erschöpfung unserer herkömmlichen Energiequellen, z.B. Kohle und Erdöl - herrscht meines Wissens nach auch unter AKW-Gegnern keines wegs Einigkeit. So wird z.B. in "Zum richtigen Verständnis der Kernenergie: 66 Erwiderungen" bestritten, daß die Kohle -, Erdöl- und Erdgaslagerstätten schon so bald erschöpft sein würden. Gehen wir einmal davon aus, daß die Ansicht dieser Autoren von wesentlichen Teilen der Anti-AKW-Bewegung geteilt wird, dann muß man sich doch fragen - immer mit dem Blick auf den Platz, den diese Dinge in einem möglichen umfassenden Strategiekonzept der Anti-AKW-Bewegung einnehmen sollen - was diese Windmühlenspielchen eigentlich bezwecken. Die Industrie entwickelt zur Zeit übrigens großartige Konzepte zur Kombination verschiedener Energiequellen, natürlich unter Einbeziehung der Kernenergie (die hier mit dem Beiwort "alternativ" geschmückt wird), alles in großtechnischem Maßstab zu realisieren und natürlich kostengünstig.

"Alternative" Energie erzeugen mit den Mitteln der Großtechnologie!

Großtechnologisch ausgerichtete Produktion ist verbunden mit dem Bestehen gesellschaftlicher Großorganisationen und dadurch mit den Gefahren einer allzu umfassenden gesellschaftlichen Kontrolle, die wir heute auf uns zukommen sehen. Die Biogasanlage auf dem eigenen Bauernhof, der Sonnenkollektor auf dem eigenen Hausdach, sind dann Dinge, mit deren Hilfe man sich ein wenig aus der Abhängigkeit von Großorganisationen lösen kann. Vielleicht liegt darin ihre wichtigste Bedeutung, wichtiger noch als Versorgungssicherheit und Umweltfreundlichkeit, die möglicherweise auch anderes, auf konventionellen Wegen, erreicht werden können.

Zurück zur Ausgangsfrage: Welche Ziele hat denn die Anti-AKW-Bewegung über eine reine Negation hinaus, nämlich die Ablehnung der Kernenergie? Einfach nur ausreichende Stromversorgung ohne AKW's - ein Zustand, der - so der Inhalt euerer Artikelserie - eigentlich heute schon da ist. Eine auf Dauer gesicherte Energieversorgung unter der Voraussetzung, daß die bisher genutzten Energiequellen in absehbarer Zeit erschöpft sein werden? Dann könnte man ja auch die Aktivitäten der Industrie auf dem Sonnenenergiesektor unterstützen. In den beiden genannten Fällen geht es um die Art der Energiequellen und die Technik ihrer Nutzung. Eine Energieversorgung auf nicht großtechnologischer Basis anstreben: eben den Sonnenkollektor auf dem eigenen Dach fördern und damit auf einem Gebiet die Gebundenheit an gesellschaftliche Großorganisationen lockern, einen Schritt auf eine weniger zentralistisch organisierte Gesellschaft hin tun.

Ich bin mir nicht sicher, ob die oben genannten möglichen Ziele einander ausschließen müssen. Das müßte erst in einer eingehenden Diskussion geklärt werden. Meiner Meinung nach stellt sich die Bewegung jetzt, in Zeiten einer Flaute, viel zu sehr unter Handlungszwang. Immer wieder geht es um die Frage: Was können wir denn noch machen? Welche "Show" können wir noch abziehen, um Aufmerksamkeit zu erregen und vielleicht neue aktive Anhänger zu gewinnen? Dabei kommt das Nachdenken über die Ziele all dieser Aktionen oft zu kurz. Ich hatte mir aus meiner ersten Begeisterung über euere Artikelserie heraus gleich schöne Flugblattaktionen zum Thema "Stromlücke - Stromlüge" ausgemalt, nach "Aufhängern" gesucht, damit die Sache bei den Leuten auch ankommt - bis dann all die oben ausgeführten Fragen bei mir auftauchten und ich immer verwirrter wurde. Ich halte eine gründliche Diskussion über diese Dinge für sehr wichtig und möchte euch deshalb bitten, diesen Beitrag zu veröffentlichen.

Mit freundlichen und atomfeindlichen Grüßen

Ingeborg Loll, Köln

BÜCHER ..BROSCHÜREN TERMINE

Das Trockenlager-Konzept

Der Bremer **Verein für Umwelt- und Arbeitsschutz (VUA) e.V.** hat im September 1980 eine Broschüre zum Problem der Trocken-Zwischenlagerung von abgebrannten Brennelementen aus Atomkraftwerken herausgegeben.

Die Broschüre ist zu beziehen über den Verein für Umwelt- und Arbeitsschutz (VUA) e.V.
Fehrfeld 6
2800 Bremen
Sie kostet bei Abnahme von einem Exemplar 2,50 DM einschließlich Porto und bei Abnahme von zwei und mehr Exemplaren 2,00 DM pro Stück plus Porto.

Diplomarbeit über die Dortmunder Rieselfelder:

"Umweltbelastung und Großindustrieplanung im Raum Datteln, Waltrop, Lünen"
mit Informationen über:
- Geschichte der Rieselfelder
- Landschaft/Landwirtschaft
- Kraftwerksplanungen der VEW
- bestehende und zu erwartende Umweltbelastungen
- Genehmigungsverfahren/TÜV-Gutachten
- Flächennutzungsplanänderung

240 Seiten, mit vielen Karten, 13,- DM + Porto
ab 10 Stück 10,- DM, Institutionen, Vereine, Partein 20,- DM
Bestellungen: gegen Vorauszahlung an:
Harald Bayer, Chemnitzerstr. 10, 46 Dortmund
KtoNr.: 152 000 162 Stadtsparkasse Dortm.
(BLZ: 44050199)

Nicht nur für Lehrer

auch geeignet zur Selbstschulung in Jugendgruppen, Lehrlingsgruppen etc. oder als leicht verständliche Grundlagenbroschüre. Sie ist eingeteilt in 12 Unterrichtsabschnitte, mit Vorschlägen für den Einstieg in die Stunde und Angabe von Medien. Es folgen Arbeitsblätter für die Schüler, Folien für den Tageslichtprojektor, Quizspiel zur Lernzielkontrolle und Bastelanleitungen zum Bau von Modellen zur Demonstration alternativer Energiequellen.
Sie bietet jedem Lehrer eine wertvolle Hilfe für die Gestaltung des Themas im Unterricht.
Die Unterrichtseinheit kostet DM 11,-, für Bürgerinitiativen und Buchhandlungen DM 7,- ab 5 Stück. Zu erhalten ist sie beim Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Postfach 45, 3400 Göttingen.
Einzelexemplare werden nur gegen Vorauskasse von DM 12,- (für Porto) ausgeliefert. Bezahlungen per Scheck, im Briefumschlag (Schein und Briefmarken) oder auf Postscheckkonto Han Nr. 4981 47-309 für Gegenwind Verlag.

sozialistisches INFO OSTEUROPAKOMITEE

Themenschwerpunkt des Heftes ist die Umweltproblematik in den osteuropäischen Staaten; in den verschiedenen Beiträgen wird u.a. über
- die Umweltproblematik in Osteuropa, besonders an den Beispielen der Sowjetunion, der DDR und Jugoslawiens,
- Sicherheitsmaßnahmen und Havarien in sowjetischen Atomkraftwerken,
- die Umweltbelastung in der DDR und der CSSR,
- die Planung und den Bau von Atomkraftwerken in der DDR

berichtet. Dazu kommt der vollständige Text der Charta '77 über den Unglücksfall in einem tschechoslowakischen Atomkraftwerk; weitere Beiträge sind Rezensionen über Bücher zum gleichen Thema.
ca. 100 Seiten DM 5,00

Bezugsbedingungen: Alle Bestellungen an das Sozialistische Osteuropakomitee, Postfach 2648 2000 Hamburg 13; die Lieferung von Einzelheften erfolgt nach Vorauszahlung (Heftpreis + Portoanteil von DM 0,50); Jahresabonnement: DM 20,- für vier Hefte; Überweisungen auf Postscheckkonto Hamburg Nr. 53173-206, Peter Offenborn, Sonderkonto, 2000 Hamburg 19.

Bundeskonferenz Bremen 29./30.Nov.

"...mit dem Gefühl von Brokdorf, daß wir es schaffen können und mit dem Wissen um die Kräfteverhältnisse, daß es ein langer und ausdauernder Kampf werden wird, das Atomprogramm zu kippen ..."

Am 30.November wird in Bremen nach über einem Jahr wieder eine Bundeskonferenz der BI's gegen Atomanlagen stattfinden. Auf einem Vorbereitungstreffen in Kassel wurden folgende inhaltliche Schwerpunkte festgelegt:
1.Auswertung der Aktion 1004
2.Neues Entsorgungskonzept der Bundesregierung
3.Energiepolitik der Bundesregierung (Enquete-Kommission, Sparkampagne, Alternativ-Energien)
4.Zusammenhang von Atomprogramm und Atomwaffen (AKW-Export, Krieg ums Öl oder AKW's, Zusammenhang friedl. und militärischer Nutzung der Atomenergie)
Außerdem soll es eine Arbeitsgruppe zur Kriminalisierung geben.

Diese Themenschwerpunkte werden jedoch den entscheidenden Fragestellungen, denen sich heute die Bewegung gegenübersieht, nicht gerecht. In vielen Bürgerinitiativen herrscht nach einer kurzen Phase des Aufschwunges während der Gorleben-Besetzung Resignation und Ratlosigkeit. Für die nächsten anstehenden Aktionen gegen den Ausbau des Atomprogramms gibt es praktisch überhaupt keine erfolgversprechenden Vorstellungen. Im Gegenteil, es hat sich allgemein die Einschätzung verbreitet, daß wir im Moment wenig machen können.
Die in Kassel festgelegten Themenschwerpunkte erwecken den Eindruck, als sollten möglichst die heißen Eisen auf der Bundeskonferenz nicht angepackt werden. Doch so geht es nicht. Wir kommen um die mühselige, anstrengende und in vielen Punkten wohl auch desillusionierende Diskussion über die sogenannte Krise nicht vorbei. Folgende Fragenkomplexe müssen deshalb auf der Bundeskonferenz diskutiert werden:
1. Unter welchen Bedingungen sind die bisher von der Anti-AKW-Bewegung angewendeten Widerstandsformen entwickelt und praktiziert worden? Wann waren welche Aktionen erfolgreich, worauf waren letztendlich unsere Teilerfolge zurückzuführen?
2. Wie haben sich die Kräfteverhältnisse in wichtigen gesellschaftlichen Gruppen, wie Parteien, Gewerkschaften, Kirchen etc. entwickelt, in welche Richtung werden sich diese Kräfte in naher Zukunft bewegen. Wie stark ist demnach die Basis, auf der die Atomlobby den weiteren Ausbau des Atomprogramms versucht und wie stark ist die Basis, auf der wir Protest und Widerstand dagegen organisieren können?
3. Die Anti-AKW-Bewegung ist in ihrer Argumentation im wesentlichen bei Fragen wie gesundheitliche Gefahren, Unfälle, Entsorgung, Alternativenergien stehengeblieben. Die Atomlobby verknüpft schon seit längerem das Atomprogramm mit Sein oder Nichtsein unseres gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Wenn wir in Zukunft in der Argumentation in der Öffentlichkeit unter uns selbst bestehen wollen, müssen wir dann nicht die Kritik weiter fassen, das wirtschaftliche und gesellschaftliche System in seinen Grundfesten in Frage stellen und z.B. für den Bereich der Energieversorgung konkrete Alternativen entwickeln (Enteignung der Energieversorgungskonzerne, Dezentralisierung der Versorgung, Entwicklung volksdemokratischer Strukturen als Entscheidungsträger in Fragen der Energieversorgung)? Müssen wir nicht das Profitstreben des Kapitalismus als entscheidende Triebfeder für Atomprogramm und Umweltverschmutzung mehr als bisher herausarbeiten und öffentlich angreifen?
4. Hat die Anti-AKW-Bewegung als Ein-Punkt-Bewegung eine Zukunft? Ist sie überhaupt in der Praxis der letzten Jahre eine Ein-Punkt-Bewegung gewesen? Kann sie die thematische Ausweitung auf Anti-Militarismus und andere Fragen kräftemäßig leisten oder wird sie überfordert? Kann und soll sie das Vakuum, daß durch die Auflösung der linken Organisationen entstanden ist, überhaupt ausfüllen?
5. Welches sind auf Grundlage der Analyse der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse und der nächsten Schritte im Ausbau des Atomprogramms die anstehenden Aufgaben für die Anti-AKW-Bewegung? Welches sind die inhaltlichen Fragen, denen wir uns verstärkt in der Zukunft stellen müssen, und welche praktischen Widerstandsaktionen folgen daraus für die nächste Zeit? An welchen Standorten hat massiver Widerstand zur Zeit eine Perspektive? Wie schätzen wir die Bedeutung der Arbeit in den wichtigen gesellschaftlichen Gruppen, vor allem in den Gewerkschaften und den Parteien, in Zukunft ein?
6. Reichen unsere bisherigen Organisationsstrukturen für einen kontinuierlichen Kampf auf allen Ebenen aus?

Die Diskussion über diese Fragen kann eine inhaltliche Debatte über die derzeitige Lage ermöglichen. Es sind grundlegende Fragen, die keineswegs neu sind, zu denen aber innerhalb der Anti-AKW-Bewegung immer noch keine eindeutigen Positionen entwickelt worden sind. Deshalb befindet sich die Bewegung auch nicht in einer plötzlichen neuen Krise, sondern in einer Phase, in der die Schwierigkeit, diese schon seit Jahren bestehenden Fragen anzupacken und zu lösen, besonders krass sichtbar ist.
Die Diskussion über diese Fragen auf der Bundeskonferenz darf aber nicht abstrakt und nicht ins Blaue hinein geführt werden. Von der Praxis abgehobene Theoriediskussionen führen allzu leicht zu einer Lähmung im Handeln. Angesichts der bestehende und vor allem der bevorstehenden Offensive der Atomlobby können wir uns eine solche Schwäche nicht leisten. Brokdorf, Lingen und die Zwischenlager in Ahaus und Gorleben, daß sind die praktischen Fragen, denen wir uns stellen müssen. Unsere Aufarbeitung von Erfahrungen, Situationsanalysen und Perspektivendiskussionen müssen, jedenfalls ansatzweise, in konkrete praktische Vorschläge münden. Die Möglichkeit, sich auf der Bundeskonferenz auf gemeinsame Schritte für die nächste Zeit zu einigen, muß auf jeden Fall erhalten bleiben. Konkret schlagen wir vor, auf dem nächsten Vorbereitungstreffen die oben formulierten Fragestellungen in die bisherige inhaltliche Konzeption mit einzubauen und womöglich auf die Erörterung einiger ursprünglich geplanter Punkte zu verzichten.

Red.

Aus dem Inhalt:

- Widerstand gegen Atomanlagen in Gorleben – Brokdorf – Plogoff
- Endlagerung in Salzstöcken
- Zwischen- und Kompaktlager
- Radioaktivität, Mensch, Umwelt
- Stromreserven der Bundesrepublik
- wie funktioniert ein AKW
- Alternativenergien
- wichtige Tabellen
- Listen von Filmen, Kulturgruppen...
- BI-Adressen
- und und und...

alles auf dem neuesten Stand

über 250 Seiten in stabilem Kunststoffumschlag (muß sein)

Verkaufspreis DM 6,–

Herausgeber ist der Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie
Zu beziehen ist der Kalender bei:
Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Postfach 45, 3400 Göttingen oder
Verlag Gegenwind GmbH, Marienstr. 10, 3400 Göttingen, **PSchA Hannover, Kto Nr. 4981 47-309**
BLZ 250 100 30
Bestellungen bis zu 4 Exemplaren nur gegen Vorauskasse auf die oben angegebene Konto, per Scheck oder Barzahlung (Schein + Briefmarken) = je Kalender 6,- DM plus 0,50 DM Porto. Bürgerinitiativen und Buchhandlungen ab 5 Exemplaren 4,- DM incl. MWSt.

Einladung zur Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung

Seit der Räumung des Dorfes 1004 ist von zahlreichen Bürgerinitiativen der Wunsch nach einer bundesweites Beratung der weiteren Perspektiven verstärkt geäußert worden. Auf Initiative der BI-Lüchow-Danneberg fand am 23.8.80 in Kassel ein Vorbereitungstreffen zu der Frage statt. Ca 30 Vertreter/innen aus 14 Bürgerinitiativen und Anti-Atom-Gruppen nahmen daran teil. Beschlossen wurde, eine Bundeskonferenz durchzuführen, die am 29./30.November in Bremen stattfindet.Alle teilnehmer waren sich darüber einig, daß diese Konferenz von möglichst vielen Gruppen getragen und die Bedingungen für eine sorgfältige Vorbereitung gegeben sein müssen. Deshalb schien ein Termin vor Ende November nicht möglich. Auf dem Vorbereitungstreffen wurde deutlich, daß zur Zeit die Anti-AKW-Bewegung mit besonderen Schwierigkeiten konfrontiert ist, so daß eine Diskussion über den weiteren Weg nötig scheint.

- Das Vorgehen der Polizei während der Räumung von 1004 hat nicht nur eine breite Welle der Empörung erzeugt, sondern auch resignativen Tendenzen innerhalb der Anti-AKW-Bewegung Vorschub geleistet.
- Die BI's sehen sich seit längerem einer Kampagne von Politikern und Betreibern ausgesetzt, in der nicht mehr von "Sicherheit" der Atomanlagen geredet wird, sondern von der Angst vor Rohstoff- und Energiekrisen, sowie kriegerische Auseinandersetzungen im Falle eines Verzichtes auf Atomenergie. Dies zwingt die Atomgegner, sich auf neue Fragen einzustellen.

Einhelligkeit bestand auch darin, die Bundeskonferenz als Ausgangspunkt für einen intensiven Meinungs- und Erfahrungsaustausch zu betrachten und keine falschen Erwartungen auf rasche Vereinheitlichung der Standpunkte in sie zu setzen.

Folgende Themenschwerpunkte wurden in Kassel festgelegt:

1.Auswertung der Aktion 1004

Was hat Gorleben für unseren Widerstand insgesamt gebracht?
- Haben sich die Organisationsstrukturen bewährt (passiver Widerstand - Modell für die Anti-AKW-Bewegung?)?
- Strategie von Staat und Polizei bei der Räumung

(**Kontakt:** Gaby Jäger 3136 Gartow-Elbholz)

2."Neues Entsorgungskonzept der Bundesregierung:
- Zwischenlager, Kompaktlager
- WAA-Hessen

(**Kontakt:**Ute Kampmeyer, Streets 10, 3138 Dannenberg, Tel.:05861/7688)

3.Energie-Politik der Bundesregierung:
- Auswertung des Berichtes der Enquete-Kommission
- Energie-Spar-Kampagne der Bundesregierung
- Warum propagiert die Bundesregierung alternative Energien?

(**Kontakt:** Gorleben-AK Marburg, c/o Friedhelm Musall, Gartenweg 5, 3576 Schwabendorf, Tel.:06425/1528)

4.Zusammenhang von Atomprogramm und atomarer Aufrüstung:
- AKW-Exporte in die 3.Welt
- Kann Atomenergie den Krieg ums Öl verhindern?
- Zusammenhang zwischen ziviler und militärischer Nutzung
- Ansätze für eine Zusammenarbeit mit anti-militaristischen Gruppen/Erfahrungen?

(**Kontakt:**BUU-Hamburg, Bartelsstr.24, 2 HH 6, Tel.:040/439871
oder 432171; BBU-Geschäftsstelle, Hellbergstr.6, 79 Karlsruhe Tel.:0721/574248)

Die Kontaktgruppen zu diesen 4 Themen haben sich bereit erklärt, schriftliche Beiträge von anderen BI's zu sammeln, um auf dieser Grundlage in Zusammenarbeit mit interessierten BI's den jeweiligen Teil für eine Materialmappe zusammenzustellen.

5.Arbeitsgruppe Kriminalisierung

Zu diesem Thema sollte auf der Bundeskonferenz ein Bericht gehalten werden. Zuständig für die Materialsammlung ist der Göttinger Arbeitskreis Postf.45, 34 Göttingen.

Inzwischen sind noch folgende Arbeitsgruppen dazu gekommen:

6.Arbeitsgruppe "Neue Genehmigungsverfahren für AKW's
- Reaktorlinie 80

(**Kontakt:** AGU-Darmstadt Lautenschlägerstr.24, 61 Darmstadt Tel.:06151/715214)

7.Arbeit mit Filmen:
- Erfahrungen mit verschiedenen audiovisuellen Medien.
- Sichtung und Diskussion vieler Filme, fast alle nicht gewerbliche Verleihe haben sich angemeldet.

(**Kontakt:** Detlef: 0421/592929)

Diese Themenwahl soll lediglich einen groben Rahmen für die Bundeskonferenz umreißen und keine Initiativen für weitere Arbeitsgruppen abwürgen, die sich aus der erst anlaufenden Diskussion ergeben könnten.

Als Vorbereitung auf die Bundeskonferenz wird eine Materialmappe erstellt. Die Zusammenstellung der Materialmappe erfolgt am 25./26.Oktober in Bremen. Später eingehende Beiträge werden für die Bundeskonferenz zu einem Material-Mappen-Anhang zusammengestellt.

Die Materialmappe kann bestellt werden (nur gegen Vorauszahlung von 3.-DM pro Exemplar auf Konto: **Kirsten Hellwig Sonderkonto 311280303 PSchA Hannover BLZ 25010030)** beim **Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie Postfach 45, 34 Göttingen Tel.0551/7700158)**

Ein Vorbereitungstreffen für die Bundeskonferenz wird am 8.November in Göttingen stattfinden. Beginn 13 Uhr. Vorläufiger Treffpunkt im Büro, Marienstr.10 Tel.0551/7700158. Bitte vorher anmelden. Das Büro ist ständig besetzt: Mo.+ Di.+ Do.+ Fr. in der Zeit von 18-20 Uhr.

Die Bundeskonferenz beginnt am Samstag, dem 29.November um 11 Uhr. Sie findet in der Universität Bremen statt (Autobahnkreuz Bremen - Richtung Bremerhaven - Abfahrt Uni Bremen) Kontakt in Bremen: BBA-Laden Ostertorsteinweg 43

Tel.:0421/327530 oder Uwe Voigt, Mecklenburgerstr.10 Tel.: 0421/75562)

Zu der Bundeskonferenz laden unter anderem ein: BBA-Bremen, BI-Lüchow-Dannenberg, BUU-Hamburg-Delegiertenplenum, AKU-Mühster, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz BBU, Landeskonferenz Nordrhein-Westfalen, Freunde d. Erde Berlin, WAA-Gruppe Lüneburg, das bundesweite Zwischen- und Kompaktlager Treffen, Nürnberger BI gegen Atomanlagen, Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie und viele andere.

Vorbereitungstreffen für die Bundeskonferenz:
Samstag 8.November in Göttingen. Beginn: 13 Uhr
Treffpunkt: Büro Marienstr.10 Tel.0551/7700158